

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VI. JAHRGANG

6.

HEFT / JUNI 1929

CDONALD: Gefahren des Minderheitenproblems ■
UMMOND: Die Zukunft des Völkerbundes ■ ■
INHARD: Die amerikanische Schwenkung ■ ■
OPER: Das Aussterben der Naturvölker ■ ■
BERG: Finnland ■ SYBEL: Rußland und die Ostsee ■
HISS: Weltwirtschaft und Seeverkehr
OPOLITISCHE BERICHTE AUS DER GANZEN WELT

RLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18. Tel. 480444. *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14. Tel. Nord 8186 und *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348, unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 80 und Privatdozent *Dr. Hermann Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25, Tel. 4178. *Schriftleitung*: Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83

VI. JAHRGANG / HEFT 6 / JUNI 1929

AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

- I. Ramsay Macdonald* Die Gefahren des europäischen Minderheitenproblems 441
Sir Eric Drummond Die Zukunft des Völkerbundes und seine nächsten Aufgaben 443
Ernst Reinhard Die amerikanische Schwenkung 445

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

- Erich Obst* Berichterstattung aus Europa und Afrika 451
Karl Haushofer Bericht über den indopazifischen Raum 454

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

- Hans Hiß* Weltwirtschaft und Seeverkehr 463

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

- Paul Olberg* Finnlands Wirtschaft und Kultur 470
Arnold von Sybel Rußland und die Ostsee 476
Paul Freye Französisch-Indochina 482
Paul Freye Zum deutsch-siamesischen Handelsvertrag 486
Karl Sapper Das Aussterben der Naturvölker 490

LITERATURBERICHTE:

- Josef März* Mitteldeutschland 508
Milius Dostojewsky Die Agrarfrage in Japan 513
Karl Haushofer Literaturbericht über d. indopazifischen Raum II 516

EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.- / Jahrgang mit Register RM. 25.-

Gebunden RM. 30.- / Register für den Jahrgang RM. 1.- / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.-

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Professor *Dr. Milius Dostojewsky*, Moskau, Pereulok Neopalimosky 3 — *Sir Eric Drummond*, Generalsekretär des Völkerbundes, Genf — *Paul Freye*, Frankfurt a. Main, Hermesweg 8 — *Dr. Karl Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — *Dipl. Volkswirt Hans Hiß*, Kiel, Hardenbergstr. 27 — *I. Ramsay Macdonald*, London — *Dr. Josef März*, Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Str. 23/II — *Dr. Erich Obst*, o. Prof. a. d. Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14 — *Paul Olberg*, Berlin W 30, Nachodstr. 3 — *Nationalrat Ernst Reinhard*, Bern, Steinhölzliweg — *Dr. Karl Sapper*, o. Professor a. d. Universität Würzburg — *Arnold von Sybel*, Helsingfors, Frederiksgatan 34 A.

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERNDAMM 83**

J. RAMSAY MACDONALD:

Die Gefahren des europäischen Minderheitenproblems

Revision der Friedensverträge?

Gerade die Tatsache, daß das Regierungssystem der Diktatur neuerdings in Europa so häufig anzutreffen ist, sollte eine Warnung für Europa sein, die Angelegenheiten der Minderheiten im Geiste gegenseitiger Achtung, eines wechselseitigen Gebens und Nehmens zu behandeln. Nur dann können ernste Schwierigkeiten vermieden werden.

Als der Wortlaut der Friedensverträge in Paris veröffentlicht wurde, konnte man bei einiger Kenntnis der Geschichte Europas und einigem Verständnis für das Gefahrenmoment eines übersteigerten Nationalismus nur den Kopf schütteln über die Brutalität der Sieger und die von ihnen geübte leichtsinnige Behandlung des Minderheitenproblems. Wie man in den Verträgen mit den Minderheiten umgesprungen ist, geht klar aus den folgenden Ziffern hervor, bei denen die Juden nicht als Rassenfremde bezeichnet sind: Die 27-Mill.-Bevölkerung Polens schloß zur Zeit der Ratifikation der Verträge 6 Mill. fremder Rasse ein; die Tschechoslowakei hatte bei einer Bevölkerung von 13 Mill. 3 250 000 Deutsche und 745 000 ungarische Bewohner; unter den 7 Mill. ungarischen Staatsbürgern waren über 500 000 Deutsche und nahezu eine Viertelmillion Angehörige anderer Völker; Rumänien war noch schlechter daran, denn halb Transsylvanien war fremdrassig, die Bukowina war deutsch, Bessarabien russisch und ruthenisch, der Dobrudscha lebte ein Völkergemisch aus Bulgaren, Russen, Deutschen und Türken.

Seither haben Griechenland und Bulgarien die mazedonischen Minderheiten anerkannt, während Jugoslawien beteuert, daß es überhaupt keine Mazedonier gibt. Man hat nicht einmal versucht, bei der Grenzziehung der Balkanstaaten auf die Rasse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen; Präsident Wilson erklärte vielmehr ausdrücklich, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur auf besiegte Staaten Anwendung zu finden habe. So hat man Mazedonien einer beständigen Gärung und Erbitterung ausgesetzt, so konnten die Freigebigkeiten anderer Nationalitäten ungestört um sich greifen; Dr. Benesch hat darüber in seinen „Kriegserinnerungen“ sehr interessante Enthüllungen gemacht. Elsaß und das Saargebiet legen ebenfalls beredtes Zeugnis ab von der Behandlung, die die Minderheitsvölker erfahren haben.

Kein noch so genialer Politiker könnte den europäischen Staaten Grenzen geben, die genau den Unterschieden in Stamm und Rasse folgen. Die Völker haben sich zu sehr vermischt, es sind einzelne Rasseninseln entstanden, die als selbständige Staaten nicht bestehen können und auch nicht ihrem Muttervolk angeschlossen werden können. Im Interesse des Friedens haben wir uns also ernsthaft zu überlegen, welche Rechte den Minderheiten gegenüber dem Staat und umgekehrt dem Staat gegenüber den Minderheiten gewährt werden müssen. Zumindest müssen wir zu erreichen suchen, daß sich die Minderheitenbevölkerung in dem Staat, dem sie politisch angehört, einheimisch fühlt und deshalb am Staatsleben mitarbeiten kann.

Einige „Nachfolgestaaten“ wie die Tschechoslowakei und Jugoslawien bestehen nur aus einem Gemisch verschiedener Rassen. Hier liegt das Problem anders; es handelt sich hier nicht um eine Grenzverschiebung, sondern um Freiheit und Gerechtigkeit im Innern. Besonders verschärft und vertieft sind in diesen Ländern allerdings die Rassenunterschiede durch Religionsunterschiede. Die Maßnahmen, die in diesem Fall zur Anwendung gelangen müssen, liegen wirklich klar zutage, sobald man die Frage objektiv ansieht. Keine Unterschiede in den Staatsbürgerrechten; Achtung vor Sprach- und Religionsverschiedenheiten in Gesetzgebung, Verwaltung und Erziehung; Selbstverwaltung überall dort, wo entsprechend den fremden Rassen besondere Provinzen gebildet werden können — alles das ist unbedingt zu gewähren. Man, d. h. Leute, die bei den anscheinend endlosen, immer neuen Reibereien die Geduld verloren hatten, sagte mir oft, daß alle Rechte, die eine liberale Politik zeitweilig auch auf die Minderheiten erstreckte, von diesen nur mißbraucht worden seien. Aber was sollte denn angesichts der bergehohen Schwierigkeiten helfen, wenn nicht einige Ausdauer beim Wohltun? Dadurch wird die Möglichkeit von Mißbräuchen gerade ungeheuer erschwert, und die Methode, das Rechte zu tun und dann den Unruhestiftern durch aktive Propaganda entgegenzutreten, hat sich bisher noch als bester Weg zum Schutze des Staates vor innerem Unfrieden erwiesen.

Besonders schwierig ist die Lage in Jugoslawien, wo infolge der „Serbisierung der Kroaten“ weder die einen noch die anderen zusammenarbeiten wollen, und wo sich der Staat anscheinend vor die Wahl zwischen zwei Übeln gestellt sah: endlosen, unfruchtbaren parlamentarischen Debatten oder einer Diktatur, an deren vorübergehenden Charakter niemand glaubt.

Italien verfolgt eine gefährliche Politik, und kann das noch einen Moment — aber auch nur noch einen Moment — tun ohne den Frieden Europas zu stören. Die Friedensverträge sprachen Italien große deutsche und slawische Gebietsteile zu, die es mit allen Zwangs- und Gewaltmitteln zu italienisieren versucht.

Berücksichtigt man die Bedingungen, unter denen diese Gebiete politisch eingegliedert wurden, und die Tatsache, daß wir alle für diese Ergebnisse des Weltkrieges leiden und bluten mußten, so darf man den derart behandelten Minderheiten nicht den letzten Ausweg versperren, den Völkerbund als Friedensstifter anzurufen. Es ist ein großes Unglück, daß die Kontrolle des Völker-

bundes über das Verhältnis der Staaten zu ihren Minderheiten sich nicht auf die vor dem Kriege bestehenden Staaten wie Italien erstreckt, daß sie sogar praktisch noch vermindert wurde. Dem müßte sofort durch die Einsetzung einer wirksamen Völkerbundsaufsicht abgeholfen werden. Die technischen Schwierigkeiten für das Einbringen einer Petition müssen weggeräumt werden; ferner müßten die Verteidigungsgründe der angeklagten Staaten veröffentlicht werden. Endlich könnte ein permanenter Minderheitenausschuß, ähnlich der Mandatskommission, schnell geschaffen werden und müßte unter Ausschluß jeder Geheimdiplomatie arbeiten. Dr. Stresemann kündigte nach seinem von anderer Seite provozierten Protestausbruch im Dezember in Lugano an, daß er die ganze Frage des Schutzes der Minderheiten bei der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes aufrollen würde. Jeder, der sich für die Sicherung des Friedens in Europa einsetzt, wird ihm von Herzen guten Erfolg wünschen.

SIR ERIC DRUMMOND:

Die Zukunft des Völkerbundes und seine nächsten Aufgaben

Der Generalsekretär des Völkerbundes spricht sich in den folgenden Zeilen über Aufbau und Möglichkeiten des Völkerbundes aus. Der deutsche Leser wird manche Zweifel hegen; die Notwendigkeit jedoch, sich mit dieser Organisation und ihrem Einfluß zu befassen, ist augenfällig. Und in diesem Sinn erscheinen auch die vorsichtigen und optimistischen Ausführungen Sir Eric Drummonds bemerkenswert.

Der Völkerbund hat sich seit seiner Gründung stabilisiert und so sehr an Bedeutung gewonnen, daß er aus der späteren weltgeschichtlichen Entwicklung nicht wegzudenken sein kann. Infolgedessen ist es besonders bedeutungsvoll, festzustellen, in welcher Hinsicht die Völkerbundsarbeit in den letzten zehn Jahren erhöhte Aufmerksamkeit gefunden hat; kann man doch hieraus einen kleinen Fingerzeig für den zukünftigen Gang der Geschichte gewinnen.

Die Tätigkeit des Völkerbundes läßt sich in großen Zügen in zwei Gruppen klassifizieren — die Verhinderung eines Krieges auf der einen, die Zusammenarbeit der Staaten in allen Fragen, die das Allgemeinwohl angehen, auf der anderen Seite. Die erste Arbeitsgruppe des Bundes umfaßt ihrerseits vor allem die Beilegung von Streitigkeiten und die Herabsetzung der Rüstungen, während die zweite Gruppe die Arbeit der Wirtschafts- und Finanzausschüsse, der Gesundheits- und Verkehrsorganisationen, der Wohlfahrts- und Fürsorgekommissionen umschließt. Es läßt sich schwer entscheiden, auf welchem der beiden Gebiete der Völkerbund in den letzten Jahren die erfolgreichste Arbeit geleistet hat. Ursprünglich verdankte der Bund ja seine Existenz dem Bestreben, politische Streitigkeiten unter den Nationen friedlich beizulegen; und die unablässige fruchtbare Arbeit

der Vollversammlung, des Rates und des Gerichtshofes auf diesem Gebiet läßt das Beste für den Weltfrieden der Zukunft erhoffen. Andererseits hat sich auch die Bedeutung und Reichweite der technischen Völkerbundsarbeit in den letzten Jahren gehoben, was besonders die Arbeit des Wirtschaftsausschusses auf Grund der Richtlinien der Weltwirtschaftskonferenz vom Mai 1927 sowie der Beschlüsse der 8. und 9. Vollversammlung zeigt. Der Völkerbund wird aller Voraussicht nach sehr wesentlich zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft beitragen. Das bleibt jedoch noch der fernen Zukunft vorbehalten; was wird aber morgen und übermorgen sein — wo wird sich der Bund zunächst am wirksamsten betätigen können?

Für die kommende Zeit ist der Völkerbund an die Politik der Mitgliedstaaten und deren gegenseitige Beziehungen gebunden. Ich muß hier wiederholen, daß die Beilegung politischer Streitigkeiten auf friedlichem Wege die wichtigste und erste Aufgabe des Völkerbundes ist. Je einfluß- und erfolgreicher aber der Bund wird, desto mehr wird er durch seine bloße Existenz vorbeugend einen Zustand schaffen, daß sich ernste internationale Zerwürfnisse nicht so leicht ergeben und, wenn der Fall dennoch eintritt, durch direkte Verhandlungen oder inoffizielle Vermittlung aus der Welt geschafft werden können. Schon durch die bloße Existenz des Völkerbundes mit seinen immerhin vorhandenen Machtmitteln und mit seinen Bestimmungen zur friedlichen Austragung von Streitigkeiten wird eine heilsame psychologische Wirkung erzielt; ehe man einen Eingriff des Völkerbundes veranlaßt, wird man lieber Streitigkeiten im Keim zu ersticken suchen. Die Frage der Abrüstung ist sicherlich von höchster Aktualität; die öffentliche Meinung wendet ihr stets steigende Aufmerksamkeit zu. Gleichzeitig wird erstrebt, neben der Durchführung der Abrüstung Vorkehrungen zum endgültigen Ausgleich internationaler Konflikte, für Gerichts- und Schiedsverfahren, kurz, zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls zu treffen, so daß auch hier der Völkerbund Möglichkeiten zu außerordentlich fruchtbarer Arbeit hat.

Die gegenseitige Abhängigkeit der modernen Staaten weniger noch auf politischen als auf anderen großen und wichtigen Gebieten des Staatslebens (Gesundheitspflege, Wirtschafts- und Finanzwesen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) wird den entsprechenden Völkerbundorganisationen wohl ständig wachsende Arbeit geben.

Die rein mechanische Ausschubarbeit darf in ihrer Bedeutung für die Stärke und den Einfluß des Bundes nicht unterschätzt werden. So würde es den Völkerbund außerordentlich stärken, wenn der Wirtschaftsausschuß und der Rechtsausschuß das Programm der Weltwirtschaftskonferenz wirksam durchführen würden. Schon diese Aufgabe, die bei weitem nicht die einzige der beiden Ausschüsse ist, bringt eine ungeheure Arbeit mit sich.

Aber nur die Zukunft kann uns lehren, ob sich die Arbeit des Völkerbundes in den angedeuteten Richtungen erweitern wird.

Die Völkerbundssatzung hat die Zuständigkeit des Bundes in allen internationalen Angelegenheiten sehr weit gefaßt; es fällt alles darunter, was den Völker-

ndsmitgliedern als im internationalen öffentlichen Interesse liegend erscheint. ist demnach Sache der Mitglieder, in letzter Instanz Sache der Vollversammlung, Einzelfall zu entscheiden, ob die Tätigkeit des Völkerbundes ausgedehnt oder eingeschränkt werden soll, wobei natürlich Rücksicht auf die Erfordernisse des Budgets genommen werden muß.

Jedenfalls schlummern in der Bundesorganisation noch viele Möglichkeiten zur weiteren Entfaltung. Das interne Verhältnis der Vollversammlung zum Völkerbundsrat ist in der Satzung absichtlich nicht fest umgrenzt, es ist wachstums- und anpassungsfähig geblieben, so daß sich die Frage aufwerfen läßt, wie sich dieses Verhältnis in der nächsten Zukunft gestalten wird. In den zehn Jahren seines Bestehens hat der Völkerbund eine Reihe von Vorschriften über die Methoden seiner Verwaltung ausgearbeitet; außerdem entwickelte sich eine noch größere Anzahl von Regeln aus der Tradition als ungeschriebenes Gesetz. Die Satzungen selbst sind verschiedentlich geändert worden, insbesondere die Paragraphen über die Wahl des Völkerbundsrates. Es läßt sich aber nicht voraussagen, ob die Sichtung und Klärung der inneren Verfassung ihrem Ende nahe ist — vielleicht wäre es sogar unnötig und schädlich, wenn dieser Entwicklungsprozeß jemals aufhört. Der Völkerbund ist ein lebendiger und wachsender Organismus, und gemessen an der Lebensdauer anderer bundes- und einzelstaatlicher Einrichtungen ist er jung, sehr jung.

Eines Tages wird der Völkerbund alle Völker der Welt umfassen. Die Mitglieder werden sprechen wieder und wieder ihren Wunsch aus, den Bund allumfassend zu sehen. Erst dann kann er die Hoffnungen erfüllen, die man bei seiner Gründung gehegt hat. Bisher ist man bestrebt, die Zusammenarbeit des Völkerbundes mit den Nichtmitgliedern in Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse auszubauen. Die Art des Zusammenwirkens, ob der formelle Eintritt oder nur eine lockere Verbindung damit verknüpft sein soll, alles das haben die beteiligten Regierungen zu entscheiden, sobald sie die Notwendigkeit einer derartigen Entscheidung spüren.

ERNST REINHARD:

Die amerikanische Schwenkung

Der Vertreter der Vereinigten Staaten Nordamerikas erklärt am 22. April 1929 in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf folgendes:

„Ich habe kürzlich Gelegenheit gehabt, das allgemeine Abrüstungsproblem eingehend mit dem Präsidenten Hoover zu besprechen, der stets ein Vorkämpfer für den Frieden und die Verständigung war. Ich habe festgestellt, wie tief er davon durchdrungen ist, daß der Pakt über den Verzicht auf Kriege eine unvorhergesehene Möglichkeit gewährt, die Abrüstung zu fördern, eine Möglichkeit, die keinen Aufschub duldet. Wenn man ehrlich sein wolle, wenn das feierliche Versprechen des Kellogg-Paktes etwas bedeute, dürfe der Frieden nicht länger vom Kriegsgedanken beherrscht werden. Die Vereinigten Staaten seien bereit, jede Herabsetzung der Tonnage und jeden Typs zuzugestehen unter Aufrecht-

erhaltung des durch Verträge zwischen den Konferenzmächten aufgelegten Rahmens. Mit deutlichem Hinweis auf die bekannte französische These wandte sich der Redner dagegen, daß man unter Abrüstung lediglich die Aufrechterhaltung der bestehenden oder sogar noch zu vermehrenden Rüstungen verstehe. Nachdrücklich betonte er, daß keine Kombination von Seemächten denkbar sei, welche die Sicherheit der Signatarmächte des Washingtoner Abkommens bedrohen könne."

Diese Erklärung erhält ihre Illustration durch die Ausführungen, die ihr Staatssekretär Stimson am Tage darauf in Washington gibt: „Bisher war immer nur von Berechnungen der Gesamttonnage und entsprechenden Verteilungsschlüsseln die Rede. Jetzt schlagen die Vereinigten Staaten vor, daß beispielsweise England und Amerika zunächst untereinander verabreden, welche Zahl von Kreuzern sie auf Kiel zu legen wünschen, um den Tonnagegehalt auszugleichen, indem sie sich auf eine Formel einigen, durch die Alter, Wasserverdrängung, Geschützkaliber und sonstige Faktoren berücksichtigt würden. Damit ist, wie hier die Lage beurteilt wird, der Ausgangspunkt für die neuen Verhandlungen mit England gegeben, und der tote Punkt scheint überwunden zu sein. Von technischen Einzelheiten ganz abgesehen, sind die Vereinigten Staaten willens, über die Herabsetzung der Gesamtrüstungen auf einer beträchtlich niedrigeren Grundlage als der jetzt gültigen zu verhandeln, vorausgesetzt, daß das Verhältnis 5:5:3 erhalten bleibt, das sich auf Amerika, England und Japan bezieht.“

Der Wechsel der Ansichten gegenüber der Marinekonferenz in Genf 1927 ist deutlich. Dort hatte die britische Admiralität den Grundsatz verfochten, daß die Gesamttonnage für jede einzelne Schiffskategorie festgelegt werden sollte, während die Vereinigten Staaten nur eine Gesamttonnage ohne nähere Spezialisierung annehmen wollten. Jetzt erklärt Stimson, daran nicht mehr festhalten zu wollen, er ist ganz im Gegenteil bereit, mit England über jede einzelne Schiffskategorie zu verhandeln. Das Bedeutungsvolle aber ist, daß er diese Unterhandlung als eine zunächst rein englisch-amerikanische Angelegenheit betrachtet, die aber nach der entsprechenden Einigung für die andern Staaten maßgebend sein soll. Französische Zeitungen stellen daher rechtzeitig fest, daß einerseits nicht anzunehmen sei, England werde die vitalen Interessen seiner Seemacht innerpolitischen Erwägungen opfern, daß es vielmehr auf keinen Fall die Überwachung der Handelswege vernachlässigen werde, daß aber andererseits auch die 6000-t-Kreuzer und die 600-t-Unterseeboote, auf die Frankreich besonderen Wert für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit seinen Kolonien legte, und in denen bisher keine internationale Beschränkung bestand, einbezogen werden sollen.

Wie sehr keineswegs pazifistische Erwägungen diese amerikanische Politik leiten, bewies Gibson schon vier Tage nach seiner ersten aufsehenerregenden Erklärung, indem er, ebenso sensationell, in der gleichen Kommission mitteilte, daß die Vereinigten Staaten ihren bisherigen Widerstand gegen die Nichteinbeziehung der ausgebildeten Reserven aufgeben und sich den Staaten anschließen würden, welche an der Nichteinbeziehung hauptsächlich interessiert seien. War man nach der

en Geste in Genf noch berechtigt, an die entschiedene Friedenspolitik der Vereinigten Staaten zu glauben, so zerstörte diese Erklärung jegliche Illusion so endlich, daß der deutsche Delegierte Graf Bernstorff auf das Wort verzichtete, er unmittelbar nach Gibson hätte erhalten sollen. Einmal ein Entgegenkommen England, das man noch vor zwei Jahren in Genf heftig bekämpft hatte; dann diese Konzession an den französischen Militarismus, den man eben an der Reparationskonferenz unter schwersten Druck gesetzt hatte; woher die Schwenkung? Man darf nicht vergessen, daß nicht nur die USA einschwenken, sondern leicht noch in größerem Maße England. Gerade die Erklärung von Stimson zeigt, daß die Vereinigten Staaten nicht daran denken, ihr eigentliches Marineprogramm aufzugeben, sondern daß sie unter Ausschaltung der alten Formeln und durch rein praktische Verhandlungen mit einem Gegner zum Ziele zu kommen suchen, den sie als mürbe genug erachten. Die schwere Niederlage, die sich Chamberlain durch das englisch-französische Abkommen geholt hatte, die ihm daher so peinlich ist, daß er auf die Anfrage eines Abgeordneten im Unterhaus, in Buchstaben nach wohl richtig, den Tatsachen nach unter gröblicher Entstellung des Wirklichen, antworten kann, es habe nie ein solches Abkommen gegeben, war die erste Mine, die England unter seinen Festungsmauern springen ließ. Der Kellogg-Pakt, den zu unterzeichnen es gezwungen war, aus dessen Schlingen sich nur durch seine Vorbehalte lösen konnte, die ihn praktisch unwirksam machen, war die zweite. Aber die Vereinigten Staaten fochten im wesentlichen doch nur mit Mitteln der wirtschaftlichen Überzeugung.

Die Geldmacht Morgan in Paris ist zu bekannt, als daß auf ihre Bedeutung hingewiesen werden müßte. Aber ihre Wirksamkeit hat die englische Wirtschaft doch in den letzten Tagen recht unangenehm zu spüren bekommen. Die Erhöhung des englischen Bankdiskonts auf $5\frac{1}{2}\%$ war direkt verursacht von der Goldabdrainage, die unter dem Einfluß der verhältnismäßig hohen, für die amerikanische Wirtschaft nicht allzu schwer zu tragenden Geldzinssätze in der Union stand; aber es wäre falsch, annehmen zu wollen, die englische Wirtschaft trage den derartigen Zinssatz ohne schwere Beeinträchtigung, während die amerikanische mit 5% , die schwedische mit $4\frac{1}{2}\%$, die belgische mit 4% und die französische mit $3\frac{1}{2}\%$ auskommen. Die Artikel, welche Keynes darüber in der „Nation“ veröffentlicht hat, zeigen deutlich die Beruhigung, wenn Keynes auch das Vorgehen der Bank von England durchaus richtig findet; aber Pethick Lawrence gibt doch die einzig richtige Erklärung für diesen folgenschweren Schritt, wenn er ausführt: „Der Grund für die Entscheidung des Direktoriums (der Bank von England) ist darin zu suchen, daß, verursacht durch die Spekulation in Amerika und durch die Versuche in Newyork und anderswo, sie durch eine Erhöhung des Bankdiskonts zu bekämpfen, das Gold der Bank von England fortwährend nach Amerika gezogen wurde.“ Die neue Dollarinvasion, von der Norman Angell spricht, hat dazu geführt, daß die amerikanische Utility Power and Light Corporation, eine der größten

Public Utility Companies in den Vereinigten Staaten, in nahem Zusammenhang mit der General Electric stehend und durch sie mit Morgan verbunden, in die Greater London Countries Trust Ltd., deren Präsident Lord Birkenhead ist, und damit auch in sieben führende Licht- und Kraftversorgungs-Gesellschaften Englands eindrang. Die Gesellschaft sollte in 95 englischen Städten und Flecken Erweiterungen und Erneuerungen ihrer Anlagen vornehmen, für die sie rund 10 Mill. Pfund aufbringen mußte; sie war dazu allein nicht imstande und fand durch die Vermittlung ihres Präsidenten, einstigen Vizekönigs von Indien, die Verbindung mit dem amerikanischen Kapital: „Dies ist vielleicht die bedeutendste Verbindung von amerikanischem und englischem Kapital seit dem Kriege“, führte der neue Anleihenprospekt aus.

Gewarnt durch diese Vorgänge, wollte die englische General Electric Co. verhüten, daß die Amerikaner, die in der letzten Zeit in starkem Maße ihre Aktien aufgekauft hatten, sich der Gesellschaft bemächtigen konnten; man hatte daher den Plan gefaßt, kleine Stimmrechtsaktien zu schaffen, die nur in englischen Händen sein durften und die auf solche Weise eine amerikanische Beherrschung ausschließen sollten. Der Plan mußte aufgegeben werden. Die Verhandlungen, die Sir Hugo Hirst mit einem amerikanischen Schutzkomitee, in dem sich hauptsächlich die Morgan-Interessen vertreten fanden, gerade zu der Zeit durchführte, als Morgan in Paris über die europäischen Schuldenzahlungen an die Union und seinem Bankhaus verhandelte, brachen den englischen Widerstand.

In andern für England wichtigen Gebieten hatte die amerikanische Wirtschaftsmacht schon eigentlich politische Handlungen unternommen. In Asien trat die Zusammenarbeit mit Rußland besonders gegen Japan, dann aber auch gegen England in auffällige Erscheinung; der amerikanische Anteil am russischen Handel war nach dem deutschen einzureihen, übertraf den englischen bei weitem; die Methoden, die Amerika in China anwendete, waren mit den bolschewistischen beinahe verwandt; die deutliche Hinneigung der chinesischen Zentralregierung zu der Union wurde bewiesen durch die Masse amerikanischer Finanzberater und Wirtschaftsorganisatoren, welche sich China verpflichtet hat. Borah hatte seit langem die Absicht kundgetan, einen Gesetzesentwurf für die Anerkennung Sowjetrußlands einzubringen, und Hoover hatte in seinen ersten Äußerungen keinen Zweifel gelassen, daß ihm diese Absicht durchaus sympathisch sei. Sollte es England noch einmal so weit kommen lassen, daß sich, wie seinerzeit in den Friedensverhandlungen in Portsmouth, amerikanische und russische Politik die Hände reichten, wobei die eine sich nun auf eine der englischen ebenbürtige Flotte, den Besitz von Hawai und Guam, die andere auf eine bis ins Letzte ausgearbeitete revolutionäre Propaganda stützen konnte, deren Spuren England in jedem indischen Weberstreik zu sehen glaubt?

Der gleiche Borah hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß er eine Kodifikation des Seerechts verlangen und dabei die amerikanische Forderung nach Freiheit der Meere in den Vordergrund stellen würde; diese Forderung konnte

sich nur gegen England richten, das in der Seepolitik die Ansprüche auf Ausübung seiner Seepolizei weiterhin erhob, aber damit auf den gleichen Widerstand stoßen mußte, den es in der chinesischen Politik mit seinen Einflußsphären durch die amerikanische Forderung der offenen Türe getroffen hatte. Selbst die Sendung Roots nach dem Haag, der Anschluß an das internationale Schiedsgericht erhielt unter diesen Umständen einen imperialistischen Beigeschmack; die Union wollte sich nicht mehr aus der für sie wichtig gewordenen internationalen Rechtsprechung ausschließen lassen. Kamen dazu noch die zahlreichen Äußerungen im nordamerikanischen Parlament: „Der big stick bietet eine bessere Sicherheit als papierne Versprechen . . . Macht entscheidet, nicht die lausigen Worte des Pazifismus . . . Unsere Macht muß im Verhältnis stehen zu dem, was wir zu verteidigen haben . . .“ schließlich die nicht enden wollenden Warnrufe des Senators Hiram Johnsons aus Kalifornien, der sein Ceterum censeo unablässig wiederholt, daß der Pazifik das Meer der Entscheidungen sei, daß es gelte, für diese Entscheidungen zu rüsten, und beachtet man dann, wie Amerika nicht nur durch die 15-Kreuzer-Bill, sondern durch die Modernisierung der andern Schiffe, durch die Manöver am Panamakanal, durch die Verhandlungen mit Nikaragua für den Bau des zweiten Kanals sein wirkliches Interesse für den Pazifik betont, für den Indischer Ozean und Mittelmeer heute nichts als Vorbecken geworden sind — dann mochte es der englischen Politik schon aus außenpolitischen Gründen doch geraten scheinen, die Einigung mit dem sehr unbequem gewordenen Gegner zu suchen.

Will man die Vereinigten Staaten aber verstehen, daß sie trotz ihrer günstigen Position einen Schritt wagten, der nach alten Anschauungen als ein Zeichen der Schwäche gewertet werden müßte, dann mag man sich klarmachen, wie sehr Hoover an die Allmacht der wirtschaftlichen Organisation glaubt und wie sehr er überzeugt ist, daß in einer abgerüsteten Welt das Übergewicht der amerikanischen Wirtschaftsmacht noch schärfer hervortreten muß als bis daher. Es entspricht seinen Gedankengängen, wenn er in einer seiner letzten Reden Schulden und Schiffe nebeneinander hält und den Staaten, die große Heere unterhalten, in nicht allzu fein eingewickelten Worten zu verstehen gibt, wievielmals gescheiter es wäre, wenn sie ihre jungen Männer arbeiten, statt die Zeit in den Kasernen totschlagen ließen. Daraus spricht der Organisator, der die Welt nicht als ein Tummelfeld der Diplomaten, sondern der Wirtschaftsmächtigen ansieht, dem die diplomatischen Probleme zu solcher wirtschaftlicher Rationalisierung und industrieller Ausnützung werden, der über Europa deswegen erbost ist, weil es Kriegsschiffe baut und damit Tribute an seine eigenen europäischen Stahlfabriken bezahlt, statt an die United States Steel Company durch das Bankhaus Morgan.

Aber daneben darf nicht vergessen werden, daß er Herrn Stimson zu seinem Staatssekretär erhoben hat, der sich in Nikaragua als der rechte Mann bewährte, der die amerikanische Politik in diesem nunmehrigen Vasallenstaat der Union durch alle Böden zu rechtfertigen verstand, und daß er ihn direkt von den Philippinen holte, wo er Gouverneur der Vereinigten Staaten war. Stimson hat nicht

den leisesten Zweifel darüber gelassen, daß er die Philippinen als Tätigkeitsgebiet des Dollars betrachtet haben will; er hat auf die Freiheitsrufe der Philippinos überlegen lächelnd geantwortet, daß die Freiheit ein hohes Gut sei, das schon oft Enttäuschung und Elend mit sich gebracht habe, und noch bei seinem Abschied, als er den Dampfer bestieg, um nach Washington ins Weiße zu Haus zu reisen, erklärte er deutlich, daß er sich wohl vorstellen könne, die Philippinen würden einmal Selbstverwaltung genießen, aber nur innerhalb des amerikanischen Staatsverbandes, vielleicht als 49. Staat. Sein Gesicht ist dem Osten und der Ostpolitik zugewandt, die er an ihren Brennpunkten kennen lernte; für ihn hat der Pazifische Ozean, den er von Nikaragua bis Manila durchmessen hat, samt seinen zukunftsreichen Gestaden die Bedeutung des allein wichtigen, weltpolitischen Kraftfeldes. Er ist hier aber durchaus nicht selbständig, sondern der Diener Hoovers, der im Grunde sein eigener Außenminister ist, der China aus eigener Anschauung kennt und der, kaum Präsident-Elect geworden, auf der Texas die amerikanische Pazifikküste hinunterfuhr, um den amerikanischen Kontinent unter einheitlicher Leitung für die große Aufgabe zu organisieren. So hat die amerikanische Politik ihre Beziehungen zu Rußland freundlich gestaltet, so ist sie der anerkannte Freund Chinas, so sucht sie heute englisch-amerikanische Konflikte zu beseitigen, so hat sie nun Frankreich für einige Zeit — wie lange noch? — beruhigt. Was aber bleibt dann noch im Osten?

Japan.

Unter den freundlichen Worten, welche Vizeadmiral Baron Sakamoto dem Vorschlag widmet, aus den vorsichtigen, stark zurückhaltenden Artikeln der Nichi Nichi tönt es wie verhaltenes Grollen. Sakamoto läßt keinen Zweifel, daß Japan die Beschränkung der Unterseeboote unter 600 t und der Kreuzer unter 6000 t nicht gutheißen werde: „denn sie sind die Waffe der Schwachen“, erklärt er verbindlich; noch wird Japan zustimmen, daß die Verhältniszahl 5:5:3 auch auf die Kreuzer ausgedehnt werde. „Verschiedene Bedürfnisse, die aus verschiedenen geographischen Verhältnissen entspringen, müssen anerkannt werden.“

Hier zeichnet sich der Konflikt ab; Hoover hat gewählt und geht seinen Weg. Er suchte Japan zu isolieren. Seine Mittel sind großzügig, nur in einem falsch. Er glaubte der amerikanischen Dollarpolitik zu dienen, wenn er Frankreich die Aufrechterhaltung seines gewaltigen Reserveheeres zugestand. Vielleicht mag er sich gesagt haben, daß dieses Heer keine große Rolle mehr spielen könne, wenn ihm eine überlegene Flotte den Weg von Afrika nach Frankreich und umgekehrt verlege. Das ist der Irrtum. Die Vereinigten Staaten können eines Tages die Erfahrung machen, daß sie wohl Frankreich mit ihrer Geldpolitik in tödliche Verlegenheit bringen können, aber daß ein französisches Millionenheer auf dem europäischen Kontinent eine ungeheure Gefahr für die amerikanischen Dollaranlagen in Europa bildet.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Der Kampf um die deutschen Tributzahlungen ist beendet. Wie wir in der vorigen Berichterstattung annahmen, haben die in Paris versammelten Sachverständigen das Äußerste aufgeboten, um ein Scheitern der Konferenz zu verhindern. Man hat sich schließlich auf einen Mittelweg geeinigt, dessen endgültige Bestimmungen erst aus dem Schlußbericht zu ersehen sein werden, dessen Grundzüge aber doch bereits festliegen. Bei allem Stolz auf die würdige Haltung unseres Hauptvertreters Dr. Schacht muß von vornherein betont werden, daß für uns Deutsche ein Anlaß zu jubelnder Begeisterung gewiß nicht vorliegt. Dem Dawesplan gegenüber bedeutet die Lösung des Youngplanes allerdings eine Verbesserung, denn unsere Gesamtverpflichtung ist nun endlich fixiert, und die jährlichen Tributzahlungen sind um anfangs jährlich 600 Mill., im elften Reparationsjahr immer noch um rund 400 Mill. RM. vermindert. Andererseits aber bedeutet der Youngplan in seiner jetzigen Fassung eine Verschlechterung gegenüber dem Angebot Dr. Schachts (während 37 Jahre gleichbleibend jährlich 650 Mill. RM.) um jährlich 430 Mill. RM., denn der Durchschnitt der Jahreszahlungen nach der neuen Regelung errechnet sich unter Einbeziehung der Zinsen für die Dawesanleihe auf etwa 2080 Mill. RM. Wie die deutsche Wirtschaft sich mit dieser ungeheuerlichen Belastung abfinden, wie das deutsche Volk diesen Fluch der Kriegsschuldlüge ertragen wird, läßt sich im Augenblick auch nicht annähernd übersehen. Aber sicherlich schulden wir unseren deutschen Unterhändlern auf der Pariser Konferenz aufrichtigen Dank dafür, daß sie unter den realpolitisch gegebenen Verhältnissen immerhin eine Reihe von Erleichterungen und Verbesserungen durchzusetzen verstanden: Die Sonderbelastungen von Reichsbahn und Industrie werden in Fortfall kommen, so daß das Reich die Lastenverteilung nach eigenem Ermessen vornehmen kann; die gräßlichen Kontrollkommissionen werden verschwinden und ihre Funktionen an die Bank für internationale Zahlungen (Reparationsbank) abtreten; von dem berüchtigten Wohlstandsindex, der bislang wie ein Damoklesschwert über uns schwebte, wird künftighin nicht mehr die Rede sein; die Räumung der besetzten Gebiete dürfte noch in diesem Jahre erfolgen, wenn nicht etwa die Politiker das Werk der Sachverständigen zu sabotieren versuchen sollten.

Wir geben uns der festen Hoffnung hin, daß die Regierungen und Parlamente der Pariser Vereinbarung ihre Zustimmung glatt erteilen werden. In dieser Beziehung bedeutet der Sieg der Labour-Partei bei den jüngsten englischen Wahlen entschieden ein Plus. Auch Frankreich und Belgien, die am ehesten Schwierigkeiten bereiten könnten, werden sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der Umschwung in England notgedrungen auch sie wieder stärker in die Bahnen einer paneuropäischen Verständigungspolitik drängt.

Die Pariser Konferenz von 1929 und der Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei können somit für Europa unter Umständen das Signal einer allgemeinen Neuorientierung werden. Hierbei wird aber das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu Rußland eine sehr ausschlaggebende Rolle spielen. England hat bislang dem starken Eindringen amerikanischen Kapitals in die kontinentaleuropäische Wirtschaft mehr oder minder teilnahmslos zugeschaut. Nachdem jetzt das Reparationsproblem unter amerikanischer Führung und nach amerikanischem Geheiß gelöst worden ist, wird England zu spüren bekommen, daß es eben doch ein Stück Europa ist und auch die Glieder des Britischen Weltreichs von den Finanzgewaltigen der U. S. A. nicht anders wie die europäischen Länder behandelt werden. Wir verweisen in dieser Beziehung auf einen geopolitisch höchst wichtigen Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ vom 22. Mai 1929 „Amerikanische Kapitalinvasion in England“. Der Verfasser dieses Aufsatzes liefert den Nachweis dafür, daß die Amerikaner ihre Politik planmäßiger Auslandsinvestitionen neuerdings ganz besonders auf England sowie auf die von Engländern kontrollierten Unternehmungen in den britischen Dominions und Kolonien oder auch in nichtbritischen Staaten konzentrieren; sehr schwere Sorge verursachen die amerikanischen Versuche, die Rohstoffherzeugung im Britischen Reiche zu beeinflussen. Wegen Einzelheiten sei auf die Darstellung in dem zitierten Aufsatz selbst verwiesen. Jedenfalls taucht das Problem eines Überfremdungsschutzes in England von Tag zu Tag schärfer auf, und es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Lage der Dinge eine Annäherung Englands an den von der gleichen Gefahr bedrohten Kontinent stark fördert. Das würde schließlich allerdings zu einer paneuropäisch-amerikanischen Spannung führen können, die ganz gewiß nicht im Interesse des Weltfriedens und der Entfaltung der Weltwirtschaft gelegen ist. Aber wir haben in dieser Zeitschrift immer den Standpunkt vertreten, daß das Stadium der Erdteilgemeinschaft notwendig und nützlich ist. Deshalb sehen wir der Zukunft ruhig und fest ins Auge und hoffen, daß die Entwicklung zu einer paneuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Abwehr gegen die Tendenz zur Welt hegemonie der Amerikaner führen wird, ohne damit die Gefahr eines ernsthaften Konfliktes zwischen Alter und Neuer Welt heraufzubeschwören. Wenn es eine Fortentwicklung der Menschheit gibt, und wir zweifeln daran nicht, so muß sie unter dem Zwang des Gesetzes der wachsenden Räume zur Herausbildung erdteilhafter Großwirtschaftseinheiten führen, die untereinander in harmonischem Wettstreit leben, ohne nach Beherrschung der einen durch die andere zu streben.

Die Amerikaner sollten als begeisterte Apostel der demokratischen Idee für solche Gedankengänge besonderes Verständnis aufbringen. Es scheint jedoch, als ob die Vereinigten Staaten umgekehrt alles daran setzen wollen, die einzelnen Mitgliedstaaten in eine amerikanische Hörigkeit zu überführen und überdies Europa als Ganzes von Osten her wirtschaftlich zu unterminieren. Es läßt sich doch nun einmal nicht abstreiten, daß der gesunde Menschenverstand nicht mitkann, wenn die Amerikaner auf der einen Seite den Bolschewismus als den Feind jedweden menschlichen Fortschrittes zu hassen vorgeben und auf der anderen Seite zielbewußt danach streben, durch ungeheure Kapitalinvestitionen in Rußland (als neuestes die gewaltige Ford-Konzession!) Europa von diesem Marktgebiet zu verdrängen. Die Machthaber des bolschewistischen Riesenreiches nutzen das doppelte Liebeswerben natürlich geschickt dazu aus, um Europa gegen Amerika und Amerika gegen Europa auszuspielen. Diese orientalische Taktik wird zunächst eine ganze Zeitlang erfolgreich sein können; aber Rußland mag bedenken, daß es sich am Ende nicht zwischen zwei Stühle setzen kann. Ob das Österreich ein solches Experiment wagen kann, muß es allein entscheiden. Uns scheint, daß ein Staat, der nur dank der Energie der G. P. U. besteht (neuerdings wieder zahlreiche Ermordungen und Verschickungen in Konzentrationslager), allen Anlaß hat, die Gefahr eines Mühlsteines zwischen Europa und Amerika zu vermeiden.

Wer unserer Beurteilung der geopolitischen Lage Europas zustimmt, wird uns auch weiterhin darin beipflichten, daß jetzt nach Regelung der Reparationsfrage und nach dem Sieg der englischen Arbeiterpartei paneuropäischer Gemeinschaftswille sich nicht nur auf Europa selbst beschränken und hier nun auch Einigkeit bezüglich Abrüstung, Minderheitenbehandlung usw. erstreben sollte, sondern zielbewußt übergreifen muß auch und gerade nach Afrika. In gemeinsamer Arbeit und ehrlich Hand in Hand mit den Eingeborenen sollten die europäischen Nationen im „dunkeln Erdteil“ die wirtschaftliche Verschmelzung von Europa mit Afrika betreiben, um dadurch die notwendige und anders nicht zu schaffende bzw. nicht dauerhaft zu erhaltende Tropengüterergänzung zu finden. Bei allseitig gutem Willen werden sich Mittel und Wege finden lassen, um dem gerade in Afrika sich austobenden egoistischen Kolonialimperialismus zu steuern und ihn umzugestalten im Sinne eines wohl verstandenen paneuropäisch-afrikanischen Kollektivismus. Daß unter solchen Voraussetzungen auch Deutschland Rechte und Pflichten in Afrika zu übernehmen bereit sein wird, bedarf keiner Betonung. Die englische Arbeiterpartei aber wird, wenn sie eine neue Epoche der abendindischen Geschichte einleiten helfen will, allerdings ganz anders sprechen und handeln müssen als der bisherige Außenminister Chamberlain, der auf die Anfrage des Abgeordneten Kenworthy die herrliche Antwort erteilte (22. April 1929): „Die englische Regierung hat mehr als einmal ihre Bereitwilligkeit erklärt, Deutschland wie den anderen Völkerbunds-Großmächten die gleiche Möglichkeit zum Erwerb eines Mandates für den Fall zu geben, daß ein Mandat frei werde, was aber an sich unwahrscheinlich sei. England könne sich nicht im voraus in dieser Angelegenheit binden, zumal sie ausgesprochen hypothetischen Charakter habe.“

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Vergleiche zwischen dem ergebnisarmen Aneinander-Vorbeireden bei den verschiedenen Aussprachegelegenheiten der Alten Welt (in Genf, Paris und verschiedenenorts in Mitteleuropa) und dem IV. panpazifischen wissenschaftlichen Kongreß (in Batavia und Bandoeng vom 16. bis 25. Mai) sind betäubend; denn sie offenbaren den peinlichen Unterschied zwischen dem stolzen Zug der indopazifischen Politik, der auch schwierige Kinder beim Namen zu nennen wagt, und dem auflösenden, zerflatternden Wesen der abendländischen wissenschaftlichen Politik. Was ich persönlich dazu zu sagen habe, steht als Übersicht über die Vorgeschichte der „Panpazifischen Bewegung“ in der Deutschen Presse-Korrespondenz (Nr. 53, Dienstag, 7. Mai, S. 1—4); vom französischen Standpunkt begrüßt den Kongreß eingehend E. S. Craighill Handy in „L'Europe Nouvelle“ (S. 447—449, Heft 589, 8. April 1929, wo sich auch gute Berichte über Französisch-Indochina und die Berichte von Albert-Thomas über seine Reise im Fernen Osten, besonders zur sozialen Lage finden). Mehr vom amerikanischen Standpunkt aus berichten „Pacific Affairs“, die für den pazifischen Raum unentbehrlichen Nachrichtensammlungen des „Institute of Pacific Relations“ in Honolulu, ohne die man über die pazifische Geopolitik so wenig auf dem laufenden bleiben kann, wie über die Ergebnisse der Japankunde ohne die vorgängigen Quellenbücher von Wenckstern und O. Nachod, und die höchst dankenswerten Ergänzungen von Dr. Hans Praesent bis auf die jüngste Zeit, in der leider in Deutschland zu wenig gekannten „Japanisch-Deutschen Zeitschrift“ (seit 1928 bei Walter de Gruyter). Leider gibt es bisher zu dieser bis auf die jüngste Zeit fortgeführten Bibliographie über Japan und zur Nachrichtensammlung der „Pacific Affairs“ über die pazifischen Gesamtbelange kein gleichwertiges Seitenstück für den indischen Großraum und China; vielleicht werden sich die „Sinica“ in ihrer neueren Entwicklung und die „Ostasiatische Rundschau“, für Indonesien die „Deutsche Wacht“ (Batavia, vgl. z. B. „Wirtschaft und Ethik in Niederländisch-Indien“ von E. Helfferich d. H. 2/1929!) dazu aufschwingen, die natürlich auch über den IV. Panpazifischen Kongreß berichten werden.

In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist, was das japanische Herrenhausmitglied Dr. R. Fujisawa zum 50. Jubiläum der St. Louis Post Dispatch über „The Pacific mind“, die Übersteigerung des Schlagworts „Pacific era“ und das Spiel namentlich britischer Seeleute und Singapore-Vorfechter mit „The Great Pacific war“ in die Jubiläumsnummer schrieb (im Auszug im „Transpacific“ vom 28. März 1929 wiedergegeben). Offenbar sollte freundliche Begleitmusik zum IV. Panpazifischen Kongreß gemacht werden, dem ähnliche in Honolulu (1920), Sydney (1923) und Tokyo (1926) vorangegangen waren, lauter günstige Gelegenheiten zur Abspannung politischer Streitfragen zwischen den Teilnehmern: Ver-

einigte Staaten von Amerika; Australien; Kanada; China; Frankreich; Großbritannien; Hawaii; Japan; Niederlande; Niederländisch-Indien oder Indonesien; Neuseeland; Philippinen; Rußland! Überall dort dienen eigene wissenschaftliche Korporationen nach Artikel 3 und 4 des Statuts den zwei Hauptzwecken: „eine Kooperation anzugehen und zu ermutigen zum Studium aller wissenschaftlichen Probleme des pazifischen Raumes, besonders soweit sie das Gedeihen und die Wohlfahrt der Völker am Pazifik angehen“ und „die Bande des Friedens unter den Völkern des Pazifik zu verstärken durch Begünstigen eines Bruderschaftsgefühls unter den Gelehrten aller pazifischen Länder.“ „Fraternité“ heißt das Ziel französisch; „Dobo-“ [Geschwister-]Gefühl japanisch. Es erstreckt sich leider nur auf „contrées, dominions, colonies, territoires ou dépendences, bordant l'Océan Pacifique ou compris dans sa zone et les pays qui possèdent (mit welchem Recht, ist nicht gefragt!) des dominions, des colonies, des territoires ou des dépendences dans la région du Pacifique et sont intéressés aux buts ci-dessus énoncés“.

Hier bildet sich zunächst einmal in ihren wissenschaftlichen Unterlagen eine zu positiver Arbeit entschlossene Nebenregierung der Welt, neben dem Völkerbund, dessen Tätigkeit ihr für den größten Einheitsraum der Erde offenbar nicht ausreichend erscheint, einem Völkerbund, der die Proletarier-Nationen ohne weltumspannenden Besitz von seinen intimeren Kreisen ausschließt und zu Menschheitsinstanzen zweiter Ordnung herabwürdigt.

Von den im Weltkriege als Großmächte im Sinne R. Kjelléns gefallenen Mächten sind die Sowjets — wohl nicht nur wegen ihrer pazifischen Stellung — diesem erlauchten Kreise beigezogen worden. Man wird deshalb verstehen, warum wir bei einer Neubearbeitung von Kjelléns „Großmächten der Gegenwart“ dessen Einreihung nicht mehr aufrechterhalten konnten, zu der nur Mitteleuropa gehört, allerdings auch das im pazifischen Raum nicht zum Anteil berechnete Italien. Vollwertige Großmächte im Sinne Kjelléns werden also wohl nur Mächte sein, die einerseits als solche im Völkerbundsrate, andererseits im panpazifischen Kreise mit voller Geltung beteiligt sind!

Daraus gehen zwei für das Weltbild Inner- oder Mitteleuropas sehr notwendige Erkenntnisse indopazifischen Ursprungs hervor: erstens die Tatsache der Unmöglichkeit eines Paneuropas, solange (vgl. die Weltkarte der Paneuropäer) die Teile Paneuropas ohne pazifische Geltung mit der Verantwortung für den pazifischen Besitz europäischer Kolonialmächte belastet werden sollen: Frankreichs, der Niederlande evtl. Englands und der Sowjets, wenn man diese auch zu Paneuropa schlagen wollte; und zweitens die Tatsache, daß zwar die pazifischen Lokalmächte, wie Japan und sicher demnächst China, in europäische Lokalfragen hineinreden können, hingegen europäische Lokalmächte immerhin doch zweiten Ranges, wie die deutschen und italienischen Millionen, aber nicht einmal an den wissenschaftlichen Vorberatungen pazifischer Lokalfragen teilnehmen dürfen, auch wenn diese, wie die Selbstbestimmungsbewegung der Monsunländer, für den Weltfrieden Bedeutung haben oder die Lebenshaltung der europäischen

Arbeiter ganz entscheidend beeinflussen (Kulturfaktor der Frühindustrialisierungszustände Chinas, Malayas, Indiens, Insulindes und Japans) und die Kräfte der Anlieger weit übersteigen (Entwicklung versperrter Reserveräume!).

Wichtige ergänzende Einblicke zu diesen Weltfragen geben zwei gute Berichte über zwei der wichtigsten Filter zwischen Ost und West: den bedeutendsten ozeanischen: Shanghai (Dr. Hawks-Pott: *Short history of Shanghai*. Kelly & Walsh. 1929. \$ 4,50) mit seinen Einblicken in die fabelhaften Grundwertsteigerungen, die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten, die Gefahren und die Lebenskraft des wichtigen Emporiums) und den vielleicht zukunftsreichsten Kontinentalfilter: Charbin in der Mandschurei!

Eine höchst lebendige Schilderung: „Harbin and its inhabitants“ gibt von dem Pandämonium am Hauptwegkreuz der Mandschurei Rodney Gilbert — abschließend mit 19. Januar 1929 — eine der letzten Glanzleistungen dieses dem heutigen China grollenden, aus dem Fernen Osten scheidenden Beobachters. „Kleinkäufe sind linguistische Abenteuer“; Russisch (es leben etwa 130 000 Russen unter den abenteuerlichsten Verhältnissen und Gegensätzen in der Nordmandschurei); weniger Chinesisch, als man glauben sollte; Pidgin-Englisch und alle andern Sprachen Ostasiens machen Harbin zu einem Babel, in dem doch am meisten die mongolisch-russische Mischung, ein selbst von Gilbert als höchst gutartig bezeichnetes Konglomerat, vorherrscht. Zum Sprachenbabel tritt nerven- und wirtschaftszerrüttendes Valutadurcheinander, und die verbotenen japanischen Yen-Noten sind in Wahrheit die Wertbasis für die meisten Geschäfte, soweit nicht der heilige Dollar selbst in Erscheinung tritt.

Reizvoll ist es, mit dieser Schilderung des Nordendes der Übergangszone die Auffassung Lazzaro Arditis (im „Universo“, der ausgezeichneten wehrgeographischen Zeitschrift, letzte Fortsetzung: Mai 1929, Nr. 5, S. 497—525) über das Südende, die ganz japanisch-ozeanisch bestimmte Halbinsel Liautung, zu vergleichen. Dabei zeigt sich klar, welche ungeheure Ausgleichsaufgabe vor den Kuo-Min-Tang-Instanzen liegt, die sie ohne die Machtmittel einer als himmlische Schicksalsfügung waltenden Despotie zu lösen hat und aus deren Arbeitsfeld dieser Kontrast doch nur einen winzigen Ausschnitt bedeutet, eine im Verhältnis zu Gesamtchina harmlose Schwingungsweite! Arditi beschreibt in der Mainummer des „Universo“, als Fortsetzung aus Nr. 2, Dairen als ein Kabinettstück anschaulicher wirtschaftsgeographischer und politisch-geographischer Belehrung, über dessen Freihafen er bei der Einfahrt neben den vorherrschenden japanischen, dreizehn Flaggen wehen sieht, die wichtige Stapelgüter des Weltverkehrs wegführen: amerikanische und australische, britische, chinesische und chilenische, dänische, deutsche, französische, italienische, niederländische, norwegische, peruanische, portugiesische, schwedische, siamesische.

Richtig erkennt er in den Massen chinesischer Kulis die unterste, noch duldende Tragschicht für den ganzen politischen und wirtschaftlichen Glanz der Ausfallpforte der mandschurischen Kohlen, der Bohnenerzeugnisse, des Weizens und

Zuckers, des vielseitig verwertbaren Kauliang, der Holzraubwirtschaft, der nordmandschurischen und mongolischen Viehzucht; aber er sieht auch durch allen Betrieb hindurch die Gefahr eines gewaltig vergrößerten Balkan oder Elsaß-Lothringen für die Welt (S. 499)! Der Bildergegensatz zwischen dem Denkmal für die Geister der gefallenen Krieger und dem verkehrswimmelnden Viadukt über die Südmandschurische Bahn gibt die ernste Kontrastfigur in einer wirtschafts-geographischen und warenschildernden Hafendarstellung von großem Reiz.

Aber immer wieder erheben sich aus solchen Schilderungen die beiden wichtigsten geopolitischen Grundzüge im Antlitz Ostasiens von heute und die aus ihnen entgegenspringenden Fragen: Wird die Wiedereinigung des chinesischen Riesenreiches unter der Kuo-Min-Tang-Idee gelingen? Und wenn, wird das Sozialgefüge des ganzen Ostens, Chinas und Japans, dieser Erneuerung standhalten oder nicht?

Für beide Fragen hat der Vollfrühling 1929 immerhin einige bemerkenswerten Aufschlüsse gegeben.

Sie treten uns auch aus den beiden lehrreichen Spottbildern der Shanghaier Kolonialpresse (North China Herald) entgegen. An Stelle des Drachenjahres, das die Rückerwerbung Pekings, dessen Umbenennung in Peping, Absetzung als Reichshauptstadt und Verarmung brachte, ist nach dem ostasiatischen Tierkreis das Schlangenhjahr getreten und zeigte vor dem Erfolg Chiang-Kai-Sheks gegen Hankau allerhand bedenkliche ausschlüpfende Schlanglein, zu deren Überwindung der Zeichner China alles Glück wünschte. Schon das nächste Bild verriet, welche Gefahren dieses Glück bestehen mußte, aber auch schon überwunden hatte. Denn während die — noch an der (chin) Jahreswende lächelnde — Republik bekümmert ausruft: „Aber ich will überhaupt nicht mehr, daß sich irgendwer wegen mir schlägt“ und der lauernd auf der Mauer sitzende (nur bedeutend verschönerte) Krieger Feng-Yu-Hsiang denkt: „Ob es sich besser zahlt, gleich zuzuschlagen oder zu warten und dann dem Sieger auf den Kopf zu hauen?“, ist seine Rechnung durch die Schnelligkeit der Auseinandersetzung der andern beiden Nebenbuhler, Nanking und Wuhan, schon umgeworfen worden.

Chiang-Kai-Sheks erfolgreicher Vorstoß Yangtse-aufwärts, die Zerspaltung der Kiangsipartei am mittleren Yangtse, die Einfügung der reichen kooperierenden Großstadtgruppe Hankau—Hanyang—Wuchang, „Wuhan“ in das Steuertragssystem der Nankingregierung hat die Lage sehr zugunsten Nankings verändert und Feng vor schwierige Entscheidungen gestellt, bei denen er sich ins Unrecht setzen muß, wenn er sich nicht fügt, so daß das größte Hindernis für die Einigung vielleicht demnächst fällt. Vor allem die Schnelligkeit des Handelns im rechten Augenblick, die geschickte Benützung des Stromes und auch die echt-chinesische Abspaltung ganzer Truppenteile an entscheidender Stelle haben den Ausschlag gegeben.

Aber damit ist nur die im Grunde weniger starke Seite der Kiangsigruppe, des linken Flügels der Kuo-Min-Tang und der K. P. C. getroffen; ihre Zukunftstärke

aus der sich wandelnden Sozialstruktur des Fernen Ostens heraus bleibt im wesentlichen unberührt; und von dort aus kann sich gerade von Kwangtung aus, unter Umständen im Zusammenwirken mit Feng-Yu-Hsiang — trotz seinem erprobten Mangel an Vertrauenswürdigkeit — ein sozialer und ein Länderrückschlag zugleich gegen die Zentralregierung in Nanking wenden.

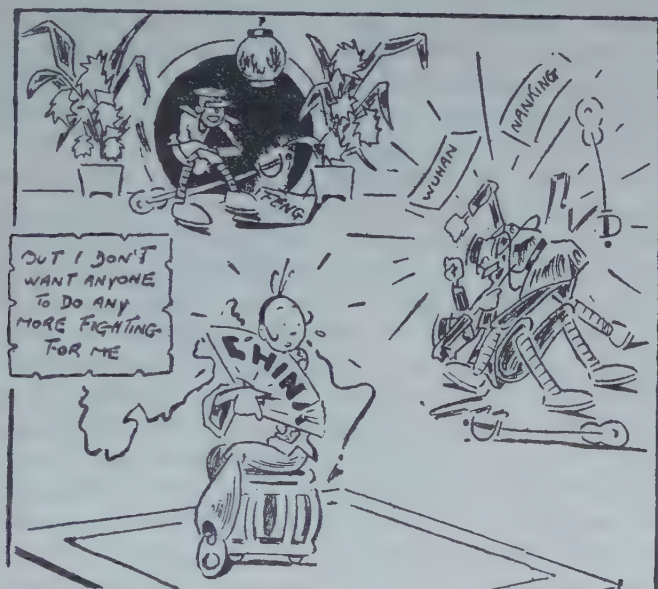
Vorläufig freilich vermag sie sich bereits auf 13 statt der ursprünglichen 5 Länder von den 18 Stamm- und den 3 östlichen Provinzen mit ihrem Steuersystem zu stützen, also fast auf eine Zweidrittelsmehrheit (China Expr. und Tel. 18. April



1929). Aber die Tatsache, daß sich selbst ein notwendigerweise so vorsichtiger Beobachter wie M. Albert Thomas bei seiner Rückkehr aus Ostasien sehr unumwunden (vgl. z. B. Manchester Guardian vom 22. März 1929 „Kuomintang's War on Communism“) über die Verfolgung nicht nur des kommunistischen, sondern auch des sozialistischen Flügels ausspricht, gibt doch zu denken!

Er betont, wie sehr die neuen, in Kanton, Hankau und Shanghai aufgemachten Gewerkschaften sich dem Kommunismus als höchst brauchbares Werkzeug dargeboten hätten, das nun die Kuo-Min-Tang „mit einem Geist des Nationalismus, Anti-Imperialismus, selbst der Xenophobie“ zu erfüllen trachte, daß die Diktatur der Partei „streng“ sei, daß man von „weißem Schrecken“ (Terror) spreche; er berührt damit ein soziales Strukturübel an der Wurzel, wenn er auch an anderer Stelle aussprach, „er sei betroffen gewesen von der Art, in der das Rassenproblem überall im Fernen Osten in erster Linie stehe“.

Wenn man ein so objektives Buch wie H. B. Morse und H. F. MacNair: „Far Eastern international relations“ als Schulbuch einstampft, weil den Kuo-Min-Tang in der Schilderung der Zwischenfälle von Shanghai am 30. Mai 1925 und von Shameen am 23. Juni 1925 zu viel Schatten auf die Chinesen fällt, und im Kapitel: „Russia and the Far Eastern 1917—1925“ die doch nicht abzuleugnende Leistung der Russen zur Entwicklung der nationalistischen Bewegung zu stark hervorgehoben scheint, so ist das auch kein Beweis von innerem Stärkegefühl — weder den Russen noch den Arbeiterorganisationen gegenüber; und wir werden die Bewährung des neuen chinesischen Arbeitsrechts in der Praxis nach wie



vor als einen geopolitischen Tatbeweis erster Ordnung ansehen müssen. Um so mehr, als wir erst im letzten Bericht unsere Überzeugung aussprechen konnten, daß es sich hier zwischen den drei „Sankoku“, den Hauptkulturmächten der Monsunländer, China, Japan und Indien nur um Grad- und Tempounterschiede handle, bei einer in allen gleichsinnig und fortschreitend wirkenden Erscheinung.

Deshalb möchten wir noch einmal zustimmend auf einen Aufsatz der Frankfurter Zeitung vom 24. März 1929: „Japans unerfreuliche Lage“ aufmerksam machen, der durch die sinnlose und wahrscheinlich noch folgenschwere Ermordung des Arbeiterführers Yamamoto eine grelle Beleuchtung erfuhr. In schroffem Gegensatz zur religiösen Toleranz steht die unduldsame Verfolgung gefährlicher Gedanken („dangerous thoughts“) durch politische Attentate, die immer ein schlechtes Zeichen für die Ausgeglichenheit des politischen Klimas ganz besonders

in Japan sind. Auch hier hat M. Albert Thomas Wahrheiten aus dem Sack gelassen (China Expr. & Tel. 11. April 1929, S. 249).

Besonders erwähnenswert scheinen ihm drei große Gruppen von Gründen für den labilen Gleichgewichtszustand in Japan, die im Grunde bei allen drei großen Monsunkulturmächten wiederkehren:

1. Die Übervölkerung, mit einem Zuwachs von zur Zeit über 1 Million im Jahr; Schwierigkeiten in der zu knappen Nahrungsmitteldecke; Notwendigkeit starker Einfuhr (die von anderer Seite geleugnet wird!); Hemmungen, die einer im großen Stil zu organisierenden Auswanderung entgegenstehen: Verschließung von Nordamerika (und Australien! D. Herausgeber); weite Entfernung von Südamerika, obwohl in Brasilien bereits 75 000 Japaner niedergelassen seien (über 80 000!); Unfähigkeit der Mandschurei, die ländliche Auswanderung anzulocken; Rohstoffknappheit (Baumwolle, namentlich Eisen); Schwierigkeit in der Gewinnung neuer Märkte — da der intermittierende politische Boykott in China sich leicht in einen dauernden wirtschaftlichen verwandeln könne.

Die zweite, ein weites Gebiet von Ideen, Empfindungen und praktischen Hemmungen umfassende Gruppe leitete Thomas mit der Bemerkung ein: „Die Erfahrung vieler Jahre sozialer Gesetzgebung habe gelehrt, daß dauernde Wohlfahrt niemals auf Ausbeutung zwar zahlreicher, aber schlechtbezahlter und überforderter Arbeitskräfte gebaut werden könne.“ Leider aber vorübergehende Vorsprünge! Hier steht das „Familiensystem“ und seine Entartung an erster Stelle, die dazu führt, daß in Osaka 100 bis 150 Lehrlinge im Geschäftsraum auf Matten zusammenschlafen, unter den Ladenbudeln und Waren! Aber im übertragenen Sinne bedeute Familiensystem einen ganzen geistigen Einstellungskomplex fernöstlicher Arbeiter! „Der ganze Begriff von Leistung und Gegenleistung im Arbeitgeber-, Arbeitnehmerverhältnis ist den Massen Ostasiens noch fremd.“ „Der japanische Arbeiter wünscht sich die Freiheit in seinem Arbeitsverhältnis zu retten, den Begriff der Muße, der Pause, wenn er sich abgespannt fühlt . . .“

Das eigenartige Verhältnis ostasiatischen Familiensystems und des beginnenden Fabrikpatriarchentums „Kinderkrankheiten“ tritt vielleicht am schärfsten in folgenden Worten des alten Peers Shibusawa zutage:

„Ich bin der Mann, der für die Einführung des Kapitalismus und der Industrialisierung in Japan verantwortlich ist. Es war notwendig und ich bedaure es nicht. Aber gleichzeitig hat Industrialisierung ein gewisses Maß von Unglück bedeutet, und ich halte es für meine Pflicht, zu korrigieren oder besser zu ergänzen, was ich getan habe, durch meine Hilfeleistung bei der Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigten Macht gegenüber den Arbeitgebern, und durch Förderung der Wiederherstellung von Stabilität und Harmonie.“

Diese ist aber weniger leicht als ihre Störung; und die Ermordung der geistigen Führer mittels politischer Attentate ist sicher ein ungeeigneter Weg dazu! Besser als so große Worte greiser Fabrik- und Bankpatriarchen dienen dem in China, Indien und Japan gleichmäßig zu wünschenden Ziele sicher solche Werke

wie das von Lin-Sun Ho: „Die Fabrikarbeiter in Tangku“ (Factory Workers in Tangku. Peking. Social Research Department, China Foundation for the promotion of education and culture). Diese stille Leistung ist ein Seitenstück zu dem einst mit Recht so berühmt gewordenen Buch von Dr. Tsur über die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt Ningpo, in dem an einem völlig durchgearbeiteten Beispiel der ganze wirtschaftsgeographische Gegensatz zwischen der auf sich gestellten, selbstgenügsamen Kultur und Wirtschaft der Monsunländer und der obtrusiven, expansiven abendländischen enthüllt wurde, obwohl der Verfasser nur an einem winzigen Fleck, seiner Vaterstadt, zeigen wollte, wie sich denn der ganze Wirtschaftsvorgang auf seiner geographischen Grundlage wirklich abspielt und welche Triebfedern ihn bewegen! — Aber solche zuverlässige Einblicke sind das Entscheidende; mit ihnen tritt man auf festen Boden! Kosten, Lebenshaltung, Lohnwert, Wucht der industriellen Umwälzung, fernöstliche Eigenart des Klassen Gegensatzes und Kampfes werden hier unter unendlichen Schwierigkeiten von Augenzeugen enthüllt. Es ist kein gutes Zeichen, daß sich Shanghai den Arbeitsmethoden von L. K. Tao, dem Leiter dieser Studien, versagt hat!

Die schlichte Auseinandersetzung zwischen Lin-Sung-Ho und dem weltkundigen Verfasser des höchst lesenswerten Kapitels „Labour“ im „China Year Book“, G. E. S. (Sokolsky) im North China Herald ist in Wahrheit eine geopolitische Zukunftsfanfare zur Aufstellung gegensätzlicher Treffen erster Ordnung. Hier setzen sich verschiedene Welten auseinander — zunächst noch in würdiger Form!

Eine Übersicht über die indischen Verhältnisse auf den nächsten Bericht verschiebend, müssen wir nur noch einige geopolitischen Symptome aus den Übergangsgebieten festhalten: „Nicht aus moralischen Gründen, sondern weil sie die störende Eigenschaft haben, des weißen Mannes Werk für dessen halben Lohn zu tun und sich für ein Viertel seiner Ausgaben gut in Stand und Leistung zu erhalten, aus verschiedenen Ländern rings um den Pazifik ausgeschlossen, sind die Chinesen als Einwanderer zu Hunderttausenden nach Ostsibirien, den Philippinen, Siam, Indonesien und Malaya geströmt!“ . . . Im fernsten Dorf Südostsibiriens liegt der Handel in chinesischen Händen; der Kleinbetrieb in Manila ist praktisch in ihrer Tasche, sie halten Reisbau und Mühlenindustrie in Siam und (mit eher der Hälfte als einem Drittel der Bevölkerung) in Malaya Rubber und Zinn im Gang. 1921 waren von den damals 883 000 Einw. der Straits eine halbe Million Chinesen, 8149 Europäer! Heute überwiegen die Chinesen alle andern Rassen im Verhältnis zwei zu eins und bald werden es drei auf einen Mann aller andern Rassen sein.“ (China Expr. & Tel. 18. April 1929, S. 261.) — „Für Singapore trugen Neuseeland 20 Mill. Mk., Hongkong 5 Mill. Mk. bei; die verbündeten Malayenstaaten schenkten das Land, Australien leistete seinen Beitrag in Schiffen“ (Ebda. 25. April 1929, S. 284) — aber die Chinesen bevölkerten den Stützpunkt! „Holland besitzt in seinen Tropeninseln eines der reichsten Schatzhäuser der Welt . . . Dies Reich ist unbeschützt! Hollands wenige Kreuzer in den niederländisch-indischen Inseln, basiert auf ein winziges Depot in Sura-

baya, würden selbst gegen eine Seemacht zweiten Ranges unwesentlich sein.“ „Die Niederlande wissen lange, daß sie deshalb ihre Inseln nur dank der Duldung ihrer Nachbarn behalten.“ Dies und noch einiges andere über die „Strategie von Singapore“ mag sich für die Nächstbeteiligten nicht angenehm lesen!

Mit Recht stellt die niederländische Kolonialverwaltung solchen Entgleisungen würdige Verteidigungen ihres Standpunkts entgegen, wie Dr. J. H. Meijer: „Niederländisch-Indien“, eingeleitet von Professor J. C. van Eerde, den Haag 1929, in den Veröffentlichungen des Vereins zur Förderung der Hollandkunde im Ausland, die wir im nächsten Lit.-Ber. würdigen wollen.

Festlandeinwärts stellt man beruhigend die langsamere Wandlung im Innern, im „Herzen Chinas“ fest, schon aus Changsha, noch viel mehr von der tibetischen Grenze, oder von Kansu, dem „Weg nach Turkestan“, den uns („The Desert Road to Turkestan“) neuerdings Owen Lattimore, London, Methuen, 1929, in Nachfolge Sven Hedins und Filchners beschreibt. Freilich wird uns dabei versichert, daß Feng-Yu-Hsiang — der vertrauenswürdige Freund der amerikanischen Missionäre, der „Constantin Chinas“, wenn wir ihnen glauben — zwar vor sechs Monaten das Erlöschen des Mohammedaneraufstands in Kansu gemeldet habe, der aber mit seiner ganzen verwüstenden Kraft noch in vollem Brand stehe. So daß also Kansu zu den sieben chinesischen Großländern gehöre, in denen momentan Krieg geführt werde; nur von Szechuan kann man wegen der Vielzahl der Parteien nicht sagen, von wem gegen wen! Alle stehen dort, im „wildem Westen Chinas“, gegen alle.

Da sich auch Afghanistan in hellem Kriegszustand befindet und aus Persien wie den benachbarten Sowjetrepubliken Innerasiens Grenzüberschreitungen gemeldet werden, umgibt — im Gegensatz zu den wohlberedeten ozeanischen Grenzen — die Kontinentalgrenzen des Indopazifischen Raumes eine unklare Übergangszone, ein weltpolitischer Schüttergürtel, der sich ziemlich zusammenhängend um das Ganze zieht; er mag die Moskauer panasiatischen Institute über das Zerschlagen der Kiangsigruppe und mancher mit ihr verbundenen Hoffnung trösten, die sich nun Kwangtung, dem Zwischengürtel und der indischen Entwicklung zuwenden muß!

HANS HISS:

Weltwirtschaft und Seeverkehr

Bei dem Versuch, die wechselseitige Bedingtheit und Beeinflussung von Weltwirtschaft und Seeverkehr systematisch darzustellen, kann ihre Verknüpfung in drei Sätzen ausgedrückt werden:

1. Weltwirtschaft bedingt Weltschiffahrt.
2. Die Weltschiffahrt beeinflußt das Weltwirtschaftsleben.
3. Die Beteiligung an der Weltschiffahrt führt zu neuen weltwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen.

1. Seeverkehr besteht nicht unabhängig neben der Weltwirtschaft, sondern ist nur ein Ausschnitt aus dem Komplex wirtschaftlicher Erscheinungen, die wir als „Weltwirtschaft“ bezeichnen. Wir verstehen im folgenden unter Weltwirtschaft*) diejenige wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Volkswirtschaften der Erde und ihren Einzelwirtschaften, die in Auswirkung lebenswichtiger Abhängigkeitsverhältnisse entsteht — unter starker Betonung des Willens aller beteiligten Länder zu weiterer wirtschaftlicher Entwicklung, woraus dauernd neue Abhängigkeitsverhältnisse erwachsen. Diese führen zu Austausch von Waren, Menschen, Kapital, deren Übertragung durch den Weltraum größtenteils Seeschiffahrt verlangt. Schon im Sprachgefühl sind die Begriffe Weltwirtschaft und Seeverkehr eng miteinander verbunden, indem wir gerade den Verkehr als eigentlich weltwirtschaftlich empfinden, der sich über See vollzieht.

Zwischen den Erdteilen ist der Verkehr nur zur See durchzuführen. Trotz der Sibirienbahn vollzieht sich auch der wirtschaftliche Austausch zwischen Europa und Asien ganz überwiegend zur See. Die, wie Europa und Afrika, eigentlich zwei Erdteile bildenden Teile des amerikanischen „Kontinents“: Nordamerika und Südamerika, sind noch durch keine Eisenbahn miteinander verbunden; ja, heute sind sie durch den Panamakanal, wenn auch künstlich, durch Wasser getrennt; der Verkehr zwischen ihnen vollzieht sich ganz überwiegend zur See. — Standorte der beiden großen Weltschiffahrtskanäle sind die erdteilverbindenden Landengen von Suez und Panama, die als solche ohne Bedeutung sind. Gerade ihre Zerschneidung durch die Kanäle zeigt die überragende Bedeutung des Seeverkehrs in der Weltwirtschaft. Zwischen Nord- und Südasien endlich herrscht nur ein sehr geringer Austausch, der sich allerdings auf dem uralten Straßensystem Innerasiens vollzieht.

*) Vgl. unseren Aufsatz „Autarkie und Weltwirtschaft“ in Nr. 4 der Zeitschr. für Geopolitik. 1928.

Der Überschuß der rohstoffreichen Tropengebiete zu den rohstoffhungrigen Ländern der gemäßigten Zone kann nur zur See übertragen werden; ebenso wie die Abstoßung des industriellen Überschußproduktes dieser Länder in Gebiete auf niedrigerer Stufe kapitalistischer Entwicklung fast nur über See geschieht. Die Abhängigkeit unentwickelter Gebiete davon, zu wirtschaftlicher Entwicklung Menschen aus anderen Weltteilen heranzuziehen, bedarf zu ihrer Überwindung ebenso der Schifffahrt, wie der auf überfüllten Ländern lastende Zwang, Menschen in landreiche Gebiete abzugeben. Wie viele Schiffe mögen den Atlantischen Ozean im 17. und 18. Jahrhundert gekreuzt haben mit Negersklaven von Afrika für die Plantagen des subtropischen Amerika, nachdem die Eroberer selbst die eingeborenen Arbeitskräfte, die zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Gebiete dringend nötig waren, ausgerottet hatten! Wie viele Schiffe mögen namentlich im 19. Jahrhundert den nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans gekreuzt haben, um Europa von dem Druck seiner über den Nahrungsspielraum hinauswachsenden Bevölkerung zu befreien! Wie viele Schiffe werden noch mit Menschen beladen die Meere befahren, bis ein Bevölkerungsausgleich in der Welt geschaffen ist!

Die mit der Entdeckung und Erschließung der anderen Erdteile einsetzende und im industriellen Zeitalter unter der Herrschaft des Kapitalismus dauernd steigende Intensität der weltwirtschaftlichen Beziehungen verlangt und erzwingt die Zurverfügungstellung immer größeren und immer schnelleren Schiffsraums. Viele für die Industrieländer zu weiterer wirtschaftlicher Entwicklung nötige Stoffe und Nahrungsmittel der Tropen vertragen nur kurze Zeit dauernden Transport; sie erfordern zur Überwindung der Entfernung schnellere Schiffe oder Spezialschiffe. Wenn z. B. Industrie-Europa zu seiner Ernährung Fleisch und Früchte der Tropen braucht, so sind Kühlschiffe nötig, um die Deckung seines Bedarfs hierin zu ermöglichen.

Weltschifffahrt ist eben die notwendige Begleiterscheinung fast aller weltwirtschaftlichen Beziehungen, und ihre Intensivierung ist ein wichtiger Antrieb der technischen Entwicklung in der Schifffahrt. Und weiter zieht die Beteiligung an der Schifffahrt die Notwendigkeit nach sich, Häfen zu bauen, die nun ihrerseits wieder eine weitere Zunahme des weltwirtschaftlichen Verkehrs ermöglichen.

2. Wenn aber einerseits Weltwirtschaft Weltschifffahrt bedingt, so gehen andererseits auch von der Weltschifffahrt starke Wirkungen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung aus*). Schiffe waren die Pioniere bei der wirtschaftlichen Verknüpfung der einzelnen Teile der Welt miteinander. Durch Einrichtung von Schifffahrtslinien versuchen die Staaten, ihre Volkswirtschaften überhaupt oder stärker in die Weltwirtschaft zu verflechten. Die steigenden oder sinkenden Kosten des Seeverkehrs bedeuten starke hemmende oder fördernde Faktoren der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Lange Dauer des Transports erhöht seine Kosten; z. T. macht sie den Transport bestimmter Güter unmöglich. Schnellere Überwindung

*) Vgl. hierzu den ausgezeichneten Aufsatz von Kuske „Die Bedeutung des Verkehrs für die weltwirtschaftliche Entwicklung“ in der „Zeitschr. f. Verkehrswissenschaft“, 1927, Bd. 1, S. 1 ff.

der Entfernung und niedrigere Kosten verstärken den weltwirtschaftlichen Austausch. Die große Linie in der Entwicklung des Seeverkehrs seit Beginn der Dampfschiffahrt ist gekennzeichnet durch dauerndes Zunehmen der Größe und Schnelligkeit der Schiffe und dauerndes Sinken der Frachtraten. Alles drei ist eng miteinander verknüpft: mit zunehmender Größe pflegt die schon durch die zunehmende Eigenwucht des Schiffskörpers geförderte Geschwindigkeit gesteigert zu werden; andererseits sind die für die hohe Geschwindigkeit nötigen Maschinenanlagen bei der Bedeutung des Verhältnisses zwischen Maschinen- und Laderaum nur in großen Schiffen unterzubringen; Vergrößerung des Laderaums und Steigerung der Geschwindigkeit ermöglichen niedrige Frachten — erst diese haben den Transport relativ geringwertiger Massengüter über große Entfernungen ermöglicht.

Besonders die neueste Zeit steht unter dem Einfluß der starken Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Schiffe. Auf diese wirken außer der Eigengeschwindigkeit der Schiffe die Vermehrung der Häfen der Welt, die ganz außerordentliche, durch den Wettbewerb unter den Häfen ebenso geförderte, wie vom Verkehrsbedarf getriebene Verbesserung ihrer Lösch- und Ladeeinrichtungen, die Abkürzung der Bunkerfristen durch Vermehrung der Bunkerstationen und den die technische Entwicklung des Schiffbaus heute beherrschenden Übergang zur Ölfeuerung, schließlich der Bau der Weltkanäle, die eine große Abkürzung der Seewege bedeuten. Mehr noch als die über 30proz. Zunahme des Weltschiffsraums, die heute gegenüber 1914 eingetreten ist*), mag zu der „Krise der Weltschiffahrt“ diese Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit der Schiffe beigetragen haben, die sich im erheblich schnelleren Auftreten der Schiffe als Frachtsucher (Frachtraumanbieter) auswirkt, und die durch Hafenverstopfungen, wie sie nach dem Kriege an einigen Häfen sich zeigten, nur vorübergehend wieder verringert wurde.

In den letzten Jahren haben wir gesehen, daß die Steigerung des Weltschiffsraumes und seiner Umlaufgeschwindigkeit der Zunahme des Weltwirtschaftsvolumens vorauseilte. Die Folge war das erhebliche, und nur zu einem Teil durch die technische Entwicklung der Schiffahrt selber zu erklärende Zurückbleiben der Frachtraten hinter der allgemeinen Steigerung des Weltpreinsniveaus. Aber gerade die relative Niedrigkeit der Frachtraten wirkt stark auf die Zunahme des weltwirtschaftlichen Verkehrs ein, und es besteht kein Zweifel, daß die von den Folgen des Krieges allmählich befreite Weltwirtschaft in die von den voreiligen „Unternehmern“ der Weltschiffahrt ihr dargebotene Kapazität der Seeverkehrsmittel hineinwachsen wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der den Verkehrsbedarf vorläufig noch (und vielfach weit) übersteigende Ausbau der Häfen zu betrachten. Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist bisher — von der „Peitsche“ des Kapitalismus getrieben — in dauernd schnellerem Tempo fortgeschritten, und

*) s. Helander „Die internationale Schifffahrtskrise“ (Bd. 42 der „Probleme der Weltwirtschaft“) Jena 1928. Das Buch gibt eine eindringende Analyse der Lage der Weltschiffahrt.

es besteht kein Grund zu der Annahme, daß dies in Zukunft anders sein werde. So lange es noch Unterschiede in der kapitalistischen Entwicklung der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft gibt, wird auch das Weltwirtschaftsvolumen zunehmen.

Die von Helander aufgestellten Thesen*): die Weltschiffahrt leide unter zu vielen und zu guten Schiffen, zu vielen und zu guten Häfen, zu vielen und zu guten Werften, können darum auch nur die „Krise“ der letzten Jahre erklären; sie können nicht für die Zukunft Geltung beanspruchen, noch sollen sie ein Werturteil über die schnelle Durchsetzung des technischen Fortschrittes auf einem so wichtigen Gebiete der Weltwirtschaft wie dem Seeverkehr enthalten.

Die wirtschaftliche Entwicklung vollzieht sich im unregelmäßigen Kapitalismus nie so harmonisch, daß das Tempo bei allen Faktoren gleichmäßig ist. Vielmehr sind die Kennzeichen des Kapitalismus gerade die Reibungen, die aus der Disharmonie der Entwicklung entstehen. So stellt sich die „Krise der Weltschiffahrt“ als eine Disproportionalität zwischen Weltwirtschaftsvolumen und Weltschiffahrtskapazität dar. Die Parallelität in ihrer Entwicklung ist vorübergehend verlorengegangen. Der Ausgleich kann von beiden Seiten her erfolgen. Wir glauben, daß die Schnelligkeit in der Zunahme des weltwirtschaftlichen Austausches die Wiedergewinnung der Harmonie durch die Schiffahrts-„Unternehmer“ auf dem Wege einer vereinbarten Verringerung der Flotten und Beschränkung der Neubauten überflüssig machen wird. (Daß allerdings eine Einschränkung der zu Kriegsrüstungszwecken aufgeblähten Werftkapazität erfolgen muß, ist wahrscheinlich, zumal wenn die Beschränkung der Seerüstungen auch in anderen Ländern als Deutschland durchgesetzt wird.) Selbstverständlich muß die überalterte Tonnage — und das Stadium des Veralteteins tritt um so früher ein, je schneller der technische Fortschritt sich im Schiffbau durchsetzt — laufend im „natürlichen“ Ausleseprozeß aus dem Verkehr ausscheiden. Die hohen Ziffern der aufgelegten Tonnage sind zum Teil dadurch zu erklären, daß es sich bei den heutigen Frachtraten nicht lohnt, diese Schiffe abzuwracken, ebenso wie es sich nicht lohnt, sie wieder in Fahrt zu setzen, weil sie technisch nicht mehr auf der Höhe sind**). Die technische und wirtschaftliche Lösung des Abwrackproblems wird von besonderer Bedeutung für die Lage der Werften werden.

Wir haben gesehen, daß die meisten weltwirtschaftlichen Beziehungen notwendig zu Seeverkehr führen, und daß andererseits von der Qualität der Schiffe und den Kosten für ihre Dienste auf die Intensität der Weltwirtschaft starke Wirkungen ausgehen. Nicht jeder Volkswirtschaft ist allerdings die Zunahme weltwirtschaftlichen Verkehrs durch relativ niedrige Frachten auf Kosten der binnenwirtschaftlichen Entwicklung, d. h. der Vervielfältigung der eigenen Volkswirtschaft oder der Erhaltung ihrer Vielseitigkeit erwünscht. Die von dem Ziel der Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Industrieländer geleitete

*) a. a. O., z. B. auf S. 252. — **) Die aufgelegten Schiffe kann man als die ausgeschiedenen „Grenzbetriebe“ der Seeschiffahrt ansehen.

Industrialisierung der Rohstoffländer wird gehemmt durch niedrige Frachten, die die Verarbeitung ihrer Rohstoffe in die unter günstigeren technischen Bedingungen stehenden alten Industrieländer zieht und damit die standortliche Verteilung in der Welt stark beeinflußt. Zu einem Teil dienen daher die protektionistischen Maßnahmen der Einfuhrzölle auf Fabrikate und der Ausfuhrzölle auf Rohstoffe der Korrektur der den wirtschaftlichen Zielen dieser Volkswirtschaften entgegengesetzten Tendenz der Frachten. Ebenso wird die Erhaltung der agraren Grundlage der industrialisierten Länder bedroht durch niedrige Frachtkosten, wie es Industrie-Europa vor einem halben Jahrhundert erlebte — wenn auch dabei noch andere Gründe als die Frachtsenkung mitspielten; aber auch hier dienten die Schutzzölle mit dazu, sich ihrer Auswirkung zu entziehen.

Die hemmenden Einflüsse hoher Transportkosten auf den weltwirtschaftlichen Verkehr kann man andererseits, wenn sie unerwünscht sind, durch Ausfuhrprämien usw. überwinden.

3. Ist der Seeverkehr bisher als Hilfsmittel bei der Durchführung weltwirtschaftlichen Austausches und als hemmender und fördernder Faktor weltwirtschaftlicher Entwicklung dargestellt worden, so ergeben sich aus ihm selbst auch eine Reihe direkter Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Schifffahrt treibenden und den Schifffahrt benötigenden Volkswirtschaften. Aktive oder passive Teilnahme am Seeverkehr führt zu neuer weltwirtschaftlicher Verflechtung. Der Bau von Schiffen zwingt vielfach zur Einfuhr von Schiffbaumaterial, wie Erz oder Eisen, Holz (z. B. Teakholz), Hanf (für Taue) usw. Alles bedeutet für die Volkswirtschaft neue weltwirtschaftliche Abhängigkeit, ebenso wie die Notwendigkeit, Schiffsbetriebsstoffe, Kohle und Öl, im Ausland zu beschaffen, oder vielleicht sogar die Besatzung der Schiffe aus einer im Gegensatz zur eigenen Bevölkerung seefahrtgewohnten Nation anzuwerben. Der Mangel an eigenen Werften oder ihre nicht genügende Kapazität zwingt dazu, den nötigen Schiffsraum im Ausland herstellen zu lassen; ebenso wie bei zu großer Kapazität der Werften für die Zwecke der eigenen Volkswirtschaft das im Kapitalismus herrschende Verwertungsstreben des Kapitals dazu zwingt, Schiffbauaufträge im Ausland zu suchen.

Eine besonders bedeutsame — mit der Teilnahme am Seeverkehr verbundene — weltwirtschaftliche Abhängigkeit ergibt sich daraus, daß einzelne Volkswirtschaften zur Deckung ihres Seeverkehrsmittelbedarfs auf Inanspruchnahme der Dienste anderer schifffahrttreibender Volkswirtschaften angewiesen sind, oder zur Ausnutzung des den Bedarf der eigenen Volkswirtschaft übersteigenden Schiffsraums ihre Dienste den anderen Volkswirtschaften anbieten müssen. Da fast aller weltwirtschaftliche Verkehr insofern zweiseitig ist, als z. B. der Rohstoffüberfluß des einen Landes den Mangel des anderen deckt oder der Menschenüberfluß der einen Volkswirtschaft den Menschenbedarf der anderen, so dient auch die Schifffahrt mit jeder Fahrt zwei Volkswirtschaften*). Wohl bei keinem Lande sind nun die

*) Den Seeverkehr unter Gliedern einer Volkswirtschaft pflegen wir als Küstenschifffahrt zu bezeichnen; jedoch verdienen Beziehungen u. B. zwischen Ost- und Westküste der Vereinigten

Ausgangs- oder Endpunkte der Fahrten seiner Schiffe nur die Häfen der eigenen Volkswirtschaft. Es gibt in keiner Volkswirtschaft so etwas wie eine Schiffsraum-Autarkie. Quantitativ oder qualitativ (durch Spezialschiffe) muß jede Volkswirtschaft entweder Schiffsraum fremder Volkswirtschaften mit zu Hilfe nehmen oder Ladung und Passagiere in den Häfen fremder Volkswirtschaften suchen. Für eine ganze Reihe von Volkswirtschaften ist es typisch, daß ihr eigener Schiffsraum ihren Bedarf weit übersteigt oder unterschreitet. Einen großen Teil ihrer Flotte zwischen den Häfen fremder Nationen beschäftigen z. B. England und Norwegen; für ein so typisches Zwischenhandelsland wie Holland ist auch die Beschäftigung seiner Flotte für andere Volkswirtschaften von großer Bedeutung. Einen geringen eigenen Schiffsbestand weisen bis heute noch durchweg die Rohstoffländer auf, ebenso diejenigen Volkswirtschaften, die — im Binnenland gelegen — ohne eigene Küsten und Häfen sind. Sie müssen fast ganz den Schiffsraum anderer Nationen in Anspruch nehmen, und die Binnenländer sich dazu noch der fremden Häfen bedienen. Rußland war 1913 mit 89%, 1927 zu 93% seines Güterverkehrs auf fremden Schiffsraum angewiesen. Trotz seiner industriellen Entwicklung entbehrte bis zum Kriege sogar ein Land wie die U. S. A. einer annähernd ausreichenden Handelsflotte; erst seit dem Kriege hat hier der Staat den Versuch gemacht, Wandel zu schaffen — mit dem Ergebnis, daß 1928 38% des überseeischen Verkehrs der U. S. A. auf eigenen Schiffen befördert wurden gegen nur ca. 10% vor dem Kriege. Von dem Ziel der 50% igen Beteiligung der eigenen Handelsflotte haben die U. S. A. sich seit 1921 aber wieder entfernt (s. Wirtschaftsdienst Nr. 18 vom 3. V. 29, S. 780/1). Überhaupt hat die Befreiung von fremder Schiffsverkehrsabhängigkeit das besondere Interesse aller Staaten gefunden, und das Mittel hierzu, die staatliche Subventionierung, ist so häufig angewandt, daß man die Seeschifffahrt geradezu als das typische Feld staatlicher Subventionspolitik ansprechen kann.

Aus „nationalen Interessen“ wird mit diesem Mittel vielfach auch ein Überfluß an Schiffsraum, der auch im Dienste anderer Länder vorübergehend keine Unterbringung findet, durchgehalten, oder sogar Schiffsraum gebaut, der den Bedarf der eigenen Volkswirtschaft übersteigt und dauernd auf Beschäftigung für andere Länder angewiesen ist.

Die Einnahmen aus Schiffs- und Hafendiensten, die für fremde Volkswirtschaften geleistet sind, und die Ausgaben, die für Inanspruchnahme von solchen Diensten an fremde Volkswirtschaften zu leisten sind, stellen für eine ganze Reihe von Ländern, die in die Weltwirtschaft verflochten sind, wichtige Posten ihrer Zahlungsbilanz dar. Soweit Güter in Frage stehen, werden die Frachtkosten von der die Güter einführenden Volkswirtschaft getragen. Abgesehen von dem Gegenwert der Ware muß sie also auch noch den Gegenwert der Frachten für ihren Einfuhrbedarf durch Warenausfuhr hereinbringen, wenn sie sich des Schiffs-

Staaten durch den Panamakanal sowohl wegen der Entfernung wie der verschiedenen Struktur der damit verbundenen Teile der U. S. A. unseres Erachtens das Prädikat „weltwirtschaftlich“.

raums fremder Nationen bedienen muß. Dies ist die typische Lage der sog. Rohstoffländer. Für Norwegen andererseits mögen die Überschüsse aus seinen Schiffsdiensten fürs Ausland den wichtigsten Aktivposten seiner Zahlungsbilanz ausmachen. Für England erreicht der Ertrag aus der Beschäftigung seiner Handelsflotte für andere Volkswirtschaften ungefähr die Hälfte des Ertrages aus seinen gewaltigen Kapitalanlagen im Ausland. 1928 allein ca. 130 Mill. £. Für Deutschland ergab sich als Folge des verlorenen Krieges, daß es in der ersten Zeit nach dem Kriege so gut wie ganz auf die Inanspruchnahme ausländischen Schiffsraums angewiesen war. Mit dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte hat sich diese Schiffsraumabhängigkeit vom Auslande in außerordentlich raschem Tempo verringert, so daß Deutschland seine Schiffe heute wieder auch in den Dienst der Angehörigen fremder Volkswirtschaften stellen kann, und der Saldo seiner Seefahrtsausgaben und -einnahmen wieder ein Aktivposten seiner Zahlungsbilanz geworden ist.

Wenn wir nun zum Schluß die ganze Fülle engster wechselseitiger Verknüpfung von Weltwirtschaft und Seeverkehr betrachten, und erkennen, wie alle Faktoren, die irgendwie die Bedingungen auf der Seite des weltwirtschaftlichen Güter- und Menschaustausches — also der Schiffsraumnachfrage — oder die Bedingungen auf der Seite des Schiffsraumangebotes ändern, aufeinander zurückwirken, so können wir bei unserem Glauben an die weitere dauernde Zunahme der Intensität weltwirtschaftlicher Beziehungen*) auch annehmen, daß Weltwirtschaftsvolumen und Weltschiffahrtskapazität sich trotz vorübergehender Störungen doch immer wieder aneinander anpassen werden. Und es scheint heute eher so, als ob beide nach Überwindung der Folgen des Weltkrieges einem annähernden Gleichgewicht wieder zustreben werden — einem Zustand, bei dem sowohl der laufende Schiffsraumbedarf der Welt gedeckt wird, wie auch der angebotene leistungsfähige Schiffsraum Beschäftigung findet. Und für die Weltschiffahrt braucht ein relativ niedriges Frachtratenniveau angesichts der großen technischen Fortschritte kein Zeichen schlechter Lage zu sein, während es für die Weltwirtschaft sogar von außerordentlich förderndem Einfluß ist.

*) Uns erscheint ein solcher Optimismus trotz der protektionistischen Welle in der Nachkriegszeit berechtigt.

PAUL OLBERG:

Finnlands Wirtschaft und Kultur

Die geopolitischen Faktoren der Entwicklung des Landes

Von den jungen europäischen Staaten, die nach dem Weltkriege entstanden sind, findet Finnland bei weitem die meiste Beachtung in Europa. Dieser Umstand ist auch durchaus begreiflich, da die finnische Republik das größte Interesse von kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten aus bietet. Zugleich kann man an dem lehrreichen Beispiel Finnlands die große, man könnte sogar sagen die ausschlaggebende Bedeutung der geopolitischen Faktoren auf die historische Gestaltung der Kultur und des modernen Staatslebens einer Nation verfolgen. Die eigenartige Natur des Landes wurde zum Impuls des bewundernswerten Fleißes des finnischen Volkes. Historisch eine ausgeprägte Kulturnation skandinavischer Art, vermochte Finnland durch seine geographische Lage Beziehungen über Skandinavien mit Westeuropa zu pflegen und in ständigem Konnex mit dem Fortschritt der europäischen Länder zu bleiben. Auf diesen wichtigen Umstand ist es in hohem Maße zurückzuführen, daß Finnland seine nationale Eigenart und seine Selbständigkeit dem rückständigen und aggressiven Osten gegenüber bewahren konnte.

Finnland liegt zwischen dem 60.° und 70.° nördlicher Breite; geographisch sowie geopolitisch gehört es zu Nordeuropa, richtiger zu der sog. Fenno-Skandischen Einheit, zu der Norwegen und Schweden gehören. Die Hauptnatur-schätze des Landes bilden seine Gewässer und seine Wälder. Bekanntlich bezeichnet man Finnland als das „Land der tausend Seen“. In Wirklichkeit verzeichnet die amtliche finnische Generalkarte 35 500 Seen, die Seen Nordfinnlands nicht mit einberechnet. 1. Es ist selbstverständlich, daß die Seen sowohl zur Ansiedlung und Ausdehnung der Bevölkerung über das ganze Land sowie zur Förderung des Innenhandels sehr viel beigetragen haben, da die übergroße Mehrheit der Seen fast in ihrer ganzen Länge für den Schiffsverkehr in Anspruch genommen werden können. Die Gesamtlänge der Wasserwege des Inlandes beträgt mehr als 2000 km. Von großer Bedeutung ist es, daß die Seen

ausgezeichnete Wärmebewahrer sind, indem die Eisdecke, die sich von Zeit zu Zeit über sie breitet, dazu beiträgt, einen Teil der Wärme aus den sonnigen Sommermonaten zu erhalten. Überdies ermöglichen die Seen die Holzflößerei. Dazu kommen die zahlreichen Wasserfälle, die eine enorme Wasserkraft liefern. Die Gesamtziffer der Pferdekkräfte der Wasserfälle Finnlands wird auf etwa 3 Mill., bei Hochwasser auf 11 bis 12 Mill. geschätzt. Bisher wird für die Industrie nur etwa $\frac{1}{5}$ der Wasserkräfte ausgebeutet. Also die Möglichkeiten in dieser Hinsicht sind noch außerordentlich groß.

Mehr als die Hälfte der Oberfläche Finnlands oder ca. 25,3 Mill. ha sind Waldland. Außer der großen positiven Bedeutung der Wälder für das Klima liefern sie enormes Rohmaterial für die Holz- und Papierindustrie des Landes. Es werden jährlich etwa 41 cbm Festmaß an Bäumen gefällt. Im Jahre 1926 exportierte Finnland 1 126 400 Standard Holzwaren, 405 500 t Papiermasse, 72 000 t Pappe, 210 000 t Papier und 330 000 t Zellulose. (Im Jahre 1913 betrug der Export 900 000 t, Papierexport 146 000 t; Zelluloseexport 75 000 t). Holz und Papier bilden die Hauptartikel der finnischen Ausfuhr, die es dem Lande seit Jahren ermöglichen, eine aktive Handelsbilanz aufzuweisen.

Angesichts der großen Bedeutung der Forstwirtschaft für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Landes trägt der Staat die größte Sorge dafür, daß dieser Wirtschaftszweig nach rationellen Grundsätzen betrieben wird. Nach der offiziellen finnischen Statistik von 1923 gehörten etwa 39 % des Waldbodens dem Staate; die staatliche Forstwirtschaft umfaßte in demselben Jahre 6 907 000 ha oder 34 % der gesamten Forstwirtschaft des Landes. Aus den nachstehenden Zahlen bekommen wir einen Begriff über die wirtschaftliche Bedeutung der Staatsforstwirtschaft.

Jahre	Einnahmen	Ausgaben	Gewinn
	In 1000 Fmk.		
1910	97 397	33 444	63 953
1920	130 626	64 047	66 579
1925	231 655	138 374	93 281
1926	252 992	116 237	136 755

Wie aus dieser Tabelle zu ersehen ist, nimmt der Überschuß in den letzten Jahren fortwährend zu. 1925 betrug er 25 % der gesamten direkten Steuern des Landes; 1926 soll der Reingewinn etwa 35 % der direkten Steuern ausmachen²⁾.

Die Republik Finnland zählte laut offizieller finnischer Statistik am 1. Januar 1925: 3 495 186 Einwohner; davon leben auf dem Lande 83,2 % und in den

Städten 16,8%. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 10,2 Einwohner pro Quadratkilometer; in Südfinnland 17,8; in Nordfinnland 2,3 Einwohner. Nach der Gewerbestatistik von 1920 sind $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt; 15% in der Industrie; 7% im Handel und Verkehr; der Rest in verschiedenen anderen Gewerben und Berufen. Interessant ist die Einteilung der Bevölkerung nach den Sprachen. Es kommen laut Angaben des Jahres 1920 auf je 1000 Einwohner, prozentual genommen:

887,0 finnisch Sprechende	109,8 schwedisch Sprechende
1,5 russisch	0,8 deutsch
0,4 anders	

Wie aus den angeführten Zahlen hervorgeht, ist Finnland ein Agrarland. Jedoch macht die moderne Industrie in den letzten Jahrzehnten sehr bedeutende Fortschritte. Dementsprechend erfolgt fast fortwährend eine Zunahme der städtischen Bevölkerung. Dies ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Jahre	Städtische Einwohner	Prozentzahl im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung
1900	339 613	12,5
1910	456 873	14,7
1915	515 562	15,6
1920	543 046	16,1
1925	599 271	17,0 ³⁾

Die städtische Bevölkerung hat also binnen eines Vierteljahrhunderts um 260 000 Personen oder um $\frac{3}{4}$ zugenommen. Im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung beträgt der Zuwachs der Bevölkerung der Städte über $\frac{1}{3}$. Zugleich hat die ländliche Bevölkerung um 554 000 Personen oder um $\frac{1}{4}$ zugenommen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf die Entwicklung der Bevölkerung nach den Hauptexistenzquellen in den Städten und auf dem flachen Lande einzugehen.

Die Existenzquellen der städtischen Bevölkerung

Jahre	Industrie und Handwerk	%	Handel und andere Gewerbe	%
1900	112 296	32,9	74 083	21,6
1910	143 110	33,5	86 926	20,4
1920	187 129	37,9	123 064	27,0 ⁴⁾

Die Zunahme der Industrie- und Handwerkerbevölkerung beträgt etwas weniger als 75 000 Personen, der in Handel und sonstigen Gewerben Beschäftigten 49 000, insgesamt also 124 000 Personen. Die entsprechende Verteilung der ländlichen Bevölkerung gestaltete sich folgendermaßen:

Jahre	Landwirtschaft	%	Industrie und Handwerk	%	Handel und sonstige Gewerbe	%
1900	1 840 486	77,6	176 047	7,4	54 589	2,3
1910	1 932 545	77,5	214 110	8,6	62 014	2,4
1920	2 007 407	76,9	272 622	10,4	77 354	3,0 ⁵⁾

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, hat die Bevölkerung, welche in der Landwirtschaft beschäftigt ist, um 167 000 Personen zugenommen. Als Existenzquelle ist dieser Wirtschaftszweig in dieser Periode relativ zurückgegangen. In ganz entgegengesetzter Richtung entwickeln sich Industrie und Handwerk; die Zunahme der Beschäftigten beträgt seit einem Vierteljahrhundert im ganzen Lande 171 000; also auch absolut genommen ist der Zuwachs größer als in der Landwirtschaft. Bemerkenswert ist dabei, daß die Industrie auf dem flachen Lande eine größere Zunahme aufweist als in den Städten. Im Jahre 1920 zählte man im Lande 117 229 Industriearbeiter, davon 59 341 in den Städten und 57 888 auf dem flachen Lande. Fünf Jahre darauf hat sich dieses Zahlenverhältnis wesentlich verändert. Von 141 005 Arbeitern, die im Jahre 1925 in der Industrie beschäftigt waren, kommen 74 287 auf das flache Land und 66 718 auf die Städte. Während die Anzahl der Industriearbeiter in den Städten um 7400 zugenommen hat, erreicht die entsprechende Zahl für das flache Land volle 16 400. In diesem augenscheinlich eigenartigen Umstand ist die Hauptursache des relativ langsamen Anwachsens der städtischen Bevölkerung in der Zeit von 1900—1925 zu suchen, das wir oben gestreift haben. Finnlands Industrieexpansion beschränkt sich nämlich hauptsächlich auf die Holzindustrie, deren Betriebe in ihrer übergroßen Mehrheit auf dem Lande liegen. Die örtliche Bevölkerung macht gern von der Gelegenheit Gebrauch, ihre Arbeitskraft an Ort und Stelle anzubieten, anstatt, wie das sonst üblich ist, Beschäftigungsmöglichkeiten in der Stadt zu suchen. Dazu gesellt sich die Wohnungsnot, die den Zustrom nach den Städten seit Ende des Krieges nicht unbedeutend einschränkt.

Eine ziemlich bedeutende Einwirkung auf die Bevölkerungszusammensetzung übt in den letzten Jahren die Emigration aus. Sie weist folgende Zahlen auf:

Jahre	Anzahl der Auswanderer
1919	1 085
1920	5 595
1921	3 557
1922	5 715
1923	13 835
1924	5 429
1925	2 490 ⁶⁾

Infolge der schwierigen Nachkriegsverhältnisse ist die Zahl der Auswanderer im Jahre 1919 noch ganz gering. Von diesem Jahre ab nimmt sie jedoch erheblich zu, erreicht im Jahre 1923 die Rekordziffer von 13 835 und sinkt dann rapide. Der starke Rückgang der Auswanderung im Jahre 1925 ist auf die Einschränkung der Immigration durch das neue Gesetz der Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen. Da außerdem seit 1926 der Arbeitsmarkt in Finnland sehr günstig ist, so ist einstweilen kaum mit einer starken Zunahme der Emigration zu rechnen.

Von außerordentlich günstiger Bedeutung für die Bevölkerungspolitik Finnlands ist die Parzellierung der Landwirtschaft und die weitgehende Förderung der Kleinwirtschaft. Beides wird seit der großen Agrarreform der Nachkriegszeit durchgeführt, die den Torparen, den Kleinpächtern, deren Lage bis dahin unerträglich war, die Befreiung von den Lasten der Gutsbesitzer brachte⁷⁾. In den letzten Jahren sind in Finnland etwa 100 000 neue Bauernwirtschaften entstanden. Zugleich ist der Kulturboden bedeutend vergrößert worden. Den Kleinbauern wird vom Staate Kredit gewährt, ein sachverständiger Agronom steht ihnen immer zur Verfügung, und der Absatz ihrer Produkte sowie der Einkauf der Bedarfsartikel erfolgen nach rationellen Grundsätzen. Mit Unterstützung des Staates werden künstliche Düngemittel in großem Umfange angewandt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Gesellschaften, speziell der Genossenschaften, hat bedeutend zugenommen. Infolge aller dieser solidaren und gleichmäßigen Maßnahmen des Staates, der Kommunen und der freien Körperschaften ist die landwirtschaftliche Produktion ganz erheblich gestiegen. Finnland ist heute nicht mehr in dem Maße wie vor dem Kriege auf Getreideeinfuhr in Roggen angewiesen. Es hat sich in dieser Beziehung fast vollständig vom russischen Markte befreit. Namhafte finnische Agrarpolitiker sind der Ansicht, daß Finnland in einigen Jahren seinen Roggenbedarf durch Eigenproduktion wird decken können.

Für die finnische Industrie der Nachkriegszeit, nämlich seit 1925, ist ein gewaltiger und dauernder Aufschwung charakteristisch, der neue Werte geschaffen und verankert hat. Die Hauptrolle spielen dabei die Holzbearbeitungs- und die Papierindustrie, die auf den Export eingestellt sind.

Eine außerordentlich wichtige Stellung nehmen im Wirtschafts- und Kulturleben Finnlands die Genossenschaften ein. Ende 1926 zählte die finnische Genossenschaftsbewegung 600 000 Mitglieder oder insgesamt, d. h. die Familienmitglieder mitberechnet, $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung der Republik. Mit Recht wird

daher Finnland als das klassische Land der Genossenschaftsbewegung bezeichnet.

Hochinteressant für das Ausland ist die Entwicklung des finnischen Außenhandels in den letzten fünf Jahren.

Der prozentuale Anteil beträgt:

Import		
Länder	1921—1925	1911—1915
Deutschland	32,41	29,65
England	18,96	9,69
Vereinigte Staaten von Amerika	14,50	—
Schweden	6,39	11,74
Dänemark	5,91	4,54
Holland	5,22	1,54
Belgien	2,49	1,16
Rußland	2,37	39,46
Frankreich	2,12	1,10
Norwegen	0,79	0,17
Spanien	0,26	0,38
Übrige europäische Länder	4,57	0,55
Übrige außereuropäische Länder	4,01	0,42

Export		
Länder	1921—1925	1911—1915
England	38,05	21,78
Deutschland	9,79	10,40
Holland	8,74	3,53
Frankreich	7,73	6,68
Vereinigte Staaten von Amerika	6,61	0,03
Belgien	6,58	3,59
Schweden	6,30	8,14
Dänemark	4,26	2,66
Rußland	4,08	39,02
Norwegen	0,55	0,31
Spanien	0,41	2,23
Übrige europäische Länder	1,66	0,18
Übrige außereuropäische Länder	5,24	1,45 ⁸

Man kann hier, namentlich in bezug auf Rußland, von einer Revolution der finnischen Handelspolitik sprechen. Vor dem Kriege betrug der Export aus Rußland etwa 38% des Gesamtimportes; ungefähr ebenso verhielt es sich mit dem Export. In den Jahren 1923 und 1924 erreichte der Import nicht einmal 5%, im Jahre 1925 nur 1,35%. Der Export ist von 39,02% in den Vorkriegs-

jahren bis auf 4,08% in der Nachkriegszeit gesunken. — Daß Finnland seinen Exporthandel so relativ leicht, ohne Erschütterungen, umstellen konnte, ist hauptsächlich auf den in hohem Maße einseitigen Charakter der finnischen Holz- und Papiausfuhr zurückzuführen. Zur Illustration des wirtschaftlichen Fortschritts kann noch die Entwicklung des Verkehrswesens und die bedeutende Vergrößerung des Kapitals der Privatbanken in den letzten Jahren angeführt werden. Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen ist nämlich im Jahre 1926 im Vergleich zum Jahre 1913 um mehr als das Doppelte gestiegen. — Schließlich ist die finnische Republik von dem sozialen Übel der Erwerbslosigkeit verschont geblieben.

Recht bedeutende Ergebnisse kann die finnische Republik auf fast sämtlichen Kulturgebieten verzeichnen, speziell hinsichtlich des Schul- und Gesundheitswesens.

Schließlich sei noch hinzugefügt, daß die demokratische finnische Republik, die politisch und wirtschaftlich vollkommen konsolidiert ist, im Rate des Völkerbundes vertreten ist. Außenpolitisch sieht Finnland seine dankbare Aufgabe in der Zusammenarbeit der kleinen Nationen des Ostens in neutraler Richtung. Finnland will eine aktive Friedenspolitik mit seinen Nachbarn pflegen und seine Pflichten als Mitglied des Völkerbundes erfüllen.

Literaturverzeichnis

- ¹⁾ „Umriß der Geographie Finnlands“ von Dr. Phil. Ragnar Numelin. Helsingfors 1927 — und „Finnland“ von J. Öhquist. II. Auflage. Kurt Vowinkel Verlag. Berlin 1928. — ²⁾ „Merkator.“ 1. Juli 1927. Helsingfors (Schwedisch). — ³⁾ Ebenda S. 734. (Schwedisch). — ⁴⁾ u. ⁵⁾ Ebenda S. 735. — ⁶⁾ „Merkator.“ Juli 1926. Helsingfors. S. 829. (Schwedisch). — ⁷⁾ „Jordreformen i Finland.“ Helsingfors 1922. (Schwedisch). — ⁸⁾ Finlands officiella Statistik. Utrikes Handel. Årspublikation 1925. Helsingfors 1926.

Für das Studium Finnlands ist das ausgezeichnete Kapitalwerk „Finland. The country, its people and institutions.“ Helsingfors 1926. Otava Verlag. 598 Seiten, auf das wärmste zu empfehlen.

ARNOLD VON SYBEL:

Rußland und die Ostsee

Skizze einer machtpolitischen Entwicklung

Die Seele des russischen Menschen sucht nicht das Meer mit seiner lockenden Weite, seinen Gefahren und Zufällen; die unendliche, mit Wäldern und Steppen bedeckte Ebene des festen Landes war von jeher der Inbegriff seiner Phantasie. Eine nachhaltige Änderung dieses Charakterzuges vermochte auch

nicht die Tatsache hervorzurufen, daß die erste Gründung einer staatlichen Organisation in Rußland durch ein ausgesprochenes Seevolk, die normannischen Waräger erfolgte. Das Kraftzentrum des Rurikischen Reiches verschob sich bald von der Ostsee fort nach Süden, nach Kiew, von dort nach Susdal-Moskau; hier, im Kernpunkt des europäischen Waldgebietes bildete sich der Typ des Großrussen heraus. Während die Waräger noch die Meere überspannten und die See als ihr ursprüngliches Element betrachteten, sehen wir jetzt den Wolgarussen als waldrodenden Bauern vor uns. Die Untermischung mit finnischen Stämmen vertiefte den Festlandstyp des Russen. Die letzten Fäden, die das Reich Ruriks noch mit der See verbanden, rissen während der über 200 Jahre auf Rußland lastenden Herrschaft der tatarischen Steppenvölker. So wirkten Charakteranlage und geschichtliche Geschehnisse zusammen, um in Osteuropa ein ausgesprochenes Festlandreich entstehen zu lassen. Nach Abschüttelung des Tatarenjochs machten sich dann wieder Ausdehnungsbestrebungen zur See hin bemerkbar; aber diese Vorstöße, wie die Eroberung Ingermannlands anläßlich des Verfalls des baltischen Ordensstaates und das Vordringen an das Kaspische Meer tragen mehr den Stempel zufälliger Eroberungszüge, sind eher Endpunkte eines auf Landerwerb ausgehenden Triebes als systematische Besitzergreifung der Meeresküsten.

Während die moskowitzische Kolonisation nach Osten hin über Tausende von Kilometern erfolgreich fortschreitet, geht der kümmerliche Ostseebesitz, die äußerste Ecke des Finnischen Meerbusens, an Schweden verloren. So bietet sich uns am Ende des 17. Jahrhunderts das eigenartige Bild, daß das an Flächenumfang größte europäische Reich keinen Zugang zu einem offenen Meere hat, von dem fast stets vereisten Archangelsk abgesehen. Als ob ihm das Schicksal den Zutritt belebenden Seewindes verwehren wolle, liegt der russische Koloß eingekapselt in der Mitte Osteuropas, durch schmale, in fremder Hand befindliche Küstenstreifen von Ostsee und Schwarzem Meer getrennt.

Aber bei jedem aufstrebenden Staate kommt einmal der Zeitpunkt, wo die Notwendigkeit oder das Verlangen hervortritt, einen Küstenbesitz als ergänzenden Machtfaktor seiner Organisation einzugliedern. Auch für Rußland kam diese Zeit. Zar Peter Romanow ist ihr Erfüller. Er ist der erste russische Staatsmann, der den sein Land umschließenden Gürtel durchbricht. Schweden kam in erster Linie für die Abgabe einer Meeresküste an Rußland in Frage. Diese nordische Großmacht stand der geschlossenen, küstenlosen Landmasse Rußlands mit einer genau entgegengesetzten Form staatlicher Raumbildung gegen-

über: Rußland hatte seinen Schwerpunkt im Zentrum des Landes, Schweden dagegen in der Mitte des von ihm beherrschten Ostseebeckens. Der russische Staatentyp war in seinen Auswirkungen langsam, aber zäh und stabil, der schwedische lebendig, aber empfindlich und labil. Die Anlage von Befestigungswerken in der Ostecke des Finnischen Meerbusens während der ersten Jahre des Nordischen Krieges bezeichnete den Punkt, von dem aus Peter der Große die schwedische Ostseeherrschaft aus dem Gleichgewicht brachte. Die taktischen Vorzüge, die dieser Platz bot, ersetzten, was damals noch Rußland an militärischen Kräften, besonders zur See, mangelte, und ermöglichten es, der Stellung mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine hervorragende politisch-strategische Bedeutung zu geben: die durchgehende Linie des schwedischen Küstenbesitzes von Stockholm über Haparanda nach Riga war durchbrochen, die schwedischen Besitzungen südlich des Finnischen Meerbusens konnten vom Mutterlande aus nur noch auf dem Seewege erreicht werden. Die Absicht, von der Petersburger Bucht aus die ganze schwedische Ostseestellung aufzurollen, trat klar zutage, vor allem, nachdem die Reichshauptstadt von Moskau nach Petersburg verlegt wurde.

Aber neben die Absicht trat auch der Zwang. Die neugegründete Hauptstadt lag an der äußersten Ecke der Finnischen Bucht, eines 400 km langen Meerarmes, der sich an der schmalsten Stelle auf 60 km verengt und dessen Ufer in schwedischer Hand waren. Der östliche Teil der Bucht ist während mehrerer Monate des Jahres vereist, was damals um so ausschlaggebender war, als man mangels maschinengetriebener Fahrzeuge auch bereits gegen leichtere Eisbildung machtlos war und die Schifffahrtsperiode daher noch kürzer als heute sein mußte. Unter diesen Verhältnissen konnte der Petersburger Hafen einen unbehinderten Zutritt zur offenen Ostsee nicht gewährleisten. Und was sollte hier, an der äußersten Peripherie, nahezu in Feindesland selbst, eine Reichshauptstadt, wenn nicht das nötige Vorland dazu gewonnen wurde? Ohne dieses war die Stellung auf die Dauer zwecklos und unhaltbar. So barg die Gründung Petersburgs neue Aufgaben in sich. Sie war nicht ein Ergebnis, sondern ein Programm, sie war eines der schicksalsschweren geschichtlichen Vorgänge, die die Völker auf der einmal beschrittenen Bahn vorwärtstreiben.

Die Armee Karls XII., die beste, die es damals in Europa gab, fand ihr Grab in der südrussischen Steppe. Nicht infolge einer überlegenen Strategie blieb Peter der Große Sieger. Sein Gegner scheiterte letzten Endes daran, daß er die Empfindlichkeit der schwedischen Ostseeherrschaft übersah. Statt das Gleich-

gewicht, das durch die russische Festsetzung in der Petersburger Bucht gestört war, durch raschen Eingriff wieder herzustellen, verlor sich Karl XII. in dem endlosen Raume des osteuropäischen Flachlandes. — Der Kampf zwischen dem komplizierten nordischen Seestaat und der trägen russischen Landmasse wurde zugunsten dieser entschieden.

Die territorialen Gewinne (Livland, Estland, Ingermannland und ein Teil von Karelrien), die Rußland im Frieden zu Nystad (1721) buchen konnte, fanden südlich des Finnischen Meerbusens ihren gegebenen Abschluß an der Grenze des polnischen Staates, der — unter Personalunion mit Sachsen — Rußlands Bundesgenosse während des Nordischen Krieges gewesen war. Ganz andere Gesichtspunkte waren bei der Grenzziehung nördlich der Petersburger Bucht maßgebend. Hier stand Rußland der großen Landmasse des schwedischen Finnlands gegenüber, die politisch ganz zu bewältigen, damals noch dem russischen Reiche die Kräfte gefehlt haben mögen. Daher bezog man hier zunächst eine Bereitschaftsstellung und begnügte sich mit einem Landstreifen zwischen der ostfinnischen Seenplatte und dem Ladogasee. Auf diese Weise bekam Rußland gleichzeitig die alte schwedische Grenzfestung Kexholm am Ladoga in die Hand, die Jahrhunderte hindurch der äußerste Vorposten Schwedens gegen die russischen Einfälle gewesen war. Rußland konnte nun über den Ladoga frei als Etappe verfügen und, wenn sich die Gelegenheit bot, seine Streitkräfte je nach Bedarf gegen Nordkarelrien oder gegen Südfinnland ansetzen. Von gleichgroßer Bedeutung war es, daß die Festung Wiborg in das neurussische Gebiet einbezogen wurde. Rußland beherrschte dadurch den ganzen Trichter der Petersburger Bucht. Verbindet man Kexholm, Wiborg und Narwa durch eine Kreislinie, so liegt der Mittelpunkt des Kreises in Petersburg, die Radien, die die Hauptstadt mit den 3 Stützpunkten verbinden, bilden die Westküste des Ladoga und der Nord- und Südrand der Petersburger Bucht. — Mit dem Erwerb eines Teiles der Ostseeküste und der baltischen Landschaften trat Rußland aus dem abgeschlossenen Dasein des Bojarenstaates heraus, seine Politik verkettete sich mit dem Geschick Europas. Ein Teil der Aufgabe, die die ersten Regierungsjahre Peter des Großen bereits vorgezeichnet hatten, war gelöst; die Ostsee war erreicht, Rußland war zu einem europäischen Machtstaat geworden.

„Ich will nicht auf dem Meere spazierenfahren wie mein Großvater!“ In diesem Ausspruch eines Nachfolgers des Reformators und in der zeitweiligen Rückverlegung der Hauptstadt von Petersburg nach Moskau kam die Reaktion

gegen das neue politische System zum Ausdruck. Erst während der Regierung Elisabeths lenkte Rußland wieder in die Bahnen Peters des Großen ein. Aus dem Lauerposten, den man im Nystader Frieden bezogen hatte, wurde zwei Jahrzehnte später eine Angriffsstellung. Durch einen neuen Krieg gegen Schweden (1741—1743), der im übrigen ziemlich ereignislos verlief, gewann Rußland ein weiteres Stück Südostfinnlands bis zum Kymmene (an dessen Mündung im 19. Jahrhundert der Holzausfuhrhafen Kotka entstand). Räumlich bedeutete die Neuerwerbung nur einen schmalen Gewinn; der militärische Zweck trat hier deutlich in den Vordergrund: während bisher der enge Zugang Westfinnland, welcher zwischen der ostfinnischen Seenplatte und dem Meere freibleibt, durch schwedische Festungen leicht gesperrt werden konnte, brauchte jetzt nur noch der Kymmeneabschnitt überwunden zu werden, und Westfinnland lag offen vor dem östlichen Angreifer.

Ehe dieser jedoch zur Tat schritt, bot die Auflösung Polens dem Zarenreich die Gelegenheit, an anderer Stelle ein weiteres Stück Ostseeküste an sich zu bringen. Mit dem alten Herzogtum Kurland, welches Rußland im Jahre 1795 zuteil wurde, besaß dieses nun zum ersten Male einen an der offenen Ostsee liegenden Küstensaum, welcher gleichzeitig in einer südlicheren Zone liegt. Der russische Küstenbesitz erreichte durch die Erwerbung Kurlands im Süden bereits den Breitengrad von Kopenhagen und grenzte nunmehr unmittelbar an Preußen, an Mitteleuropa. Zwischen dem Beginn der Alleinherrschaft Peters des Großen und der Einverleibung Kurlands lagen nur 99 Jahre. In dieser Zeitspanne war aus dem in einen geheimnisvollen Schleier gehüllten Bojarenreiche, das nur durch Forschungsreisende oder wenige unternehmungslustige Kaufleute dem Europäer bekannt war, eine Großmacht geworden, die die Politik des Kontinents mitzubestimmen beanspruchte. Der Ostseebesitz gaben ihr Recht und Macht hierzu. Während Peter Romanow selbst noch ohne größeren Einfluß auf Mitteleuropa war und er persönlich auf seinen Reisen nach dem Westen als asiatisches Wunder angestaunt wurde, trat ein Jahrhundert später Zar Alexander I. als gleichberechtigter europäischer Monarch Napoleon in Tilsit gegenüber und teilte sich mit ihm über die übrigen Fürsten Europas hinweg in die Beherrschung unseres Erdteils. Das handgreifliche Ergebnis der zeitweiligen Aussöhnung mit Napoleon war die Besitzergreifung Gesamtfinnlands im Jahre 1808—1809. Aus der früher bereits gewonnenen Angriffsstellung heraus wurde die militärische Operation erfolgreich durchgeführt. Trotz tapferer Gegenwehr mußte sich die ehemalige Ostseemacht in den Verlust Finnlands

fügen. Der gesamte östliche Teil des Ostseebeckens lag jetzt in russischer Hand, Schweden hatte über die Hälfte seines früheren Besitzes verloren.

Das Zarenreich hatte hiermit im Nordwesten die Grenze seiner Ausdehnungsmöglichkeit erreicht. Die Ostsee hatte einen Gleichgewichtszustand erlangt, der ungestört fast ein Jahrhundert andauerte. Nur einmal blitzte ein mattes Wetterleuchten am östlichen Himmel auf als in den fünfziger Jahren die Westmächte das russische Riesenreich auf dem kleinen Kriegsschauplatz der Krim zu fesseln vermochten und gleichzeitig in der Ostsee eine Flottendemonstration vornahmen. Für Schweden war anscheinend der Augenblick gekommen, um an der Seite Englands und Frankreichs die frühere Machtsphäre, vor allem Finnland, wiederzugewinnen. Aber der allgemeine Friede kam, ehe die Verhandlungen zwischen Paris und Stockholm zu einem Eintritt Schwedens in den Krieg geführt hatten. Der Vorsatz wurde in den Akten begraben. Lediglich ein Ergebnis hatte der Krimkrieg für Schweden — und die übrigen Ostseeanlieger: Rußland wurde das „Ålandservitut“ auferlegt, wonach es diese Inselgruppe nicht mehr zu militärischen Zwecken verwenden durfte. Zu der gleichen Verpflichtung hat sich auch das heutige selbständige Finnland verstehen müssen.

Wenn zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein Stillstand in der Entwicklung Rußlands an der Ostsee eingetreten war, so betraf dies nur die Staats-, nicht die Stammesgrenzen. Wie es politische Grenzen gibt, über die die kulturellen Ausstrahlungen eines Volkes hinausgehen, so kann auch der umgekehrte Fall vorliegen, daß eine Nation ihr Grenzgebiet nicht ausfüllt. Die Ostseelandschaften, die dem eigentlichen Rußland vorgelagert waren und seit 1700 Stück für Stück politisch mit Rußland vereinigt wurden, waren alte Kulturgebiete, deren Oberschicht (und diese war früher ausschlaggebend) germanischen Einschlag hatte; ein reger Austausch in Gütern des Handels und der Kultur hielt die Verbindung mit den Mutterländern, Schweden und Norddeutschland, aufrecht. Das moskowitische Rußland hatte hingegen Jahrhunderte hindurch ein von Europa abgewandtes Leben geführt, seine ganze geistige und zivilisatorische Einstellung war grundsätzlich von den Anschauungen und Lebensformen der Ostseelandschaften verschieden, seine Bevölkerung slawisch. Die politische Zusammenfügung der neuen Gebiete mit Altrußland bedeutete ein Aneinanderschweißen zweier Kulturen, deren Unterschiedlichkeit weniger in dem Werte als in dem Stadium und der Richtung der Entwicklung lag. Eine gewisse Angleichung brachte die (gewaltsame und daher zunächst oberflächliche) Europäisierung Altrußlands durch Peter den Großen und die Verlegung des Schwer-

punktes von Moskau nach Petersburg. Das Ostseegebiet war aber von vornherein im Vorsprung, es hatte bereits eine gewisse kulturelle Plattform erreicht, von welcher Altrußland es nicht verdrängen, zu der es nur hinaufstreben konnte. So hatte der russische Stamm völkisch die Ostsee nicht erreicht; dies gewaltsam nachzuholen, war ein Punkt des panslawistischen Programms. Nationalistische Bewegungen pflegen sich dadurch auszuzeichnen, daß sie auf die Mitarbeit des Verstandes verzichten; eine Politik aber, die sich fast ausschließlich von Gefühlseingebungen leiten läßt, pflegt meist von zweischneidigem, selten von bleibendem Erfolge zu sein. Die Russifizierungsmaßnahmen in den Ostseegebieten, die bis dahin in einem loyalen Verhältnis zum Zarenreiche gestanden hatten, rufen das Nationalgefühl Finnlands und der baltischen Stämme wach; eine neue Irredenta entsteht.

Aber solche Gegensätzlichkeiten sind fast bei allen staatlichen Machtentwicklungen zu finden und der sich anhäufende Zündstoff kann lange fortglimmen, ehe die hellen Flammen aus dem Feuerherde herausschlagen. Dazu bedarf es erst besonderer Ereignisse. Es ist der Massendämon des Bolschewismus, der mit elementarer Gewalt über das russische Volk hereinbricht und die Spannungen im Staatskörper zur Auslösung bringt. Er reißt das Gebäude des europäischen Rußland nieder, die Krone, das äußere Band, fällt, der Gegensatz der kulturellen Entwicklung an der Ostsee tritt unverhüllt zutage, der Staatenbau Peter des Großen klappt in ein europäisches Ostseegebiet und in ein kontinentales, Asien zugewandtes Rußland auseinander. Über die unermeßlichen Länderstrecken des Ostens, Sibiriens und Turkestans, hat der Bolschewismus die Herrschaft aufrechterhalten und vertiefen können, die im Vergleich hierzu winzigen Landschaften an der Ostsee rissen sich vom russischen Staatsverbande los. Die Nordwestgrenze der Sowjetrepublik ist die gleiche wie zur Zeit Iwan IV., die Hauptstadt wieder Moskau. Ebenso wie damals hört heute Europa am Peipussee auf.

PAUL FREYE:

Französisch-Indochina

Diese bedeutendste asiatische Besetzung Frankreichs liegt in der hinterindischen Halbinsel zwischen 9° und 26° nördlicher Breite sowie 109° und 118° östlicher Länge. Von Süden nach Norden gerechnet besteht Französisch-Indochina aus folgenden Teilen: Kambodscha (150 000 qkm) abhängiges Königreich mit

der Hauptstadt Pnompenh; Cochinchina (56965 qkm) mit der Hauptstadt und dem Haupthafen des gesamten Gebietes Saigon im Mündungsgebiete des Mekong; Anam, abhängiges Kaiserreich (180 000 qkm) mit der Hauptstadt Huè; Laos, von Siam abgetreten im Jahre 1893 (230 000 qkm); Tongking, früher Tributstaat von China (103 450 qkm) mit der Hauptstadt Hanoi; das von China im Jahre 1892 abgetretene Pachtgebiet Kwang-tschou-wan (1000 qkm). Insgesamt eine Bodenfläche von mehr als 720 000 qkm mit rund 19 Mill. Einwohnern (1920), darunter 18 000 Europäer, zumeist Franzosen, ausschließlich der weißen Land- und Marinetruppen.

Begrenzt wird Französisch-Indochina im Norden von China, im Nordwesten von Britisch-Birma, im Westen von Siam, im Osten und Süden vom Chinesischen Meer. Von Tibet durch Südchina und Birma verlaufend ziehen sich in südlicher Richtung Gebirgszüge durch Tongking und Anam bis hinein nach Cochinchina, mit Erhebungen von mehr als 2500 Metern, während Teile von Kambodscha durch die siamesisch-kambodschanischen Grenzgebirge ausgefüllt sind. Aus Tibet herab strömt der gewaltige Mekong, der zwischen Siam und Französisch-Indochina über ein Stufenplateau herabkommt und an jeder Stufe mächtige Wasserfälle bildet. Er mündet nach Durchfließung einer weitgedehnten Schwemmlandebene in einem Delta unweit der Haupt- und Hafenstadt Saigon im äußersten Süden. In dem ebenfalls von Siam abgetretenen, nordwestlichen Gebiete Kambodschas liegt langhingestreckt der mächtige Tale-Sap-See, an dessen nördlichen Ufern sich die berühmten Ruinen der alten kambodschanischen Hauptstadt Angkor befinden. Das von Norden nach Süden verlaufende Anamgebirge bildet die Wasserscheide Französisch-Indochinas. Nach Westen strömen Nebenflüsse zum Mekong, nach Osten in kurzem Lauf zum Chinesischen Meer sowie zu dem ebenfalls aus Tibet herabkommenden und in Tongking mündenden Roten Fluß, der im Gegensatz zum Mekong durchgehend weit hinauf schiffbar ist.

Die Vegetation Französisch-Indochinas ist im allgemeinen tropisch, jedoch in den nördlichen, an China grenzenden Teilen auch subtropisch. Reiche Niederschläge in der Regenzeit begünstigen den Ackerbau. Französisch-Indochina ist vor allem ein landwirtschaftliches Gebiet. Sechzig Prozent der Produktion entfallen dabei allein auf den sehr bedeutenden und von der Regierung durch ständigen Ausbau der Kanäle und Bewässerungsanlagen sowie Erschließung von Brachland systematisch geförderten Reisbau. Im Jahre 1927 waren insgesamt laut amtlichem Bericht nicht weniger als 5 155 000 Hektar Reisland

unter Bewirtschaftung, die zusammen 5 824 400 t Reis erzeugten. Sehr wahrscheinlich sind diese Ziffern noch etwas höher anzusetzen, da die amtliche Statistik nicht restlos alles Reisland erfaßt. Etwa 500 000 t Reis werden für die Ernährung der Bevölkerung sowie in geringerem Maße auch für industrielle Zwecke, so vor allem für die Fabrikation von Schnaps und Alkohol verbraucht. Der Rest wird exportiert. Die Reisausfuhr stieg von 1 188 522 im Jahre 1920 auf 1 597 311 t im Jahre 1926.

Von weiteren landwirtschaftlichen Produkten sind vor allem zu nennen: Gummi, wovon 1913 nur 214 t, 1927 aber fast 9000 t zur Ausfuhr kamen. Baumwolle, Zucker, Kaffee, Tee haben ebenfalls gute Entwicklungsaussichten. Das gleiche gilt für den Seidenbau. Die Früchte des Landes, darunter Kokosnüsse, Betelnüsse, Bananen, Ananas usw. werden fast durchweg für den Gebrauch der Bevölkerung selbst benutzt. Ja, das Land muß sogar gegenwärtig noch große Mengen von Nahrungsmitteln und Rohprodukten importieren. Der Viehbestand ist im Verhältnis zur Bevölkerung nicht allzu groß. Als Zugtiere sowie für den Reisbau sind am wichtigsten Wasserbüffel und Ochsen, deren Zahl insgesamt 1,8 Mill. Stück beträgt. Die indochinesischen Pferde sind klein aber kräftig. Der Bestand an Pferden dürfte 200 000 kaum übersteigen. Elefanten, die aus wilden Herden in Kambodscha und Laos eingefangen werden, sind als Reittiere auf Reisen sowie als Arbeitstiere, vor allem bei den Holzgesellschaften in den Wäldern, geschätzt. Die Schweinezucht hat in den letzten Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Gut entwickelt ist die Geflügelzucht. Durch Einführung moderner Methoden und Maschinen, durch systematische Ausdehnung der Bewässerungsanlagen sowie durch Errichtung landwirtschaftlicher Schulen und Versuchsfarmen geschieht von seiten der Regierung viel für die Hebung des Ackerbaues, der auch auf lange Zeit hinaus noch den wichtigsten Teil der Wirtschaft des Landes bilden wird.

Der Bergbau hat in der Kolonie große Entwicklungsmöglichkeiten. Vor allem sind zu nennen die Kohlenbergwerke in Tongking sowie Zinn und Zink, die ebenda gewonnen werden. Das Laosgebiet sowie Tongking und Anam enthalten Kupfer, Antimon und Blei. Eisenerze kommen an verschiedenen Stellen vor, werden jedoch noch wenig ausgebeutet. Goldadern wurden bei Bong-Min in Anam entdeckt. Graphit gibt es in Tongking. Halbedelsteine, Rubine, Saphire von geringerem Wert werden, etwa 5000 bis 6000 Karat jährlich, in der Provinz Battambang, Kambodscha, durch birmanische Schürfer gewonnen. Die Zementindustrie hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr entwickelt.

Industrielle Unternehmungen sind, abgesehen von Reismühlen, dem im Anfangsstadium begriffenen Bergbau, Holzgesellschaften und Sägemühlen, Zementwerken sowie einigen Docks und Schiffsreparaturwerkstätten, zur Zeit noch nicht in bedeutendem Umfange entstanden. Das Handwerk liegt zumeist in Händen von Eingeborenen und Chinesen. Vor allem ist bei der Hausindustrie die Weberei zu nennen, jedoch genügt die Produktion in Baumwoll- und Seidengeweben nicht einmal für den Bedarf des Landes selbst. Baumwollgarne und Anilinfarben werden eingeführt.

Der Gesamthandel des Landes zeigte in den letzten Jahren eine kräftige Steigerung. Von 1925 auf 1926 stieg die Ausfuhr um 15% und die Einfuhr um 12%. Der Gesamtaußenhandel hatte im Jahre 1927 einen Wert von 6,7 Milliarden Franken. Der sogenannte Bazarhandel in den Haupt- und Hafenstädten liegt sehr stark in Händen der Chinesen, von denen etwa 400 000 in der Kolonie leben, und deren Einwanderung immer stärker zunimmt. An der Einfuhr ist natürlich vor allem Frankreich beteiligt. Weiterhin Großbritannien, Amerika, Japan, China und andere Länder. Der deutsche Handel, der als Folge des Krieges eine Zeitlang verboten war, ist auf Grund des Zusatzabkommens zum Handelsvertrage mit Frankreich jetzt im vollen Umfange nach Maßgabe des Rechtes der meistbegünstigten Nationen wieder gestattet. Dasselbe gilt auch mit Bezug auf die Einwanderung und Niederlassung von Deutschen in der Kolonie. Amtliche, französische Stellen geben heute sogar die Versicherung, daß der französischen Kolonialverwaltung ganz besonders daran liegt, daß sich Deutschland mit seiner Industrie, seinem Handel, Kapital und vor allem mit Kolonialfachkräften an der weiteren Entwicklung Indochinas lebhaft beteiligt.

Der Ausbau von Verkehrslinien und vor allem Bahnen macht ständig gute Fortschritte. 1927 betrug die Länge der im Betrieb befindlichen Eisenbahnen 2075 km. Vier neue Strecken in einer Gesamtlänge von 1653 km sind im Bau. Abgesehen von einigen Lücken ist die Nord-Südverbindung von Saigon durch Cochinchina, Anam bis Hanoi in Tongking durchgehend fertig. Durch Verlängerung der Saigon-Pnompenh-Bahn in Kambodscha soll der Anschluß über die siamesische Ostbahn bis nach Bangkok hergestellt werden. Überhaupt ist die Verbindung mit Siam auch im Norden von Hanoi aus über den Mekongfluß schon in Angriff genommen worden. Nach der chinesischen Provinz Yünnan führt von Hanoi aus eine Bahnstrecke, deren Anschluß an das chinesische Bahnnetz ebenfalls geplant ist. Dadurch wird schließlich die Überland-

verbindung Peking—Hankau—Kanton—Yünanfu—Hanoi—Bangkok—Penang mit dortigem Anschluß an die großen Dampfer der zwischen Europa und Ostasien verkehrenden Schifffahrtslinien zur Tatsache. Die Seereise nach Ostasien wird nach Fertigstellung dieser Bahnlinie bedeutend abgekürzt. Auch im Straßenbau sowie im Fluß- und Kanalbau zu Schifffahrts- und Bewässerungszwecken wird von der Verwaltung viel getan. Die Schifffahrt des Landes geht zumeist über die Häfen der Hauptstadt Saigon im Süden sowie Haiphong im Norden. Die aus- und eingehende Tonnage für Saigon betrug 1927 etwa 4 Mill. und für Haiphong (allerdings einschließlich der eingeborenen Fahrzeuge) 3,6 Mill. t. Den Hauptanteil hat Frankreich. Regelmäßige deutsche Linien berühren die Häfen der Kolonie nicht. Trotz einer Küstenausdehnung von 2500 km Länge besitzt Indochina neben den beiden genannten Häfen nur wenige für Seeschiffe geeignete Anlaufplätze.

Die Verwaltung steht unter einem Generalgouverneur und hat ihren Zentralsitz in Saigon. Die früheren Königreiche Kambodscha und Annam bilden im Gesamtverbande der Kolonie eigene Einheiten. Ihre Fürsten haben den Thron unter französischer Oberherrschaft noch inne. Die Justiz unterscheidet Gerichte für Eingeborene und für Europäer, die nach gesonderten Verfahren urteilen. Die Wehrmacht besteht aus Fremdenlegion sowie eingeborenen Truppen, Gendarmarie und Polizei, insgesamt 30 000 Mann. Dazu kommt ein Geschwader der französischen Kriegsflotte sowie ein Luftgeschwader. Als Münzeinheit gilt der Piaster, eine Silbermünze von 27 g Gewicht. Gegenwärtiger Wert 1 Piaster gleich sh. 2/1 d. Die Banknoten des Landes werden im Namen der Banque de l'Indochine herausgegeben. Das Budget balanciert in Einnahme und Ausgabe mit insgesamt je etwa 100 Mill. Piaster und zeugt in seinen Einzelheiten von einer ständigen, gesunden Entwicklung der Kolonie.

PAUL FREYE:

Zum deutsch-siamesischen Handelsvertrage)*

Die Länder Ostasiens und Südasiens sind als wichtige Absatzmärkte und Hauptbezugsgebiete von Rohprodukten und Nahrungsmitteln stets für den deutschen Außenhandel von größter Bedeutung gewesen.

*) Verfasser war lange Jahre hindurch im Lehramt an der Universität zu Bangkok, Siam, tätig.

Wie in anderen Teilen der Welt, so haben auch dort im fernen Osten der deutsche Handel und die deutsche Schifffahrt es verstanden, sich geradezu überraschend schnell ihre alten, angesehenen Stellungen wieder zu gewinnen. Unsere Beziehungen zu Japan und China sind, durch Handels- und Freundschaftsverträge gefestigt, heute die denkbar besten. Seit Abschluß des Handelsabkommens mit Frankreich steht uns nun auch die Kolonie Französisch-Indochina offen. Amtliche französische Stellen legen sogar, wie versichert wird, großen Wert darauf, daß sich die deutsche Industrie, der deutsche Handel und deutsche Fachkräfte nunmehr recht lebhaft an der Entwicklung Französisch-Indochinas beteiligen. Frankreich mit seinem riesigen Kolonialreich fehlt es dazu an Kräften, und so ist dieser Wunsch sehr zu begrüßen. Hoffentlich läßt er sich auch drüben praktisch verwirklichen.

Der Reichstag hat vor einiger Zeit den Handelsvertrag mit dem hinterindischen Königreiche Siam ratifiziert. Das Abkommen sichert uns mit Bezug auf Einfuhr und Ausfuhr sowie Niederlassung und Erwerbung von Konzessionen alle Rechte der übrigen meistbegünstigten Nationen. In direkter Anerkennung der mustergültig durchgeführten Organisation des Regierungs- und Justizwesens hat Deutschland endgültig auf seine früheren exterritorialen Rechte, ebenso wie das schon in China geschah, verzichtet, und seine in Siam lebenden Staatsangehörigen der siamesischen Gerichtsbarkeit unterstellt. Dadurch genießen wir in Zukunft dieselben Vorteile wie die Untertanen des Königreiches selbst.

Nach Kriegsende hat sich der früher in Siam so sehr angesehene deutsche Handel in erfreulicher Weise rasch wieder erholt. Der Gesamtaußenhandel erreichte im Budgetjahr 1. April bis 31. März 1926/27 die hohe Ziffer von 435 786 417 Tikal (Goldwährung 1 Tikal = sh. 1/10 d). Davon entfielen auf die Ausfuhr 239 265 988 Tikal und auf die Einfuhr 196 520 429 Tikal. Hauptanteil an der Ausfuhr nimmt mit 165 226 234 Tikal der Reis. Neben Birma und Französisch-Indochina steht Siam an erster Stelle im Reishandel der Welt. Wichtige Ausfuhrprodukte sind weiterhin das für den Schiffsbau so sehr wertvolle Teakholz, Zinn aus den siamesischen Provinzen der Malaiischen Halbinsel, Stocklack, Rindvieh, Rohhäute und Hörner, Pfeffer, Gummi und neuerdings auch Tabak. Die Baumwollkultur steht erst im Anfangsstadium, ist aber vielversprechend. Die in Siam erzeugte Seide hat Weltruf, wird jedoch, da die Produktion nur gering ist, fast durchweg im Lande selbst verbraucht.

Die Einfuhr erreichte 196 520 429 Tikal. Hauptbeteiligte daran sind: England, Deutschland, Amerika, Japan, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweiz

und Holland. Durch eine Verordnung vom März vorigen Jahres wurde der allgemeine Einfuhrzoll von 3% auf 5% erhöht. Eine Anzahl von Waren, darunter Biere und Weine (12%), Petroleum, Benzin, Schmieröle, Zucker, Rauchwaren und Tabak, Streichhölzer, Automobile und Motorräder sowie Zubehörteile zahlen höhere Einfuhrzölle. Die Konjunktur im Einfuhrgeschäft hängt stets sehr wesentlich vom Ausfall der Reisernte ab.

Im letzten Vorkriegsjahre betrug der Anteil Deutschlands am Gesamthandel 14 070 690 Tikal (damals 1 Tikal nur = 1,50 GM.), während er im Budgetjahre 1926/27 auf 14 743 257 Tikal anstieg und im Vergleich zu 1925/26 um nicht weniger als 33% anwuchs. Deutschland exportierte nach Siam Waren im Werte von 8 303 637 Tikal und importierte von dort Landesprodukte, darunter vor allem Reis, im Werte von 6 439 620 Tikal. Der englische Handel mit Siam zeigte keine Steigerung, während der französische sogar, trotz der Nähe Französisch-Indochinas, ein wenig zurückging. Für den Handels- und Seeverkehr mit Siam sind Singapore und in zweiter Linie Hongkong als Umschlagsplätze von größter Bedeutung. Die Hauptstadt Bangkok (500 000 E.), 40 km oberhalb der Mündung des Menam Chowphya in den Kopf des Golfes von Siam, ist der Haupthafen des Königreiches. Allerdings können nur, wegen der vorgelagerten Sandbarren, Schiffe bis zu 6000 t den Fluß bis nach Bangkok hinauffahren.

Bei einer Bodenfläche von 520 000 qkm, die also Deutschland an Größe übertrifft, hat das Königreich Siam nur 10 Mill. Einwohner. Dabei ist nur etwa ein Drittel des in vielen Teilen sehr fruchtbaren Landes unter Kultur. Zwei Drittel sind, besonders in den gebirgigen Gegenden des Nordens, Westens, Südostens sowie in der Malaiischen Halbinsel, vielfach von Waldungen bedeckt, die neben Teakholz im Norden eine große Anzahl anderer wertvoller Nutzhölzer enthalten. Der Bergbau hat mit Bezug auf Zinn, Eisenerze, Blei, Kupfer, Kohlen u. a. zweifellos eine Zukunft. Gegenwärtig wird besonders in der Malaiischen Halbinsel Zinn in wachsendem Maße gewonnen. Die Regierung ist systematisch bemüht, durch Bau von Eisenbahnen, Straßen und Kanälen das Land zu erschließen. Strahlenförmig laufen von der Haupt- und Hafenstadt Bangkok Bahnlinien 1. im Menamtale bis zur nördlichen Hauptstadt Chiengmai; 2. bis Korat in Zentralsiam und Ubon am großen Ostflusse, dem Mekong; 3. über Petriu bis Aranya an der französischen Südostgrenze; 4. nach Westen und Süden durch die Malaiische Halbinsel mit Anschluß an die großen europäischen Dampferlinien im Hafen von Penang und bis nach Singapore im äußersten

Süden. Daneben bestehen noch zwei kleine Privatstrecken von Bangkok zur Menammündung und zum Küstengebiet. Weitere Bahnen der Regierung sind im Bau oder projektiert mit der Absicht, schließlich in Zusammenarbeit mit Französisch-Indochina und China eine durchgehende Strecke von Penang in der Straße von Sumatra durch Hinterindien und China bis hinauf nach Peking zu schaffen, wodurch die stürmische Meerfahrt durch das chinesische Meer vermieden und die Reise zum fernen Osten auf dem Südwege bedeutend abgekürzt wird. Auch verschiedene Autostraßen, vor allem im Norden, wurden angelegt, jedoch ist der Straßenbau noch stark im Rückstand. Die Eisenbahn eilt ihm voraus. Am Bahnbau waren früher Deutsche in hervorragender Weise beteiligt. Sehr viel wird auch für die systematische Auswertung des Bodens durch dauernde Erweiterung der Bewässerungsanlagen getan. Im Gegensatz zu früheren Jahren, da viele wichtige Posten, vor allem auch in den technischen Ämtern, von Europäern, darunter einer ansehnlichen Zahl von Deutschen, besetzt waren, liegt die Verwaltung jetzt fast durchweg in Händen von Siamesen, von denen viele ihre Ausbildung in Europa und Amerika erhielten. Das Schulwesen wird eifrig gefördert, und neben mehreren Fachschulen besitzt Siam auch seit 1914 eine Universität in der Hauptstadt Bangkok. Das sehr fruchtbare aber sehr dünn bevölkerte Land bietet besonders in der Landwirtschaft gute Erwerbsmöglichkeiten. Daher ist die Auswanderung von dem volkreichen China nach Siam sehr stark. Der größte Teil des Handels und des Handwerks liegen deshalb auch in Händen von Chinesen. Ebenso hat die japanische Einwanderung in den letzten Jahren zugenommen. Die europäische Kolonie zählt über 2000 Köpfe.

In Siam gilt die allgemeine Wehrpflicht. Eine große Zahl der Offiziere erhielt früher ihre Ausbildung in Deutschland. Das Heer ist gut organisiert und modern ausgerüstet. Rasch entwickelt hat sich das Flugwesen. Es soll im wachsenden Maße in dem vielfach straßenlosen Land auch für Post und Verkehr eingesetzt werden. Die siamesische Flotte ist klein, aber jedenfalls gut organisiert.

Der Seeverkehr mit Siam wird fast ausschließlich durch fremdländische Schiffe betrieben. Heute sind daran vor allem England, Norwegen und Dänemark beteiligt. Vor dem Kriege fuhren mehr als 60 % der aus und ein kommenden Schiffe unter deutscher Flagge. Der Norddeutsche Lloyd unterhielt eigene Küstenlinien von Bangkok nach China und Singapore zur Verbindung mit den Hauptlinien der Ostasienfahrt. Diese Verbindungen sind nach dem Kriege noch

nicht wieder eingerichtet, so daß der direkte Anteil der deutschen Schifffahrt in Siam gegenwärtig noch gering ist.

Vor dem Weltkriege lebten etwa 200 Deutsche in Siam, und zwar zumeist in der Hauptstadt Bangkok. Heute hat ihre Zahl schon wieder 100 überstiegen, und der deutsche Handel steht sogar stärker da als früher. Das alte, herzliche Verhältnis mit den Behörden und der Bevölkerung ist ganz und gar wiederhergestellt. Gesandtschaften in Berlin und Bangkok sorgen für die dauernde Erweiterung der guten Beziehungen. Wir sollten dieses Entgegenkommen noch viel mehr würdigen und dem uns befreundeten südostasiatischen Königreiche in weitgehendster Weise unsere technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel, unsere Schulen und Hochschulen zur Verfügung stellen. Im Rahmen des gesamten asiatischen Handels hat Siam für uns eine wachsende Bedeutung.

KARL SAPPER:

Das Aussterben der Naturvölker)*

Die Mannigfaltigkeit der Naturvölker der verschiedenen Erdräume und die erheblichen Unterschiede der geistigen Veranlagung der Menschen haben in Verbindung mit dem einst geringfügigen Verkehr eine ungeheurere Mannigfaltigkeit der Kulturen, der Sitten und Gebräuche der einzelnen Völker hervorgebracht.

Seitdem aber die europäischen Nationen sich über See auszubreiten begonnen haben, ist das ethnographische Bild der Erde sehr stark verarmt, weil viele Völker unter dem Einfluß der Berührung mit den Weißen ihre kulturliche Eigenart verloren haben, gar manche Naturvölker sogar völlig ausgestorben sind.

I.

Man hat vielfach über die Ursachen des Aussterbens der Naturvölker nachgedacht und bei uns haben vor allem Theodor Waitz und Georg Gerland schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts die wesentlichsten Momente dieses betrübenden Schauspiels erkannt. Später hat Friedrich Ratzel in seiner Anthropogeographie hervorgehoben, daß Naturvölker und die ihnen hinsichtlich der Kriegstechnik gleichzustellenden amerikanischen Naturvölker großen-

*) Auszug aus der am 11. Mai 1929 zum 347. Stiftungsfest der Universität Würzburg gehaltenen Rektoratsrede.

teils ein erhebliches Maß innerer Schwäche besaßen, das ihnen nicht genügende Widerstandskraft gegenüber den Europäern ließ.

Mochten aber die Lebenszustände und seelischen Voraussetzungen vieler Naturvölker für einen harten Kampf ums Daseins ungünstig sein, so waren die Eingeborenen dagegen an die Natur ihres jeweiligen Wohngebietes gut angepaßt, so daß fast überall, wo annehmbare Naturverhältnisse vorlagen, vor Ankunft der weißen Fremdlinge eine ansehnliche Bevölkerung saß, die sicherlich auch fernerhin geblüht hätte, wenn nicht die europäische Welle an ihre ruhigen Gestade geschlagen hätte.

Wenn schon unter den Triebfedern des europäischen Vordringens das Bestreben der Ausbreitung des christlichen Glaubens neben Macht- und Goldhunger eine wichtige Rolle spielte, so darf man doch mit Ratzel als einen bedeutsamen Antrieb zur Ausweitung der europäischen Wohngebiete auch die wachsende Bevölkerung unseres Erdteils betrachten, die dem einzelnen seinen Lebensraum fühlbar zu beengen begann. Dort über dem Meere war ja Land genug, das bei der Schwäche seiner Bewohnerschaft leicht in Besitz zu nehmen war!

Die ersten über See ausgreifenden europäischen Völker, die Spanier und Portugiesen, haben ihre künftigen Kolonialgebiete mit gutem Gewissen in Besitz genommen, indem sie sich auf die Schenkung des Papstes Alexander VI. vom Jahre 1493 beriefen. Die späteren europäischen Kolonialvölker haben sich aber vielfach um etwaige Besitzrechte der Eingeborenen überhaupt nicht gekümmert, wie denn in Nordamerika erst 1789 der Kriegssekretär der jungen Vereinigten Staaten den Grundsatz aufstellte, daß die Indianer ein Recht auf den Boden besäßen, weil sie früher auf ihm gesessen hätten.

Die wichtigste und folgenschwerste geographische Betätigung der Eindringlinge bestand in der Wegnahme des Bodens, und zwar nicht nur politisch hinsichtlich ganzer Länder, sondern auch privatwirtschaftlich teils zum Zweck der Eigenbewohnung und Bebauung, teils zum Zweck der Ausbeutung, in welch letzterem Falle dann die Eingeborenen als Arbeiter Verwendung finden sollten und auch fanden.

Da die iberischen Völker während eines großen Teils des Jahres in ihrer Heimat hohe Wärmegrade ertragen müssen, so vermögen sie sich in den Randgebieten der Tropen reinblütig, in den inneren Tropen im Tiefland wenigstens in Vermischung mit farbigen Elementen zu akklimatisieren und darum auch die warmen Gebiete dauernd zu besiedeln, ohne freilich volle Arbeitskraft ent-

fallen zu können, weshalb sie für schwerere Arbeiten farbige Arbeiter benützen. Nord- und Mitteleuropäer dagegen, die in ihrer Heimat nie andauernde Hitze zu ertragen haben, können nur eine fluktuierende Bevölkerung in die Tropen senden und sind darum unter allen Umständen auf farbige Arbeiter angewiesen.

Anders liegen die Dinge in den gemäßigten Gegenden, wo auch der Nord- und Mitteleuropäer Feldarbeit zu verrichten vermag und darum den Eingeborenen nicht als Arbeiter benötigt, weil der Bauer mit eigener Kraft und der seiner Söhne seine Wirtschaft besorgen kann. Da werden dann die Eingeborenen zu lästigen Wettbewerbern im Bodenbesitz, weshalb der Weiße sie mit allen Mitteln der Güte oder Gewalt zu verdrängen sucht — ein Versuch, der ihm in den gemäßigten Gürteln Amerikas und Australiens bereits fast völlig geglückt ist.

Wieder anders ist's in subpolaren Landgebieten, die ein so kühles Klima haben, daß rentable Landwirtschaft in europäischer Art nicht mehr möglich ist. Dort läßt dann der Europäer den Eingeborenen nach seiner Weise wirtschaften, verwendet ihn aber vielfach als Jäger und Verkehrsgehilfe für seine eigenen wirtschaftlichen Zwecke und hat in solchem Falle an seiner Erhaltung ein lebhaftes Interesse, und zwar in Nordasien ebensogut wie im äußersten Nordamerika, soweit er nicht, wie in Alaska, Renntierzucht nach eigener Methode zu treiben beginnt.

In subpolaren Küstengebieten, wo der Eingeborene seine Nahrung vorwiegend durch Fischen und Jagd auf Seesäugetiere gewinnt, da schmälern die Europäer vielfach die Nahrungsgrundlage der Eingeborenen, da sie mit ihren fortgeschrittenen Fangmethoden und Waffen den Eingeborenen überlegen sind. So tritt hier vielfach ein Rückgang der Eingeborenen ein.

Versuchen wir die verschiedenen Arten der europäischen Kolonisation und Fremdlandbenützung auf kurze Formeln zu bringen, so können wir sagen, daß in den Tropen und in subpolaren Landgebieten der Grundsatz befolgt wurde und wird: „Land und Volk“, in den gemäßigten Gürteln aber das Schema: „Land ohne Volk“, was bedeutet, daß dort die Behandlung der eingeborenen Bevölkerung im allgemeinen wesentlich radikaler war und ist als in den Tropen. Wo aber in den Tropengebieten durch zu harte Behandlung die eingeborene Bevölkerung ausstarb, wie in Westindien oder vielen Küstengebieten Südamerikas, oder wo in sommerheißen Ländern, wie dem südöstlichen Nordamerika, die Ureinwohner sich nicht in den Dienst der Weißen pressen ließen,

da brauchte man hitzegewohnte Arbeiter zur Bebauung des Landes; da nun das nigritische Afrika dem Europäer nur wenige wertvolle Erzeugnisse seines Bodens zu liefern vermochte und darum zur Kolonisation nicht verlockte, so führte man von dort vorwiegend Menschen als Sklaven aus und benützte 3½ Jahrhunderte lang dieses gewaltige Gebiet nach der Formel: Volk ohne Land, bis schließlich die Holländer um die Mitte des 17. Jahrhunderts sich einen Stützpunkt für ihre Schiffahrt nach Ostindien am Kap schufen und dort wieder nach dem Motto: Land ohne Volk zu wirken begannen, ohne freilich bei der starken Widerstandskraft der Neger allzu große Erfolge zu erzielen.

Um so besser gelang es später den Engländern, nach demselben Rezept Australien, Tasmanien und Neuseeland zu bearbeiten, während in der Südsee wieder der Versuch gemacht wurde, das Volk zu erhalten und an Ort und Stelle für die europäischen Herren zu verwenden.

Wenn man nun sieht, daß in der Südsee das gleiche Ergebnis des Volksrückgangs eingetreten ist, wie in früheren härteren Zeiten in Amerika, so muß man sich sagen, daß der Eroberungskrieg der Europäer trotz seiner zahlreichen unmittelbaren und mittelbaren Opfer nicht als Hauptursache des Aussterbens der Kulturarmen angesehen werden kann, da ein gesundes Volk auch schwere Aderlässe dieser Art in längerer oder kürzerer Frist wieder überwindet, und wir stehen daher vor der Frage, was der eigentliche Grund des Volksrückgangs unter dem Einfluß der Berührung mit den Europäern ist.

Wenn man dieser Frage nachgeht, so findet man eine ganze Anzahl verschiedener Ursachen, deren Zusammenwirken den Enderfolg herbeigeführt hat.

II.

Eine Reihe von schädigenden Wirkungen ist in allen Teilen der Erde gleichartig.

Zu den schlimmsten Würgern der kulturarmen Völker gehören die Krankheiten, die von den Europäern bei ihnen eingeschleppt worden sind und furchtbare Opfer verursachten, um so mehr als sie, auf ganz unvorbereiteten Boden fallend, ungemein schwere Wirkungen hatten, wobei der Tiefstand des ärztlichen Wissens eine wirksame Bekämpfung unmöglich machte. Am schlimmsten hausten wohl die Pocken, vor allem in Amerika, wo ihnen schon im 16. Jahrhundert Millionen von Indianern erlagen. Aber auch andere europäische Krankheiten, wie Scharlach, Masern und der bei uns nur leicht auftretende Schnupfen forderten und fordern noch immer viele Opfer.

Für viele Länder war es auch verhängnisvoll, daß die durch die Europäer bewirkte starke Steigerung des Verkehrs manche einheimische Krankheiten weit über ihren ursprünglichen Herd hinaus verbreiteten, so Ruhr, Hakenwurm, Malaria u. v. a. Im tropischen Afrika hat die einheimische Schlafkrankheit sich in den letzten Jahrzehnten so verbreitet, daß durch sie jetzt gewaltige Flächen Landes fast entvölkert und intensiverer wirtschaftlicher Ausnutzung entzogen sind.

Allerlei schädliche Wirkungen auf die Eingeborenen hat ferner die Einführung der in Europa üblichen Anregungs- und Genußmittel gehabt. Aber keines derselben war so verhängnisvoll wie der Branntwein, der nicht nur unmittelbar oder mittelbar viele Opfer gefordert hat, sondern manchen Völkern, so namentlich den Indianern, sogar oft ihren Stolz und ihr Selbstgefühl nahmen und sie zu Verbrechen und Orgien verführte. Vergeblich hatten manche Indianerhäuptlinge der Vereinigten Staaten die Regierung gebeten, sie möchte die Einführung von Branntwein bei ihrem Volk verhindern! Und auch unter den modernen Kolonialvölkern sind es nur wenige, die den Eingeborenen diese Pest fernhalten, wie etwa die Dänen auf Grönland oder einst die Deutschen in Deutsch-Neuguinea.

Wenn die Schädlichkeit des übermäßigen Alkoholgenusses für die Eingeborenen schon früh erkannt worden ist, so hat es dagegen bei anderen Einwirkungen der europäischen Kultur zum Teil Jahrhunderte bedurft, bis man ihre ungünstigen Folgen festgestellt hat.

Diese Einwirkungen sind vielfach wieder verschieden je nach dem Klima und nach den Hauptgrundsätzen, die von den verschiedenen Kolonialvölkern in den Vordergrund ihres Handelns gestellt worden waren.

Sieht man von den volksarmen subpolaren Naturvölkern ab, so findet man, daß in den Tropen vermöge der häufigen Verweichlichung der Eingeborenen die psychischen Einwirkungen oft besonders stark auftreten und daß dort wegen der klimatischen Besonderheiten auch die physischen Verhältnisse oft sehr einschneidend wirken. In den gemäßigten Gürteln wohnen härtere Menschen und sind die Naturverhältnisse den Europäern günstiger, weshalb auch die den Bestand der Naturvölker bedrohenden Einflüsse vielfach andere sind als in den Tropen.

III.

Betrachten wir zunächst den ersten Fall: die Tropen!

Wenn wir hier, trotz des an sich richtigen Prinzips des Heranziehens der Eingeborenen zur Arbeit, diese in vielen Fällen dahinschwinden sehen, so liegt das größtenteils an der unrichtigen Behandlung des Menschenmaterials. So hat die europäische Anschauung, daß die Moral eine vollständige Bekleidung des Körpers verlange, den Eingeborenen heißer Länder großen Schaden gebracht. Tatsächlich ist in den tropischen Tiefländern für Menschen dunkler Hautfarbe irgendwelcher Wärme- oder Strahlungsschutz nicht notwendig, vor allem nicht in feuchten Gegenden, wo die Wärmeschwankungen innerhalb des Tages wie des Jahres nur geringfügig sind und das dunkle Hautpigment einen Schutz gegen die schädliche Wirkung der infraroten Sonnenstrahlen bildet. Infolgedessen ist dort ein Minimum von Kleidung durchaus ausreichend, und das ständige Luft- und Sonnenbad erhält die Haut leistungsfähig und härtet den Menschen ab. Dagegen verweichlicht ständiges Tragen reichlicher Kleidung in warmen Ländern die Betreffenden bald so sehr, daß sie leicht von Krankheiten befallen und hinweggerafft werden. Ich selbst habe in Neuhanover und auf den Salomonen die Beobachtung gemacht, daß völliger Mangel an Kleidung für die Eingeborenen dort schon deshalb am günstigsten ist, weil die Wege streckenweise in Flüssen verlaufen und die nackten Eingeborenen nach Verlassen des feuchten Elements alsbald wieder trocken werden, während die Bekleideten in ihren nassen Gewändern sich sehr oft erkälten, vor allem bei Nacht. Felix Speiser aber hat auf den Neuen Hebriden festgestellt, daß im Gebiet der anglikanischen Missionare, die in bezug auf Kleidervorschriften sehr zurückhaltend sind, die Verhältnisse günstiger liegen als anderwärts, wo zum Teil sogar gestrickte wollene Sweater getragen werden, was eine außerordentliche Verweichlichung bewirkt.

Fast alle Änderungen der Lebensumstände schlagen für die Eingeborenen ungünstig aus, wie denn die Einführung europäischer Behausung nicht nur in den Tropen, sondern auch in anderen Gebieten, zum Beispiel im Feuerland, sich als ungünstig erwiesen hat, soweit nicht zugleich völlig europäische Lebensart eingeführt wurde.

Noch ungünstiger pflegen die Wirkungen von Umsiedelungen zu sein, wie sie Regierungen oder Missionen in bester Absicht früher vorgenommen haben und auch gegenwärtig noch manchmal vornehmen: Die psychische Depression, die sich vielfach der aus ihrer gewohnten Umgebung und Arbeitsweise

herausgerissenen Eingeborenen bemächtigt, wirkt häufig so verheerend auf deren Bestand, daß die Nachteile der Maßregel im Enderfolg weit größer sind als die Vorteile.

Besonders groß sind die Opfer, die in den Tropen durch die von den Regierungen eingerichteten oder erlaubten Methoden der Arbeitergewinnung hervorgerufen worden sind.

Die Spanier verfahren nach der Besetzung der ersten amerikanischen Gebiete nach dem Grundsatz „Land und Volk“ auch beim Privatbesitz: jeder Soldat hatte Anrecht auf einen Teil der Beute und erhielt als „Encomienda“ oder „Repartimiento“ ein gewisses, meistens recht ansehnliches Stück Land zum Lehen samt den darauf wohnenden Menschen, die ihm zu Diensten verpflichtet waren, wogegen er die Indianer im christlichen Glauben unterrichten sollte, was aber offenbar nur in sehr bescheidenem Maße geschah. Das System hätte sich ganz günstig auswirken können, wenn die Eingeborenen immer auf ihren Wohnsitzen hätten verbleiben dürfen, womit die Akklimatisationsgefahren ausgeschaltet geblieben wären. Aber die Indianer wurden häufig nach fernen Bergwerken zur Arbeit geschickt, wo oft ein anderes Klima herrschte, und wenn sie zu Hause bleiben durften, so ging meist das Maß der verlangten Arbeit weit über die Kräfte der schwächlichen Eingeborenen hinaus, um so mehr als die Spanier, wie noch jetzt viele Europäer, sich nicht klar darüber waren, daß man im tropischen Klima nicht ebensoviel Arbeit leisten kann wie im gemäßigten. So kam es, daß in vielen Gegenden Amerikas große Mengen von Indianern hinwegstarben und ganze Stämme sich der Fortpflanzung enthielten, um den Kindern ein so trauriges Los zu ersparen, wie sie selbst es tragen mußten. Schließlich endete auf Kuba und Haiti fast die gesamte Bevölkerung durch Massenselbstmord, indem die Leute sich dörferweise noch einmal zu einem Gelage einluden und darauf sich erhängten oder vergifteten. In anderen Gegenden bildete sich dank stärkerer Widerstandskraft der Indianer, besseren Klimas und menschenwürdigerer Behandlung in den Repartimientos bei patriarchalischer Fürsorge eine Art Leibeigenschaft heraus, wovon in manchen Ländern noch heute Reste erhalten sind, während in wieder anderen Ländern ein System von Schuldknechtschaft entstand, oder aber die Regierung Indianer gegen Lohn den Pflanzern zur Verfügung stellte („Mandamientos“ in Guatemala gegen Ende des 19. Jahrhunderts).

Wo die eingeborenen Arbeiter weggestorben waren, da versuchte man durch Menschenraub und Sklavenjagden an benachbarten Küsten oder im Innern der

Länder Ersatz zu bekommen — eine Methode, die in Brasilien nach J. J. v. Tschudi noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts ausgeübt wurde. Aber diese indianischen Sklaven starben vielfach ebenfalls rasch hinweg und waren zudem körperlich wenig leistungsfähig, so daß man schließlich dazu überging, kräftige tropenfeste Arbeiter durch Sklavenhandel aus Afrika zu holen, wobei angenommen wird, daß innerhalb $3\frac{1}{2}$ Jahrhunderten etwa 12 Mill. Schwarzer in Amerika gelandet worden sind, von denen die Neger, Mulatten und Zambos abstammen, die jetzt in den wärmeren Gebieten der Neuen Welt verbreitet sind. Wenn geschätzt worden ist, daß 12 Mill. Neger im Lauf der Zeit nach Amerika gekommen sind, so entspricht diese Zahl noch bei weitem nicht dem wirklichen Menschenverlust Afrikas, denn auf der Überfahrt starb oft ein Drittel oder die Hälfte der Eingeschifften und außerdem muß man vermuten, daß auch die Jagd nach Sklaven in Afrika wegen des Widerstands der Bevölkerung erhebliche Opfer gefordert haben wird, wenschon andererseits Park berichtet, daß manche Häuptlinge nach dem Aufkommen dieses Handels Kriegsgefangene, die nach altem Brauch hätten getötet und verzehrt werden sollen, nunmehr gespart und als Sklaven verkauft haben.

Wenn wir die furchtbaren Schilderungen lesen, die etwa Livingstone oder Hermann von Wißmann von den Verheerungen entworfen haben, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Sklavenjagden der arabischen Händler in Mittel- und Ostafrika verursacht worden sind, so müssen wir allerdings sagen, daß in älterer Zeit die Sklavenjagden sicherlich lange nicht so viele Menschen gekostet haben werden, weil die Kriege im allgemeinen bei allen Naturvölkern weit weniger verlustreich gewesen sind, ehe die europäischen Feuerwaffen bekannt geworden waren, denen man demnach auch einen Teil der Schuld am Niedergang der Naturvölker zusprechen muß.

Da nach Abschaffung der Sklaverei im 19. Jahrhundert in den warmen Ländern starker Arbeitermangel entstand, so trat nunmehr an die Stelle der genannten Einrichtung die Fernanwerbung, die nominell freiwillig ist, aber in manchen Gegenden doch vielfach bis vor kurzem sich der List, Verlockung oder Gewalt bediente, um die nötigen Leute zu gewinnen. Menschenraub war in der Südsee noch im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts kein seltenes Vorkommnis und die Anwerbung für São Thomé war am Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts in der Wirkung noch wenig von der Sklaverei verschieden, da die Arbeitsverträge häufig ohne Einverständnis des Arbeiters verlängert worden sind. Erst die neueste Zeit hat auch hierin Wandel geschafft,

so daß man jetzt annehmen darf, daß allenthalben die Verträge unter behördlicher Aufsicht abgeschlossen werden und deren Ausführung wenigstens größtenteils unter ärztlicher und obrigkeitlicher Überwachung steht. Trotzdem sind die Menschenverluste, die durch diese Arbeitergewinnungsweise entstehen, noch immer außerordentlich groß und für den Bestand mancher Naturvölker höchst bedrohlich. Wohl darf man für die ältere Zeit Unkenntnis der Verhältnisse als Entschuldigung gelten lassen, aber seit neuester Zeit sind doch die Erfahrungen der Vergangenheit jedem, der hören will, zugänglich, so daß man nunmehr doch verlangen könnte, daß die Regierungen auf die Befolgung dieser Lehren energisch dringen würden.

Wenn demnach selbst den Regierungen Vorwürfe nicht erspart bleiben können, so haben private geschäftliche Unternehmungen noch ein höheres Maß von Verantwortung zu tragen.

Mein verehrter, leider früh verstorbener Freund, der große Südamerikaforscher Koch-Grünberg, schrieb mir 1916 auf die Frage nach dem Hauptgrund des Aussterbens der Naturvölker kurz und bündig das einzige Wort: „Kapitalismus“. Er fügte hinzu: „Gehen Sie bis in die Entdeckungszeit zurück, immer ist der Mammon der Hauptgrund für das Aussterben der Naturvölker. Früher war es in Amerika das Gold, heute ist es der Kautschuk. Der Kapitalismus ist gewissenlos im höchsten Grad. Er betrügt die Eingeborenen, er demoralisiert sie, er mordet sie, damit sich wenige die Taschen füllen.“

Freilich darf man in vielen Fällen annehmen, daß die in der Heimat sitzenden Auftraggeber sich über die verderbliche Wirkung und Begleiterscheinungen ihrer Unternehmungen nicht klar sind. In der Tat hat man in den europäischen und nordamerikanischen Kulturländern ganz allgemein durchaus ungenügende Kenntnis der klimatischen Verhältnisse und sonstigen Lebensbedingungen in fremden, besonders tropischen Ländern und gibt sich darum auch nicht Rechenschaft über die Folgen der zu Hause in Aussicht genommenen Maßnahmen. So besteht im tropischen Klima die Tatsache, daß der Bewohner eines bestimmten Ortes hinsichtlich der Wärme und — innerhalb der Waldgebiete auch — hinsichtlich der Feuchtigkeit sich dauernd nur zwischen sehr engen Grenzwerten bewegt und darum stark leidet, sobald er in ein anderes Wärme- oder Feuchtigkeitsregime verpflanzt wird. Darum ist die Übersiedelung vom Hochland ins Tiefland und umgekehrt oder vom feuchten Gebiet ins trockene und umgekehrt, die bei uns im kühlgemäßigten Klima unschädlich ist, in den Subtropen schon manchmal bedenklich, in den Tropen

aber für die Eingeborenen oft katastrophal, insofern sich selbst bei kurzem Aufenthalt schon Krankheiten einstellen können, die schwere Folgen haben, während bei längerem Aufenthalt oft zahlreiche Menschenverluste entstehen. So sind in Guatemala am Anfang dieses Jahrhunderts beim Bau einer Bahnstrecke im Tiefland in kurzer Zeit so viele Tausende von Hochlandindianern, die zur Arbeit dorthin geschickt worden waren, hinweggestorben, daß die Regierung genötigt war, Tieflandneger anzustellen, die dann auch ohne Schaden für ihre Gesundheit die Arbeit geleistet haben.

Wohl haben schon in der Eroberungszeit einzelne Spanier, wie Oviedo oder Andagoya, im tropischen Amerika Gelegenheit gehabt, derartige Beobachtungen zu machen, aber klar erkannt hat die Mehrheit der Kolonisatoren die Folgeschwere von Ortsveränderungen aus dem Hochland ins Tiefland und umgekehrt auch heutzutage noch nicht, weshalb vielerorts nicht die nötigen praktischen Folgerungen aus diesen Beobachtungen gezogen werden. Andererseits hat der Jesuitenmissionar Dobrizhoffer schon im 18. Jahrhundert bei den Abiponern Paraguays bemerkt, daß für eine Indianerfamilie die Umsiedelung aus dem Wald ins offene Gelände tödlichen Ausgang nahm, und sehr zahlreich sind die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, die zeigten, daß das Verpflanzen von Indianern oder Negern aus der Grasflur in den Urwald, etwa zum Zweck des Kautschuksammelns, ebenfalls binnen kurzem mit ihrem Tod endete. Ja selbst kurz dauernde Aufenthalte, wie sie Trägerkarawanen in Afrika oder Arbeiterpatrouillen im tropischen Amerika vielfach in ungewohnten Klimastrichen nehmen müssen, führen oft zu Siechtum und Tod.

Wenn schon die Regierungen tropischer Länder in Unkenntnis oder sträflicher Vernachlässigung gemachter Erfahrungen durch Wiederholung ähnlicher Unternehmungen den Naturvölkern häufig neue Verluste zufügen, so erfolgt noch häufiger bei der Arbeiteranwerbung für wirtschaftliche Betriebe aller Art derselbe Vorgang. Da nämlich häufig in der Nähe wirtschaftlicher Anlagen in den Tropen keine Arbeiter zu gewinnen sind und man sie des Klimas wegen auch nicht aus Europa bringen kann, so hat sich der Gebrauch herausgebildet, sie aus der Nachbarschaft heranzuziehen, ohne daß Rücksicht auf Höhenlage oder Feuchtigkeitsverhältnisse genommen würde, weshalb oft zahlreiche Arbeiter sterben und zur Auffüllung der Lücken immer neue Arbeiterscharen herbeigebracht werden müssen. Geradezu erschütternd sind die Schilderungen, die Missionar van dem Burgt von den Menschenverlusten gibt, die in Ostafrika durch Heranziehung von Hochlandnegern nach den Plantagen

der Küste entstanden sind, — Verluste so groß, daß van dem Burgt erklärte, das Hochland würde allmählich entvölkert werden, wenn diese Art der Arbeiterbeschaffung noch länger andauern sollte!

Bedauerlicherweise bleibt es aber in manchen Gebieten nicht einmal bei der unbeabsichtigten gesundheitlichen Schädigung allein, sondern es werden die Arbeiter noch in gröblichster Weise mißhandelt und gequält, wenn nicht gar verstümmelt, und zwar nicht etwa nur im 16. Jahrhundert, aus welcher Zeit die furchtbaren Anklagen des edlen Menschenfreundes Fray Bartolomé de Las Casas vorliegen, sondern in durchaus gleicher Weise noch in der Gegenwart, wie denn aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts nach einwandfreien Mitteilungen entsetzliche Mißhandlungen nicht nur im Kongostaat, sondern auch am Putumayo in Perú stattgefunden haben, beide Male in der Hauptsache wegen der Kautschukgewinnung. Aus letzterem Gebiet wird berichtet, daß in den Jahren 1900 bis 1911 die Gewinnung von 4000 t Kautschuk mit einem Verlust von 30000 Indianern verknüpft gewesen sei — ein Verlust, der ebenso unmenschlich wie unklug genannt werden muß, da durch dieses Vorgehen die Möglichkeit weiterer wirtschaftlicher Erfolge in diesem Gebiet für lange Zeit genommen worden ist. Wenn man sieht, daß die schrecklichen Quälereien der Eingeborenen in genau gleicher Weise in ferner Vergangenheit wie in der Gegenwart verübt worden sind, so muß man vermuten, daß gleichartige Ursachen zu dieser unglaublichen Handlungsweise führen, und man darf sie wohl in der Hauptsache im Tropenkoller vermuten, jener eigentümlichen, in heißen Ländern nicht selten ausbrechenden psychischen Krankheit, die namentlich Menschen von mangelhafter Selbsterkenntnis und ungenügendem inneren Halt ergreift, und zwar nach Leo Frobenius infolge von Fieber und nervöser Umbildung der Psyche, nach Koch-Grünberg infolge sadistischer Neigungen, die sich auf der Grundlage häufiger Malaria entwickelten.

Man darf allerdings zugeben, daß sowohl am Kongo wie am Putumayo die schlimmsten Übergriffe durch untergeordnete farbige Organe verübt worden sind, aber es geschah doch immerhin auf Geheiß oder wenigstens mit Duldung europäischer Auftraggeber.

Selbst in Fällen, wo menschenfreundliche Behandlung stattfindet und auch gleichartiges Klima herrscht, ist Fernanwerbung noch häufig mit starken Menschenverlusten verbunden. Das beobachtet man besonders in der Südsee, wo auf vielen Inseln, der Feldbau Sache der Frauen ist, weshalb dort sich ein Mann nicht dazu hergibt, Feldarbeit unter den Augen der Weiber seiner

Heimat zu verrichten, während er auf fremden Inseln sich ohne weiteres dieser Arbeit unterzieht. So ist denn ein ständiges Hin und Her von Arbeitern zwischen den einzelnen Inseln und wenn auch die Entfernung manchmal mehrere hundert Kilometer beträgt, so ist doch gewöhnlich das Klima noch fast gleich, so daß Akklimatisationsschwierigkeiten nicht für Menschenverluste verantwortlich gemacht werden können. Da ich selbst 1908 längere Zeit auf einem Anwerbeschiff fuhr und auf vielen Südseepflanzungen gewilt habe, so habe ich Gelegenheit gehabt, mich persönlich von der guten Behandlung der Arbeiter auf der Fahrt und auf den meisten Plantagen zu überzeugen. Auch die Art der Verpflegung, der Bekleidung mit einfachem Lendentuch (Lavalava) und Behausung konnte als zufriedenstellend bezeichnet werden. Zudem waren in vielen Fällen ganze Gruppen von einem und demselben Dorf auf einer Pflanzung beisammen, so daß das Angewöhnen verhältnismäßig leicht hätte erfolgen können. Aber dennoch waren die Verluste während der 3jährigen Verträge oft fürchterlich. Mußte doch der Gouverneur von Deutsch-Neuguinea in der Gouvernementsratssitzung vom 13. November 1913 zugeben, daß im 26jährigen Durchschnitt rund 25% der Angeworbenen gestorben waren, und Felix Speiser hat aus den Neuen Hebriden noch wesentlich höhere Zahlen berichtet. Das sind Verluste, die mitten im Frieden weit höher sind als die Verluste, die der mörderische Weltkrieg den einzelnen kriegführenden Völkern gebracht hat!

Mit Stolz können wir freilich hinzufügen, daß in Deutsch-Neuguinea die Anwerbeverluste unmittelbar vor dem Krieg dank besserer ärztlicher Überwachung auf wenige Prozente heruntergegangen waren. Aber selbst dann bedeutet die langjährige Entfernung der männlichen Blüte der einzelnen Inseln eine ungeheure Behinderung der Volksvermehrung, weil die zurückgelassenen Frauen ja so lange keine Kinder bekommen, und wenn die Männer schließlich wieder heimkehren, so ist nicht selten ein größerer Teil derselben krank und kommt für die Fortpflanzung nicht mehr in Betracht. Da dies alles den Eingeborenen längst bekannt ist, so begreift man die tiefe Gemütsdepression, die sich der zurückbleibenden Bevölkerung bemächtigt, wenn die Angeworbenen abziehen. Felix Speiser hat für sie einen ergreifenden Ausdruck gefunden, als er die psychische Wirkung des Abtransports der gesamten männlichen Jugend von der Neu-Hebriden-Insel Vao schilderte.

Noch schlimmere Rückwirkungen auf die Volkszahl bringt die stellenweise übliche Fernanwerbung junger Mädchen hervor — eine Tatsache, die fort-

geschrittene Regierungen schließlich erkannt haben, wie denn kurz vor dem Kriege die Kolonialregierung von Deutsch-Neuguinea die Anwerbung lediger Frauen auf Neu-Mecklenburg verboten hatte.

Man darf wohl annehmen, daß die veränderte Ernährung und Behausung, die andere Art der Arbeit u. dgl. zu dem Hinwegsterben so vieler Fernangeworbener beiträgt. Aber es scheint doch, daß psychische Einflüsse, vor allem Heimweh, in erster Linie die Lebenskraft und den Lebenswillen knicken.

Ganz im allgemeinen hat jedenfalls das Bewußtsein der überwältigenden Überlegenheit der europäischen Kultur das Seelenleben der Eingeborenen tief beeinflußt und ihre bisherigen Anschauungen erschüttert, und zwar selbst auf religiösem Gebiet. Friederici sagt darüber sehr anschaulich: „Die großen Schiffe mit ihren Kanonen, Flinten und all den erstaunlichen Kultur- und Gewaltmitteln europäischer Kultur ließen den Eingeborenen ihre Besitzer wie eine Art Götter erscheinen, deren Macht größer war als ihre eigene und die ihrer Götter, die sie bisher für das Höchste im Himmel, auf Erden und unter der Erde gehalten hatten. Der Glaube an die Macht ihrer Götter geriet ins Wanken. In den Zeiten ihres unberührten Heidentums war dieser Glaube groß und unerschütterlich gewesen. Ein Priester oder Schamane, an dessen Gott man glaubte, konnte zu einem gesunden kräftigen Manne sagen: „Der Finger des Todes zeigt auf dich; morgen Nacht, wenn der Mond voll wird, wirst du uns verlassen!“ Und der Mann starb. Er konnte einem schon dem Tode Nahen sagen: „Den Todeszauber, den ich vergraben hatte, habe ich wieder entfernt; Du wirst leben!“ Und der Mann wurde gesund. Der Priester war wohl in der Lage, Krankheiten, die nicht jenseits aller menschlichen Hilfe waren, durch diesen starken Glauben seiner Patienten an ihn und seinen hinter ihm stehenden Gott zu heilen. Dieser Glaube geriet nun ins Wanken und ging auf den Missionar über und dessen Gott, der offenbar mächtiger war. Wir wissen von regelrechten Zweikämpfen mit geistigen Waffen zwischen Heidenpriestern und Missionaren beider Konfessionen, gewöhnlich von letzteren provoziert und von ersteren im Gefühl ihrer schwindenden Macht ungern angenommen. Wir hören dann, wie der geschlagene Priester sich voll Verzweiflung aufhängt oder aber — wie der Oberpriester von Mangareva — der treueste Anhänger des stärkeren Gottes wird.“

Wir verstehen, daß bei Leuten, die durch psychische Depression bis zum Selbstmord getrieben werden können, lastende Gemütsstimmung den ganzen Lebensmut brechen und jedes Vertrauen in die Zukunft rauben kann, so daß

schließlich bei den lange verlassen gewesenen Frauen selbst nach der Rückkehr des Mannes der Wunsch nach Nachkommenschaft nicht wieder kommt, weil sie für kommende Geschlechter nur Jammer und Leid voraussehen. „Wozu auch Kinder bekommen, da denselben doch kein frohes, befriedigendes Leben bevorstehen würde?“ fragt sich die Frau. Dabei ist zu bedenken, daß Mann und Frau in Ländern, wo es keine Milchtiere gibt, weit mehr Entbehrungen auf sich nehmen müssen als in unseren Gegenden, weil die Mütter sehr lange, vielfach über zwei Jahre lang, stillen müssen und ihre Männer während dieser Zeit auf Enthaltsamkeit angewiesen sind. Aber diese Unannehmlichkeiten waren so lange von beiden Teilen gerne getragen worden, als ihnen eine reichliche Nachkommenschaft notwendig erschien, und das war in ihren Augen nach Friedericis Auffassung so lange der Fall gewesen, als sie noch ganz auf sich selbst angewiesen waren und häufig Kriege bestehen mußten, also männlicher Nachkommenschaft zur Verteidigung, weiblicher für den Feldbau und damit für die Volksernährung bedurften. Darum glaubt auch Friederici, daß der Volksrückgang in der Südsee durch das von der europäischen Herrschaft bewirkte Aufhören der zahlreichen Stammes- und Dorfkriege mit veranlaßt sei. Diese hatten ja an sich vor der Einführung der europäischen Schußwaffen wenig Verluste gefordert, andererseits aber hatten sie wegen der zur Vorbereitung notwendigen ständigen Übung in den üblichen Waffen, namentlich den schweren langen Speeren, viel zur Ertüchtigung der jungen Leute beigetragen. Ebenso hatte die einst auf den Marshallsinseln geübte Hochseeschifffahrt die Eingeborenen in Mannesmut und gründlichen Schiffahrtskenntnissen erzogen, weshalb das Verbot dieser allerdings gefährlichen Übung durch die deutsche Regierung wohl einigen mutigen Männern das Leben gerettet haben wird, aber zugleich auch der Gesamtheit des Volkes eine körper- und charakterstählende Betätigung geraubt hat, die wirtschaftlich und sportlich zugleich gewesen war. Mit der Abschaffung der Kriege und der Hochseeschifffahrt ist demnach nach Friederici in der Südsee eine körperliche und geistige Verweichlichung des Volkes verbunden gewesen, da die heranwachsende Jugend keine großen wichtigen Aufgaben mehr vor sich sah.

IV.

Anders als in den Tropen und in den subpolaren Landgebieten liegen die Dinge in den gemäßigten Gürteln, wo der Weiße keine Akklimatisations-schwierigkeiten hat. Dort gilt die Devise „Land ohne Volk“ in schroffster Form.

Überall und bis in die neueste Zeit herein sind darum in dünn bevölkerten Ländern gemäßigten Klimas die Europäer unersättlich vorgedrungen und haben den Eingeborenen ihr Land weggenommen. Das geschah anfangs häufig in der Form des Kaufs, wobei aber die Eingeborenen vermöge kommunistischer Landeigentumsauffassung oft gar nicht wußten, daß es sich um dauernde Abtretung des betreffenden Landstücks und nicht bloß um gelegentliche Benutzung eines Teiles davon handeln sollte. Sobald die Weißen an Zahl und Macht zugenommen hatten, pflegten sie nachzudrängen und weiteres Land in Besitz zu nehmen, wobei sie den Raub vor ihrem anklagenden Gewissen mit hochtönenden unwahren Reden beschönigten. Sie zwangen so die Eingeborenen, immer tiefer ins Innere des Gebietes zurückzuweichen, von wo sie nach einiger Zeit wiederum vertrieben wurden. Oft geschah das Verdrängen unmittelbar durch Krieg, wobei aber in den meisten Fällen das Unrecht auf Seite der Weißen war. Oft erfolgte die Verdrängung aber auch mittelbar, indem die Weißen das Wild wegeschossen, das die Hauptnahrungsquelle und gewissermaßen das Nationalvermögen der Eingeborenen gewesen war, so daß diese aus Hunger sich genötigt sahen, Gegenden aufzusuchen, die noch Jagdwild aufwiesen. In wieder anderen Fällen zäunten die Weißen große Grasflächen mit Stacheldrähten ein und machten damit den Eingeborenen das früher geübte Sammeln oder Jagen unmöglich. Auch kam es vor, daß die Europäer durch Niederschlagen der Wälder oder regelmäßiges Abbrennen der Grasfluren das Wild verscheuchten, dem Jägervölker nun nachziehen mußten. Fast immer waren es ungünstigere Gegenden, die die neue Heimat der Eingeborenen wurden, und immer enger wurde der Bereich, innerhalb dessen sich die ehemaligen Besitzer des gesamten Landes ansiedeln konnten. Oft war die Nahrungsbeschaffung für sie dort schon so erschwert, daß sie sich dann und wann im Hunger am Vieh oder an den Schafen der Weißen vergriffen, was dann vielfach zu wahren Vernichtungskriegen gegen sie führte. Übereinstimmend wird aus den verschiedensten Erdteilen berichtet, daß das Töten von Eingeborenen gang und gäbe war, ohne daß von seiten der Obrigkeit eingeschritten worden wäre, und wo derartige Fälle in den Vereinigten Staaten im letzten Jahrhundert doch vor Gericht kamen, endigten sie meistens mit Freisprechung. In Südafrika erhielten die Buren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sogar geradezu den Auftrag, die als Viehräuber mißliebig gewordenen Buschmänner zu vernichten und nur ihre Frauen und Kinder zu schonen, um sie unter sich zu verteilen. Heinrich Schurtz fügt bitter hinzu, daß für zahlreiche Kolonisten die Jagd auf Busch-

männer ein ebenso erlaubter Sport war wie die auf Gazellen oder Strauße. Nicht viel anders war es stellenweise in Australien, wo die Verdrängung der Eingeborenen noch vielfach die Folge hatte, daß sie dadurch in die Jagdgebiete feindlicher Stämme gelangten, die das Betreten ihres Reviers als todwürdiges Vergehen ahnden konnten. In Tasmanien aber wurde 1830 von Gouverneur Arthur sogar eine regelrechte Treibjagd veranstaltet, um die Eingeborenen in einen kleinen Distrikt hineinzudrängen — freilich ohne Erfolg!

Wenn man in Tasmanien 1829 Fangprämien auf Eingeborene ausgesetzt hat, so wurden in Nordamerika nicht nur im 18., sondern auch noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Preise auf erbeutete Skalpe bezahlt. Im Feuerland aber, wo die Onas nach dem Aufkommen der Schafzucht sich durch Schafdiebstähle verhaßt gemacht hatten, wurde sogar noch 1886 ein Preis von 1 £ für jedes Paar Ohren von Feuerländern ausgesetzt!

Am besten bekannt ist der Verdrängungsvorgang im Gebiet der Vereinigten Staaten. Die Franzosen und ihre englischen Nachfolger in Kanada pflegten und pflegten ein freundliches Verhältnis zu den Indianern. Auch die Holländer kamen in ihrem beschränkten Gebiet während der kurzen Dauer ihrer Herrschaft verhältnismäßig gut mit ihnen aus. Die puritanischen Pilgerväter aber, die 1620 nach Neuengland gekommen waren, sahen alsbald in den Indianern die Kanaaniter des Alten Testaments, welche fortgefegt werden mußten vor den Heiligen des Herrn und ausgerottet mit der Schärfe des Schwerts. Nach demselben Grundsatz handelten denn auch vielfach die späteren Einwanderer, obgleich ihnen die Indianer anfänglich freundlich entgegenkamen und erst im Lauf der Zeit in feindselige Stimmung gerieten, als die Europäer immer und immer wieder die Verträge brachen und Gutes mit Bösem vergalteten.

Das Schlimmste aber war wohl, daß im 18. Jahrhundert hier wie später in Australien und Tasmanien die europäischen Regierungen zahlreiche Sträflinge angesiedelt haben, die nun ihre bösen Triebe an den Eingeborenen ausließen und damit die Atmosphäre vergifteten. Nicht viel besser waren später in den Vereinigten Staaten die Grenzer, Trapper, Händler und Soldaten der Außenposten, oft auch die Agenten der Regierung, die häufig die Indianer in schamloser Weise betrogen, besonders wenn diese unter dem Einfluß des geliebten Feuerwassers nicht mehr zurechnungsfähig waren. Das Schlimmste aber war der unersättliche Landhunger der nachdringenden Weißen, der zu immer neuen Reibungen und Kriegen führte. Die Indianer wußten genau, daß dieser Landhunger ihr Verderben war, und als die Ohio-Indianer in der Schlacht von

St. Claire die feindliche Armee geschlagen hatten, stopften sie die Mundhöhlen der Erschlagenen mit Erde voll, damit sie wenigstens im Tode ihre Landgier befriedigen könnten!

Weiter und weiter wurden die Indianer nach Westen gedrängt. Selbst in dem Fall, daß sie auf ihrer ererbten Scholle ein erhebliches Maß von Kultur erreicht hatten, eigene Schulen, Kirchen und Wege unterhielten und sogar ein eigenes Schriftsystem besaßen, wie die Cherokeesen in Georgia, waren sie ihres Besitzes nicht sicher, da die Habgier der benachbarten Weißen ihr fruchtbares Land begehrte. Schließlich kam es 1837 wirklich dahin, daß das ganze Volk der Cherokeesen unter militärischer Eskorte über 1000 km weit westwärts nach dem Indianerterritorium wandern mußte, um dort „zivilisiert“ zu werden! Bei dieser Völkerwanderung, deren Kosten zudem der Stamm selbst tragen mußte, sind 22 % der 18 000 Seelen dieses Volkes gestorben, und ähnliche Erfahrungen hat man bei zahlreichen früheren und späteren Überführungen ganzer Stämme gemacht (Friederici).

V.

Wenn wir das Gesagte im Geiste noch einmal an uns vorüberziehen lassen, so bemerken wir, daß die weiße Rasse sich an vielen Naturvölkern in schwerster Weise versündigt und den Keim des Aussterbens in sie hineingetragen hat. Grauensvoll sind die Bilder, die sich bei manchen dieser Vorgänge vor uns entrollt haben, und es ist uns nur ein Trost zu wissen, daß zu allen Zeiten doch auch geistliche und weltliche Menschenfreunde mutig für die leidenden Eingeborenen eingetreten sind und ihr Los gelindert haben: Von dem großen Indianerbeschützer Fray Bartolomé de las Casas an bis zu Albert Schweitzer, der gegenwärtig im tropischen Afrika zwischen Wasser und Urwald gleich vielen Missionsärzten, Missionaren und warmherzigen Beamten bestrebt ist, den Eingeborenen in ihren leiblichen und geistlichen Sorgen zu helfen.

Wenn wir den gesamten Zeitraum seit der ersten Berührung der Europäer mit überseeischen Völkern kritisch überblicken, so müssen wir leider sagen, daß nur stellenweise ein wesentlicher Fortschritt in der Behandlung der Ureinwohner erfolgt ist, während an manchen Orten bis in unsere Zeit herein dieselben Mißhandlungen und Mißgriffe immer wieder vorkommen, wie sie am Ausgang des Mittelalters sich ereignet haben: ja wir müssen sogar sagen, daß die neueste Zeit es zuerst fertiggebracht hat, tropische Eingeborene auf Jahre hinaus als Soldaten und Arbeiter in die gemäßigte Zone über-

zuführen, obgleich jeder verständige Arzt sich darüber klar sein muß, daß damit den Kindern der heißen Sonne ein sehr hohes Risiko an Gesundheit und Lebenswahrscheinlichkeit zugemutet wird.

Wir sehen so, daß gewisse Völker gegenwärtig noch härter und rücksichtsloser handeln, als es im Entdeckungszeitalter der Fall gewesen war, indem sie die Entwicklungsmöglichkeiten der ihnen anvertrauten kulturarmen Völker bewußtermaßen beeinträchtigen, um ihre eigene militärische und wirtschaftliche Macht zu stärken!

Aber freilich, die gegenwärtigen Hauptmächte der Erde begnügen sich nicht mehr mit der Unterdrückung der Kulturarmen, sondern machen nicht einmal halt vor einem der ersten Kulturvölker der Erde — vor dem deutschen Volke. Wie die europäischen Machthaber vielfach den Naturvölkern ihren Wohn- und Nährraum beschnitten haben, so haben sie es auch mit uns gemacht. Sie haben uns die Kolonien geraubt, die wir — allen Lügen zum Trotz! — geradezu vorbildlich und unter verständnisvoller Fürsorge für die Eingeborenen entwickelt hatten, wie ich aus eigener Anschauung in Deutsch-Neuguinea feststellen konnte, und haben dadurch unserer Industrie den nötigen Rohstoffboden genommen, ohne uns den auf 100 Milliarden anzuschlagenden Wert unserer Schutzgebiete auf das Reparationskonto anzurechnen. In Europa aber haben sie uns den ererbten Heimatraum geschmälert und auf diese Weise unsere Entwicklungsmöglichkeiten noch weiter eingeengt. Unsere Feinde haben uns ferner auch den allgemeinen Militärdienst genommen und damit jene große Schule des Körpers und Geistes, die Disziplin, Entschlußkraft und Gewandtheit bis in unsere fernsten Hütten getragen hatte. Unsere Gegner wollen uns außerdem auf Jahrzehnte hinaus (unter dem Vorwand, daß wir allein die Schuld am Weltkriege hätten) schwere Geldlasten aufbürden — Lasten, so schwer, daß sie eine Versklavung des ganzen Volkes auf lange Zeit bedeuten würden und auf dem Wege der Überfremdung sogar zum Verlust eines erheblichen Teiles unseres Bodens und sonstigen Besitzes selbst innerhalb des Reiches führen müßten. Hört man ja doch schon heute, daß slavische Nachbarn im bayerischen Wald und in Ostpreußen deutsche Güter in großer Zahl aufkaufen und damit Bresche in den bisher rein deutschen Wohn- und Nährraum schlagen! Und wenn sich bei uns zur Zeit ein erschreckender Rückgang der Geburten zeigt, so ist das eine Erscheinung, die zum Teil aus derselben Ursache entspringt, wie bei Naturvölkern wirksam ist, nämlich aus dem mangelnden Vertrauen in eine glückliche Zukunft des nachfolgenden Geschlechts.

Wir können nicht umhin, diese düsteren Tatsachen mit klarem Auge zu erfassen. Aber meine lieben Kommilitonen! So schwarz auch die Wolken am Firmament unseres Volkes sind, so wollen wir uns doch die feste Zuversicht auf einen künftigen Wiederaufstieg nicht rauben lassen! Unser Volk hat schon so manchen Tiefstand erlebt und ist doch wieder hochgekommen. Es wird auch diesen Tiefstand überwinden!

Halten Sie den Kopf hoch und den Nacken steif bei allem, was auch kommen mag, und sorgen Sie durch eifrige Pflege der Leibesübungen und des Sports sowie durch eindringendes Studium dafür, daß Ihr Körper gewandt und Ihr Geist entschlußkräftig und scharf werde! Denn ein mutiges und starkes Geschlecht muß in unserer Heimat wohnen, wenn dereinst der Tag kommt, an dem die Sonne des Glückes wieder unserem lieben deutschen Volke scheinen wird!

JOSEF MÄRZ:

Mitteldeutschland

(Ein Literaturbericht)

Quellen: „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit.“ Denkschrift über die Wirkung der innerstaatlichen Schranken, im Auftrage des Provinzialausschusses der Provinz Sachsen herausgegeben vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen. Abgeschlossen am 1. Dezember 1927. Merseburg, Verlag Friedrich Stollberg. — Im gleichen Verlag: „Mitteldeutschland“, Sonderdruck der maßgebenden Reden und Beschlüsse des 42. Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

„Leipzig und Mitteldeutschland.“ Denkschrift für Rat und Stadtverordnete zu Leipzig. Herausgegeben von Stadtrat Dr. Leiske, Senator a. D. (Nr. 12 der Schriftenreihe „Leipziger Verkehr und Verkehrspolitik“, Bezug durch Ratsverkehrsamt Leipzig).

Erwin Scheu: „Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke.“ Band 2 der „Weltpolitischen Bücherei“, Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35, 1928.

Erwin Scheu: „Mitteldeutschland“, Heft 4, 2. Jahrgang, 1. April 1928, von „Amt und Volk“, Monatsschrift des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens, Dresden-A. 1.

Raimund Köhler, Vorstand des Leipziger Meßamtes, Stadtverordneter in Leipzig: „Das mitteldeutsche Problem“, Vortrag, gehalten im Verkehrs-Verein Leipzig am 2. Februar 1928. Verlag Verkehrs-Verein Leipzig E. V., Katharinenstr. 9.

Karl Du Mont: „Der Zusammenschluß Thüringens.“ Eine staatswissenschaftliche Untersuchung. Gotha 1927, Leopold Klotz Verlag.

„Mitteldeutschland.“ Pressespiegel der Leipziger Denkschrift. Nr. 14 der Reihe „Leipziger Verkehr und Verkehrspolitik“. Leipzig 1929.

Grabowsky, Dr. Adolf: Besprechung von „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“ in „Zeitschrift für Politik“, Band XVIII, Heft 6, S. 342—345.

Hans Baumann, Dr. rer. pol., Regierungsbaurat im Reichsverkehrsministerium (jetzt Reichsbahndirektor bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn, Berlin): „Energiewirtschaft auf der Braunkohle Mitteldeutschlands.“ Eine wirtschafts- und verkehrstechnische Studie zur Abgrenzung eines mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes; o. J. (1921?). Berlin S 14, Verlag Guido Lackeheil.

*

Im ersten Heft des Jahrgangs 1928 dieser Zeitschrift hat Professor Obst in einem Aufsatz „Zur Neugliederung des Deutschen Reiches“ die Forderung aufgestellt, daß wissenschaftliche Kommissionen gewissenhaft und beschleunigt die zweckmäßigste Abgrenzung der neuen Gebiete in die Hand nehmen sollten; Historiker und Verwaltungsbeamte seien nach Bedarf hinzuzuziehen; die Wissenschaft müsse mit Hochdruck arbeiten, um Torheiten zu verhindern; dabei wird erwähnt, daß die Neugliederungspläne der Provinz Sachsen an der preußisch-sächsischen Grenze ängstlich haltmachten.

In der Tat ist diese Binnengrenze eine Art Stoßfuge für alle Versuche, die Unzulänglichkeiten der bestehenden Gebietsverteilung zu mildern und schließlich zu beseitigen. In Mitteldeutschland ist die Frage einer Neugliederung am ehesten brennend geworden, da sich in wenigen Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse über die Landesgrenzen hinweg weitgehend verschoben haben. Hier finden sich außerdem die meisten Gebietseinschlüsse in Deutschland (80) und Verwaltungsgemeinschaften (200 von 387, die Preußen mit anderen deutschen Ländern hat). Mitteldeutschland hat nie den Vorzug gehabt, eine staatliche Einheit zu bilden; noch heute teilen sich fünf Länder in den Raum. Es hat auch das uneinheitliche Bild des Staatsgebietes am treuesten bewahrt (Schlüter); deshalb ist dort eine Flurbereinigung besonders dringend geworden und hat als Exklavenaustausch (Sachsen-Thüringen) bereits begonnen. Der erste Schritt zur Neueinteilung Deutschlands überhaupt ist durch den Zusammenschluß Thüringens vollzogen worden, über den die ungemein fleißige Arbeit von Du Mont unterrichtet. Wesentlich ist in ihr die Darstellung der einzelnen Möglichkeiten, die sich nach 1918 ergaben. Es werden ihrer sieben aufgezählt. Die ursprünglich erhoffte großthüringische Lösung hätte ein Land von 2 Mill. Einwohnern geschaffen, die endgültig gewählte kleinthüringische hat gebietliche Schwierigkeiten übriggelassen, da Erfurt als wirtschaftlicher Mittelpunkt neben Weimar, dem staatsrechtlichen, steht. Die voraussichtlichen Ergebnisse der anderen Lösungsvorschläge sind, da theoretisch, nicht erörtert, mit Ausnahme des gebietlichen Ergebnisses einer selbständigen preußischen Provinz Thüringen, das bei Einbeziehung von Schmalkalden-Euhl, Erfurt und des Korridors zwischen Süd- und Nordthüringen als günstig bezeichnet wird.

Über die Abgrenzung des Begriffes „Mitteldeutschland“ hat sich in großen Zügen Einigung erzielen lassen. Einige der früheren Entwürfe für das Gesamtreich würdigt bereits der genannte Aufsatz von Professor Obst; sie setzen ein Mitteldeutschland in ziemlich gleichem Umfang in die Karten ein („Frankfurter

Entwurf" von Weitzel, dem sich die Denkschrift der Stadt Leipzig weitgehend anlehnt; Baumann; Rabe; unter Zusammenziehung von Unterteilungen auch Tuckermann und Scheu). Die anderen im Literaturverzeichnis erwähnten Arbeiten Scheus bauen ebenfalls auf seinen gut fundierten Vorschlägen auf. Sein objektiver Versuch einer Gliederung von Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirken, eine der neuesten Arbeiten zu der mitteldeutschen Frage überhaupt, betont die Übereinstimmung der meisten Vorarbeiten und liest daraus ab, daß sich das Bild eines natürlichen Wirtschaftsgebietes von selbst aufdränge. Scheu geht vom geographischen Raum und seiner inneren Struktur und wirtschaftlichen Verflechtung aus; auch er befürwortet, einer politischen Neugliederung und Verwaltungsreform die wirtschaftliche vorausgehen zu lassen, die sich ohne geschichtliche Hemmungen reibungsloser vollziehen könne. Für Scheu bedeutet „Mitteldeutschland“ die Tieflandbucht, das Thüringer Becken und das nordsächsische Flachland; innerhalb dieses Gebietes ist der Gütertausch umfangreich und vielseitig und die Wirtschaftsbeziehungen sind eng, geringer sind dagegen die Beziehungen zu den angrenzenden Gebieten. Jedes der vier Untergebiete dieser Wirtschaftsprovinz von etwa 11 Mill. Einwohnern hat einen oder zwei großstädtische Mittelpunkte; natürlicher Mittelpunkt der ganzen Wirtschaftsprovinz ist für Scheu aber Leipzig.

Die von den Geographen festgestellte Übereinstimmung über den Begriff Mitteldeutschland ist so groß, daß Wirtschaft und Verwaltung nicht daran vorübergehen sollten. Nach ihnen gehören zu diesem Raum: Thüringen, Freistaat Sachsen, Provinz Sachsen ohne die Altmark, Anhalt und Braunschweig; kleinere Abweichungen fallen nicht ins Gewicht (die frühere Arbeit von Baumann, „Energiewirtschaft auf der Braunkohle Mitteldeutschlands“, ist die bemerkenswerteste; nach ihr sind voneinander abhängig: Thüringen, Anhalt, westelbisches Sachsen, Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg und Erfurt). Schlüter beugt einer Überschätzung des geographischen Elements vor: im Deutschen Reich sei Mitteldeutschland immer nur ein Staatsteil — oder eine Summe von solchen —, für den innere geographische Selbständigkeit und Güte der Grenzen nicht sehr bedeutend seien. Selbstverständlich ist, daß auch die Denkschrift der Stadt Leipzig Mitteldeutschland möglichst groß zeichnet. Dieses Mitteldeutschland umfaßt $\frac{1}{6}$ der Bevölkerung, $\frac{1}{8}$ des Bodens, $\frac{1}{5}$ der gewerblichen Betriebe im Reiche und ist von 180 Menschen auf den Quadratkilometer bewohnt; die Wirtschaft des Gebietes ist nicht so einseitig gelagert wie die der Ruhr oder Oberschlesiens. Trotz der erhöhten Verkehrsintensität fehlt aber jede einheitliche Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik und Verwaltung.

Den Anstoß zu der wissenschaftlichen Prüfung der Frage gab die Denkschrift des Provinzialausschusses der preußischen Provinz Sachsen, der vom 42. Landtag beauftragt worden war, die von dem Magdeburger Oberbürgermeister Beims angeregten Entschlüssen des 41. Landtages vom März 1926 mit geeignetem Material dem Ministerium des Innern zu überreichen. Es war eine staatliche Interessengemeinschaft zum Ausgleich der Zerrissenheit des mitteldeutschen Wirt-

schaftsgebietes gefordert. Der Auftrag wurde an den Landeshauptmann der Provinz, Dr. Hübener, weitergegeben, der unter maßgebender Mitarbeit von Dr. Berger zwanzig Monate lang daran arbeitete, eine Denkschrift fertigzustellen. Diese hebt erklärlicherweise die Mängel am stärksten hervor, unter denen die Provinz Sachsen zu leiden hat, die allein 49 abgesprengte Gebietsteile zählt; ihre Grenzen sind das beste Beispiel einer Zerschneidung zusammenhängender Wirtschaftsgebiete. Da der Freistaat Sachsen als Mittelstaat zum Teil andere Verhältnisse hat als seine Nachbarn, ist er in die Darstellung nicht mit einbezogen, eine Beschränkung, die die rein wissenschaftlichen Gutachten im zweiten Teil der Denkschrift (von ihnen haben wir das von Schlüter erwähnt) für sich nicht als maßgebend anerkennen konnten. Die Denkschrift kommt, wie vorher der Beschluß des Provinziallandtages, zu der Schlußfolgerung, daß Abhilfe in vollem Umfange nur durch den Eintritt der Länder Thüringen, Anhalt und Braunschweig in den preußischen Staatsverband geschaffen werden könne. Als vorläufiges Mittel dazu denkt sie sich Staatsverträge über großzügigen Austausch und Rechtsangleichung sowie gemeinschaftliche Verwaltungen.

Von den kritischen Stimmen zur Merseburger Provinzialdenkschrift ist besonders die von Grabowsky zu nennen. Er erkennt das Postulat von der Unantastbarkeit des preußischen Staatsgebietes nicht an, das nur für den Westen und Osten des Reiches Geltung haben könne. In Mitteldeutschland könnten ohne Schaden gewisse Striche von Preußen abgetrennt und dem „mitteldeutschen Übergangsstaat“ zugeschlagen werden.

Die Gegendenkschrift, jene der Stadt Leipzig (Dr. Leiske) geht ebenfalls auf die Initiative einer Körperschaft zurück: die Leipziger Stadtverordnetenversammlung hat am 7. Dezember 1927 eine „entscheidende Beteiligung Leipzigs bei der Neugestaltung der Verwaltung des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes“ gefordert, da Leipzig nicht abwarten könne, bis der Einheitsstaat die Frage Mitteldeutschland nebenbei löse. Nur eine politische Regelung wird als befriedigend bezeichnet. Leipzig betrachtet sich geographisch, wirtschaftlich und verkehrssammelnd als Mittelpunkt. Der Direktor des Leipziger Meßamts, Köhler, hat in seinem Vortrag die Vereinigung von Sachsen, Thüringen, Anhalt und Erfurt-Merseburg verlangt. Eine Vereinigung nur der Kreishauptmannschaft Leipzig mit den angrenzenden Gebieten würde Leipzig nicht besser stellen. Noch vor der Verfassungsreform und unabhängig von ihr könne als Teillösung die vorläufige Vereinigung von Thüringen und Sachsen verwirklicht werden.

Auch die Leipziger Denkschrift untersucht die Struktur des mitteldeutschen Raumes, mit dem die Stadt sehr eng verbunden ist. Auch sie will keine politische Formel bringen oder Vorschläge für spätere Grenzziehung machen, bemüht sich aber, an Stelle einer konstruktiven Lösung, die wieder zur Bildung von Zweckverbänden und ähnlichen Gebilden führen würde, eine volkstümliche zu finden, veranlaßt durch den Umstand, daß der Reichsgedanke in Leipzig stets sehr im Vordergrund stand und der Partikularismus kaum Boden fand.

Über die Aufnahme, die der Leipziger Schritt in der öffentlichen Meinung des mitteldeutschen Raumes fand, soll unten noch einiges gesagt werden. Die „Gegenpartei“, Landeshauptmann Dr. Hübener, erkennt an, daß die Leipziger Denkschrift den Fehler des sächsisch-thüringischen Vereinigungsplanes vermeiden wolle, nämlich das Streben nach unbedingter Eigenstaatlichkeit. Trotzdem übte Dr. Hübener im Februar 1929 im Provinziallandtag scharfe Kritik: man könne der Denkschrift nicht mehr folgen, denn diese wolle ein einheitliches Gebiet von 58 000 qkm und 10,7 Mill. Einwohnern; diese Größenordnung sei falsch und der Gedanke habe außerhalb von Leipzig fast überall Ablehnung gefunden. Immerhin bringe die Arbeit eine Fülle von wertvollem Material und den überzeugenden Nachweis, daß Leipzig mit dem geographischen und sozialökonomischen Begriff Mitteldeutschland eng verbunden sei. Der Provinziallandtag beschloß gleichzeitig, daß eine Bildung neuer Verwaltungsbezirke nach Beseitigung der Landesgrenzen auf rein theoretischer Grundlage abzulehnen sei, vor allem wenn die Abgrenzung ausschließlich nach dem Gesichtspunkt des Vorranges einer bestimmten Stadt vorgenommen werde. Diese theoretischen Versuche seien Fehlschlüsse aus wissenschaftlichen Tatsachen.

In der öffentlichen Meinung lassen sich jetzt drei Tendenzen unterscheiden. Die eine Richtung möchte den Zusammenschluß des ganzen Gebietes in einheitlicher Form unter Beseitigung der Binnengrenzen herbeiführen. Die zweite tritt für den Zusammenschluß Thüringens mit der Provinz Sachsen ein, wobei wieder unterschieden wird zwischen der Bildung eines neuen Großraums unter Verschmelzung der beiden Teile und Angliederung von Anhalt und Braunschweig und zwischen einer Angliederung Thüringens an Preußen als preußische Provinz oder nur als Zuwachs für die Provinz Sachsen. Die dritte Richtung will Sachsen und Thüringen enger aneinanderbinden und dadurch von selbst ein Übergewicht gegenüber der Provinz Sachsen bilden. Thüringen ist also doppelt umworben und sozusagen ein auswechselbarer Faktor der Rechnungen. Dem Gedanken einer Verwaltungsgemeinschaft stehen Sachsen und Thüringen kühl gegenüber, in Thüringen wird als Endlösung vielfach die organisch gegliederte Reichsprovinz gewünscht, als Zwischenlösung Anschluß oder Verwaltungsgemeinschaft, wobei eine Richtung (Professor Koellreuter-Jena) sofortigen Anschluß Thüringens an Preußen wünscht, die andere (Ministerialdirektor Jahn, 1927/28 Leiter der Austauschverhandlungen mit Sachsen) Erhaltung der Eigenstaatlichkeit bis zur Bildung von Reichsprovinzen, gleichzeitig Anlehnung an ein größeres Nachbarland; eine Verschmelzung würde eine spätere Neugliederung erschweren, eine Verwaltungsgemeinschaft sei daher vorzuziehen; ein interstaatlicher Zweckverband solle die Staatsverwaltungen zusammenfassen, ohne die Länder zusammenzufassen. An eine vierte Möglichkeit, Freistaat und Provinz Sachsen mit Gebietssplintern zu vereinigen und auf den Anschluß Thüringens zu warten, hat offenbar niemand gedacht; der Grund mag der Unterschied im Gefüge der beiden Teile sein, die sozusagen die Extreme sind, zwischen denen Thüringen die Mittelstellung einnimmt.

Im großen und ganzen kann behauptet werden, daß die Gesamtlösung sowohl von den Theoretikern wie von den Vertretern des Leipziger Standpunktes befürwortet wird, während die Verwaltungspraktiker eine engere Verwaltungsgemeinschaft der beiden nichtpreußischen Länder (die 1928 ihre Grenze von den schlimmsten Anomalien gereinigt haben) wünschen und die Vertreter der Provinzinteressen in Merseburg und Magdeburg vor allem die Vergrößerung der Provinz Sachsen erstreben. In einigen der größeren Städte Mitteldeutschlands hat die Stellungnahme gegen die Leipziger Denkschrift den Boden der Sachlichkeit fast verlassen; es ist von „Reklame“ und „Tendenz“ gesprochen worden. Verständnis für die jetzige Randlage Leipzigs hat sich nur bei einer Minderheit gefunden.

Ob eine Neugliederung unter Schaffung lebensfähiger und ungefähr gleich großer Länder (die Größe wird von dem Umfang der Zuständigkeiten abhängen) oder eine regionale Änderung durch organisatorische Maßnahmen die mitteldeutsche Frage mit der Zeit lösen wird, kann noch nicht entschieden werden; an Vorarbeiten wird es voraussichtlich auch später nicht fehlen.

M. DOSTOJEWSKII:

Die Agrarfrage in Japan

Das Buch des Professors des Orientkundeeinstituts O. Pletner*): „Die Agrarfrage in Japan“ (Priboy-Verlag, Moskau-Leningrad, 1928. 246 Seiten und eine Karte, Preis 3 Rubel und 50 Kop.), besteht aus vier Teilen: Ackerbau, Dorfschichtung, Bauernbewegung und Agrarpolitik. Zum Schlusse ist ein Quellenüberblick und ein bibliographisches Verzeichnis beigelegt. Die Zusammenfassungen des Verfassers sind im Kapitel: „Ergebnisse und Schlußfolgerungen“ gegeben.

Im ersten Abschnitte: „Ackerbau“, nach einem kurzen Einleitungskapitel: „Allgemeine Bemerkungen“, sind zwei Kapitel: das erste ist der „Lage der Land- und Volkswirtschaft in Japan und dem Verpflegungsproblem“ und das zweite der „Entwicklung des Kapitalismus im japanischen Ackerbau“ gewidmet. Im ersten Kapitel ist das allmähliche Sinken der Bedeutung des Ackerbaues in der Volkswirtschaft Japans, der Übergang Japans vom Agrarlande zum Industriegebiet aufgezeigt; diese Grundlagen sind mit bedeutendem Ziffermaterial, mit der Verteilung der Bevölkerung nach Flächen, Städten und Dörfern bekräftigt; zugleich sind Tabellen der Ein- und Ausfuhr aufgestellt, mit gesonderter Behandlung der Nahrungsmittel, deren Einfuhr ständig wächst. Bei der Darstellung des Verpflegungsproblems verweist der Verfasser darauf, daß dieses mit einer Reihe sozial-ökonomischer Faktoren aufs engste verbunden ist; die Versuche, es durch verschiedene Ver-

*) Das Buch von O. Pletner — von uns bereits kurz gewürdigt — ist agrargeographisch und geopolitisch so wertvoll, daß wir gern noch der eingehenderen, gesinnungsverwandten Besprechung Dostojewskys Raum geben.

pflegungsverordnungen über die Regelung der Bodennutzung oder die Anspornung zur Bearbeitung neuer Ländereien zu lösen, können keine befriedigenden Ergebnisse liefern. Es sind soziale Reformen nötig, auf welche die gegenwärtige japanische Regierung nicht eingehen kann, weil ihre Interessen mit denen der Agrarier, welchen weitgehende soziale Reformen im Dorfe durchaus nicht passen, verbunden sind.

Das Kapitel: „Entwicklung des Kapitalismus in der japanischen Landwirtschaft“ beginnt mit einer geschichtlichen Skizze, in der die Periodenbildung der Volkswirtschaftsgeschichte seit der Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Neuzeit geschildert ist. Der Verfasser zeigt das allgemeine Wachstum des Ackerbaues unmittelbar nach dem Verfall des Feudalismus, die allmähliche Verzögerung seines Entwicklungstempos und schließlich den Beginn seines Verfalls mit dem 20. Jahrhundert. Dann folgt die Schilderung der „Entwicklung des Kapitalismus in einzelnen Zweigen der Landwirtschaft“. Der Verfasser verweilt eingehend bei allen Zweigen der Landwirtschaft Japans und stellt fest, daß der Kapitalismus den Charakter der alten Betriebsweisen veränderte, indem er neue schuf. Konsumkulturen, die die Bauernfamilie verbraucht, sinken, die Produkte der Landwirtschaft, die der Bauer auf den Markt bringt, steigen, die größte Entwicklung erreichen echt kapitalistische Kulturen und Landwirtschaften, die ausnahmslos den Markt bedienen, Lohnarbeiter gebrauchen usw. Dieses Kapitel ist eine notwendige Voraussetzung zum folgenden Abschnitte: „Dorfschichtung“, in dem aufmerksames Studium der Dorfdifferenzierung als soziale Ausprägung der Veränderungen, die der Kapitalismus im Ackerbau vollzogen hat, empfohlen wird.

Der zweite Abschnitt: „Dorfschichtung“, zerfällt in vier Kapitel: 1. Dorfschichtung, 2. Bedingungen der Pacht, 3. Materielle Lage der Agrarbevölkerung, 4. Reispreis und Bodenwert. Im ersten Kapitel verweist der Verfasser auf die Unzulänglichkeit der statistischen Angaben für ein erschöpfendes Bild der Dorfschichtung in Japan. Die von der japanischen Statistik aufgenommenen Kategorien: Gutsbesitzer, Bauerneigentümer, Eigentümerpächter und echter Pächter sind nicht klar gekennzeichnet. In jeder von diesen Kategorien geht eine Differenzierung vor sich. Die Gutsbesitzergruppe ist nicht einheitlich: hier müssen große Gutsbesitzer von kleinen Bodenspekulanten abgesondert werden. Die zweite Gruppe der Bauerneigentümer sollte ebenfalls in Untergruppen geteilt werden. Die japanischen Quellen schenken denselben wenig Beachtung. Doch steht die Gruppe der Eigentümerpächter jener der reinen Pächter sehr nahe, und der Verfasser betrachtet sie als vereinbar, indem er die überwältigende Mehrheit dieser beiden Gruppierungen den ärmsten Dorfschichten zuteilt. Einzelne Kapitel sind der Betrachtung des Bauern, und Gutsbesitzerhaushalts gewidmet. Es werden Budgets des Gutsbesitzers, des Bauerneigentümers und des Pächters angeführt. Im letzten Kapitel des Abschnittes ist das Material über die „Reispreise und Bodenwert“, eine eingehende Preisanalyse der Reisproduktion und eine Reihe von statistischen Angaben über die Bodenwerte gesammelt.

Der dritte Abschnitt: „Die Bauernbewegung“ ist in zwei Kapitel: „Bauernbewegung“ und „Vereinigung der Agrarbevölkerung“ gegliedert. Im ersten Kapitel ist die Bauernbewegung der Periode des kapitalistischen Japans skizziert. Neueste Angaben über die Zahl der Unruhen, ihre Gründe, Ergebnisse usw. sind angeführt. Im zweiten Kapitel werden Auskünfte über die „Vereinigung der Agrarbevölkerung“ mitgeteilt. Die Analyse der Pächter und Gutsbesitzervereine ist ausführlich; die Geschichte der Bauernvereine, Angaben über den Wuchs der Vereine, ihren Bestand usw. sind eingehend dargelegt.

Der vierte Abschnitt: „Agrarpolitik“ besteht aus sechs Kapiteln: Das erste, „Politische Parteien und Agrarpolitik“, verweist auf den Einfluß der einzelnen Parteien, hauptsächlich Seiyukai und Kenseikai auf die Agrarpolitik; im zweiten Kapitel: „Agrarprotektionismus“ verweilt der Verfasser eingehend auf der Politik der japanischen Regierung, die den Interessen der Gutsbesitzer und der wohlhabenderen Bauernschaft entgegensteht. Das dritte Kapitel ist dem „Landwirtschaftskredit“ Japans gewidmet. Der Verfasser verweilt auf allen Arten des landwirtschaftlichen, sowohl des genossenschaftlichen als auch des Regierungskredits. Das vierte Kapitel analysiert ausführlich die Steuerpolitik der japanischen Regierung; es behandelt alle Steuergattungen; besonderes Augenmerk ist den lokalen Steuern gewidmet. Die Steuerbelegung und -belastung ist auch unter einzelnen Gruppierungen betrachtet. Das fünfte Kapitel erörtert die Politik der japanischen Regierung, welche auf die Unterdrückung der Bauernbewegung gerichtet ist. Besondere Aufmerksamkeit ist der Analyse der Regierungsunterstützung der Bauerneigentümer gewidmet; dazu kommen ausführliche Angaben über die Auswanderung. Im letzten Kapitel „Agrargesetzgebung“ folgt eine geschichtliche Skizze der Agrargesetzgebung, der Inhalt der Gesetze über Schiedsgerichte und das Projekt des Pächtergesetzes.

Das Kapitel: „Ergebnisse und Schlußfolgerungen“ ist eine kurze Zusammenfassung des gesamten Buches. Der Verfasser kommt zur Schlußfolgerung, daß im heutigen japanischen Dorfe die Überbleibsel des Feudalismus noch sehr lebendig sind; das japanische Dorf wird nach Meinung des Verfassers nicht imstande sein, sich weiter zu entwickeln, wenn diese nicht beseitigt werden. Dazu sind zwei Wege offen: der eine wäre die evolutionäre Anregung der kapitalistischen Entwicklung im Dorfe seitens der Regierung; der andere ist ein revolutionärer Weg. Heute schon hat Japan den einen und den anderen betreten.

Den Schluß bildet das Kapitel: „Quellen“, in welchem der Verfasser alle von ihm benutzten Quellen ausführlich charakterisiert; die meisten sind dem japanischen Schrifttum entnommen.

Ein bibliographisches Verzeichnis, eine Tabelle der japanischen Maße und Gewichte, ein Sachregister und eine Karte Japans sind beigelegt.

K. HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

(Schluß)

Ganz anderer Art ist endlich durch das Verdienst der Frankfurter Soz.-Druckerei nach einer langen, bitter umstrittenen Laufbahn in englischer oder, in diesem Fall wirklich richtiger gesagt, „amerikanischer“ Sprache — deutsch herausgebracht — „Mutter Indien“ von Katherine Mayo. Auf wenige Beschreibungen hat das landschaftliche und kulturgeographische Objekt so sauer reagiert wie Indien auf dieses Buch, das so typisch ist für das Aneinandervorbeireden von äußerstem Orient und äußerstem Okzident — in bester Absicht! „Heißumstritten“ nennt es der deutsche Verlag mit Recht; und betont als sein Hauptverdienst die Absicht, Indien von heute sehen zu wollen, wie es ist, frei von der chromatischen Aureole, die so vielfach darum gewoben scheint und zunächst einmal von ihrem amerikanischen Standpunkt aus ein soziales Dokument darüber, eine Plattform der Diskussion zu schaffen. „Miß Mayo sieht Indien nicht mit indischen Augen. Sie kann es nicht und will es nicht.“ Das ist der Hauptgrund der erbitterten Diskussion, die sie weckte! Aber sie ist vielleicht heilsamer gewesen als viele vergebliche Versuche, sich einzufühlen. „Was weiß der Durchschnittsamerikaner von Indien?“ Das ist eine Schicksalsfrage der Erde! Sicher weniger als der Durchschnittsdeutsche; und doch maßt er sich mit einer geradezu furchtbaren Selbstsicherheit an, in das Los von dem Dreifachen seiner eigenen Volkszahl einzugreifen und es zu verbessern. Wer amerikanisches Denken im indischen Spiegel gründlich kennenlernen und sich klarmachen will, was jedes Volk der Erde von den U. S. A. — nach unserm Beispiel! — befragen kann, dem sagt das Buch von K. Mayo mehr als irgendein angelsächsisches Buch von Rang aus der neueren Literatur, das ich kenne. Aber es könnte gewiß auch dem Inder zeigen, wo das künftige Indien

den Hebel anzusetzen hätte — auch wenn es ihm schmerzlich ist, das so lehrhaft von Fremden zu erfahren. Mit Recht ist der Verfasserin entgegengehalten worden, welches Bild von Amerika ein Inder im gleichen Stil entwerfen könnte, vom Mordrekord Chikagos und der Trockenlegungslüge angefangen bis zum Zerrbild eines auserwählten Volks als Ganzes. Aber gerade deshalb müßte der Amerikaner, wie der Inder und — der Deutsche es Wort für Wort lesen! — Die Schäden der Kinderehe, der Mütterunreife, die Schattenseiten der Kastenscheidung, die Überzüchtung eines gebildeten, städtischen, nach Stellen hungernden Proletariats über einer illiteraten Landbevölkerung, Rückständigkeit der Boden- und Viehnutzung, Verschrobenheit des Verhältnisses zum Tier, das furchtbare Nebeneinander von Glanz und Not, die Macht der Lüge — es mag bitter schmerzlich für Inder sein, das alles so belegt zu sehen — aber es ist vielleicht der einzige Weg, es zu wenden. Denn bei allem ehrlichen Wunsch, ein Sechstel der Menschheit den Weg zur Selbstbestimmung finden zu sehen, wie wir ihn für uns selbst zurückfordern, finden wir als größtes Hemmnis auf diesem Wege mit Miß Mayo, von der uns sonst vieles trennt, die Selbstbelugung und Selbsttäuschung der städtischen indischen Intelligenz über die Aufgaben, die zuerst vor ihr lägen, vor allem über ihre Unfähigkeit, Macht zu erhalten und schöpferisch zu gestalten. Deshalb ist „Mutter Indien“ eine bittere, aber heilsame Arznei für Jungindien und ein schwer entbehrliches Negativ für den Sucher eines wahren Bildes über Mutter Indien. Sehr dankenswert ist die Beigabe einiger indischer Antworten!

Schwellenlandschaften zur indopazifischen Welt und Wege ihrer Erschließung schildern die erste Skizze über seine jüngste arbeitsteilende Forschungsreise: Sven Hedin: „Auf großer

Fahrt.“ Leipzig 1928. F. A. Brockhaus. 347 S.; 110 bunte und einfarbige Abbildungen und eine Routenkarte, — ein außerordentlich sympathisches erstes Zeugnis für seine Expedition mit Schweden, Deutschen und Chinesen durch die Wüste Gobi und nach Sinkiang — in seiner ganzen frischen und temperamentvollen Art, um so wichtiger, als der letzte Aufglanz altchinesischer Außenlandherrlichkeit in dem bald darauf ermordeten Marschall Yang und seinem Regime geschildert wird; und
 Arnold Holtz: „Am Tor der Tränen.“ (Bab el Mandeb.) Berlin 1929. Georg Stilke. 175 S.; 12 Abbildungen und 1 Kartenskizze.

Ein auf seinem Wege von Adis Abeba zum Bab el Mandeb trotz der furchtbaren Lage des Verfassers ganz ausgezeichnet beobachtender Bericht, der zeigt, welchen jämmerlichen Schutz das Deutschland von heute seinen treuen Dienern zu gewähren vermag, welchen kläglichen Dank, und was in Wirklichkeit von der Solidarität der weißen Rasse zu halten ist, die zuweilen vorgetäuscht wird, wenn die alten Kolonialmächte sich gegenüber den kommenden Umlagerungen unbehaglich fühlen. Es ist geopolitisch sehr lehrreich, namentlich für Pan-europäer, gerade in seiner verhaltenen Darstellung der Behandlung eines kriegsgefangenen Kuriers durch die Franzosen in einem Kolonialwinkel, wo sie sich unbeobachtet glaubten.

Gustaf Olsson: „Den Indiska Författningskrisen.“ (Die indischen Verfassungskrisen.) G. W. K. Gleerup. Lund. 288 S. mit Karte. Schriften der Fahlbeck-Stiftung XIII.

Einausgezeichnetester Griff über den normalen Bereich der Stiftung hinaus, nach einem Problem, dessen Behandlung wir in einer gleichlautenden deutschen Ausgabe nur begrüßen könnten. Denn Olsson müßte für seine treffliche Untersuchung der indischen Verfassungskrisen einen viel weiteren Leserkreis finden, als ihn leider die schwedische Sprache in Mitteleuropa öffnet. Gerade die ungeheuren Schwierigkeiten der Länderfrage und künftigen Innenstruktur auch eines Dominiums Indien gehen aus der nächsten Prüfung der englischen Anläufe zu ihrer Überwindung überzeugend hervor; hier findet

sich ein wertvolles Erfahrungsergebnis für das doch unter ähnlichen Schwierigkeiten, wenn auch auf kleineren Räumen leidende und experimentierende Innereuropa, von dem es — ohne Geld- und Blutverlust — mehr Gebrauch machen sollte! Schade, daß der Verfasser nicht stärker mit politisch-geographischem Material arbeitet, und daß ihm Arbeiten, wie Benoy Kumar Sarkars „Futurism of Young Asia“, oder Brij Narains „Population of India“, auch meine „Geopolitik der Selbstbestimmung in Südostasien“ nicht ebenso zur Hand gekommen sind, wie so viele ausgezeichnet von ihm benützte andere britische und indische Quellen. Er wäre dann vielleicht noch mehr in der Überzeugung bestärkt worden, daß es infolge der wuchtigen Dynamik der indischen Bewegung das tragische Los auch sehr guter Verfassungsentwürfe ist, immer ein paar Jahre hinter ihrer Verwirklichungsmöglichkeit drein zu hinken — eben, weil es an Prognose und dem Mut zu ihr fehlt. Aber eine so gute staatswissenschaftliche Unterlage wie die von Olsson könnte, wenn die nötige politisch-geographische Ergänzung dazu käme, endlich bewirken, daß wir in Festlandeuropa besser über die Tragweite der indischen Vorgänge im Bilde wären und von unsrer retrospektiven Betrachtungsweise abkämen. Wir wünschen dem Buch baldmöglichst eine gute deutsche Übersetzung und eine noch bessere Karte, die etwa in der Art der geojuristischen Karten von Manfred Langhans auch eine Übersicht über die bunten Abstufungen des Verhältnisses der Fürstenstaaten zur britischen Krone und dementsprechend zu einem Dominium Indien gibt. Die auf der Karte gegebene Dreiteilung läßt für den normalen Informationsgrad des Mitteleuropäers das Problem leider viel zu einfach erscheinen. Der volle Reichtum der Olssonschen Vorarbeiten würde erst erschlossen, wenn die geopolitischen Unterlagen der indischen Verfassungskrisen zugleich mit diesen selbst dargelegt werden könnten.

Aber der Versuch, die Wucht der Selbstbestimmungsbewegung durch eine Dezentralisation eines zuerst aus kolonialpolitischer Be-

quemlichkeit zu stark zentralisierten Riesenraumes zu brechen, wird in Britisch- wie Niederländisch-Indien wahrscheinlich zu spät wissenschaftlich vorbereitet und deshalb natürlich auch zu spät unternommen. Jedenfalls sind Olssons indische Verfassungskrisen eine außerordentlich wertvolle Förderung für das Verständnis der indischen Frage und breiten die Quintessenz eines umfangreichen und unübersichtlichen Stoffgebiets griffbereit und handlich zugerichtet vor den Leser. In den Geopolitikberichten 1928 und 1929 finden sich die Ergänzungen über die um die Fürstenländer gruppierten jüngsten britischen und indischen Veröffentlichungen.

Die „Ostasiatische Rundschau“ zeigt ihre Unentbehrlichkeit für die Urteilsbildung über indopazifische Fragen wieder im Aprilheft (Nr. 7 des X. Jahrgangs) durch einen ausgezeichneten knappen Aufsatz von Bleyhöffer über Sun Yat Sen und den erschöpfenden Vortrag von Fr. M. Trautz: „Japan, was es uns war und was es uns ist“, II. Teil, dann die sehr ernsten sibirischen Nachrichten über Unzufriedenheit und Massenflucht der bäuerlichen Bevölkerung, soweit sie Mittel zum Ausreißen findet, und die sehr zu empfehlende Umschau.

„Far Eastern Review“, Nr. 2, 1919 bringt ein eigenes Mandchureiheft. Die neue Ölschiefer-Verwertungsanlage bei Fushun und der neue Kohlenhafen dürften wirtschaftsgeographisch, Sokolskys Kritik des Buches „Russo-Chinese Diplomacy“ von Ken Shen Weigh geopolitisch darin das interessanteste sein.

V. Anstey: „The trade of the Indian Ocean.“ London 1929. Longmanns Green & Co. (8½ sh) gibt eine nützliche Stoffsammlung über den Handel des Indischen Ozeans, vielleicht mit etwas zu wenig „Vision“ und Farbe. Das früher schon anerkennend hier erwähnte Werk von Admiral G. A. Ballard „Rulers of the Indian Ocean“ ergänzt es nach der imperialistischen Seite. Beide zusammen aber wären ein Ausgangspunkt für das noch fehlende Buch über den Indischen Ozean als Kraftfeld in Kultur, Macht und Wirtschaft der Menschheit — ein

eigentlich lockendes geopolitisches Arbeitsziel, für das es eine Fülle von Vorarbeit, aber noch keine abschließende Behandlung gibt.

Ein interessantes Schriftstück ist die Kritik des Finanzberichts von T. V. Sung durch Nr. 1, Bd. XXV, S. 1—4 der Far Eastern Review, Shanghai, in dem die wesentlichsten Zahlengruppierungen für die augenblickliche Wirtschaftskraft der chinesischen Länder gebracht und kurz beurteilt werden. Vier Länder nur zählten eigentlich Anfang 1929 für die Reichszentrale in Nanking, und von ihnen genügten die Beiträge von Kiangsi (was glaubhaft ist) und des reichen Anhui (was auf sehr mangelhaften Opfersinn schließen läßt) knapp zum Selbstschutz, so daß nur Kiangsu und Chekiang als notorische Überschußbetriebe erhalten mußten, deren Mittel bei diesen reichen Yangtse-Mündungsländern einfach der öffentlichen Hand nicht wohl hinterzogen werden konnten. Verglichen mit den Summen, die auch den ärmsten Landschaften Mitteleuropas abgepreßt werden, klingen die Schätzungen der Monateinkünfte der chinesischen Länder geradezu harmlos, wie von Shensi mit 300 000 \$, von Honan mit 400 000 \$; und wenn (nach der Nankinger Wirtschaftskonferenz vom 1. Juli 1928) China ungefähr das gleiche Geld wie Japan monatlich für seine Wehrkraft ausgab, so war der japanische Aufwand allerdings wesentlich nutzbringender verwendet, obwohl er nur 9% gegenüber 36% der Gesamtausgaben in China betrug! Dasselbe Heft ist voll nützlicher Auskunft über Sun-Fo's Eisenbahnreorganisation, das chinesisch-japanische Ernährungsproblem und die japanisch-festländische Schwerindustrie.

Ein außerordentlich wertvolles Hilfsmittel nicht nur der Wirtschaft und der Wirtschaftsgeographie, sondern auch der politischen und Kulturgeographie im engeren Sinne kommt in letzter Stunde zur Hand:

Andreas Sprecher von Bernegg: „Tropische und subtropische Weltwirtschaftspflanzen, ihre Kultur und volkswirtschaftliche Bedeutung.“ I. Teil: Stärke- und Zuckerpflanzen. 3 Tafeln, 130 Abbildungen. Stuttgart 1929. Ferdinand Enke.

Der hohe Preis (32 M., gbd. 35 M.) wird leider vielen einzelnen Lesern den für geopolitische Studien höherer Ordnung fast unerläßlichen Ankauf erschweren; um so mehr muß in allen öffentlichen Büchereien auf die Beschaffung gedrungen werden. Denn hier ist aus der Verbindung langer praktischer Tätigkeit in den Tropen mit umsichtigster Sammelarbeit, unter strenger Auswahl und Zusammendrängung des Wesentlichen, eine klassische Unterlage für das Zusammenwirken von Pflanzen und Menschen in der Weltwirtschaft und ihre Ausstrahlung in die Weltpolitik entstanden. Man sehe nur, wie der Reis, seine Heimat und Geschichte, seine Rolle im Geistesleben der Völker auf wenigen Seiten (1—6) gedrängt vorgeführt ist! Wie diese Ernährungsgrundlage der Monsunländer finden sich im ersten Bande behandelt: Mais, Mohrrhirse (*Sorghum*), Wurzelmaniok, Batate, Yam, Taro, Pfeilwurz, Blumenrohr (*canna spec.*), Gurgemei, Tahiti- und Japan-Arrowroot, Chayote, Sago, palme und Zuckerrohr, — alle stets in derselben systematischen Reihe. So entstand eine Fundgrube für die erst am Anfang stehenden Untersuchungen über die tropischen und subtropischen Leitpflanzen der Weltwirtschaft und ihre — künftig noch steigende — Rolle als Lebensspender, als Rassenbegleiter. Wie schwer Vollständigkeit zu erlangen ist, was ja der Verfasser selbst beklagt, zeigt ein Zufallsgriff, der in den Quellen z. B. die Reisverbreitungskarten von Yamané in den Mittlg. d. Geogr. Ges. von Tokio vermißt, wie Edwin Bingham Copelands „Rice“ (London, Macmillan, 1924) oder Wojeikows „Géographie de l'alimentation humaine“. Aber noch weitere Vollständigkeit und gar die so sehr erwünschten farbigen Karten, wie sie die Atlanten von Washington zeigen, hätten eben das wertvolle Buch durch Kostspieligkeit unerreichbar gemacht, das eine in dieser Form bis jetzt nicht vorhandene Arbeitsgrundlage ist.

Was dem nach geopolitischen Methoden Forschenden oder flüchtig Suchenden den wertvollsten Stoff bringt, sind in den immer streng

methodisch aufgebauten Einzelabschnitten der geschichtliche Werdegang der betreffenden Kulturpflanze, ihre geographische Bedeutung, Pflege und Verbreitung und gegen Ende die Rolle in der Welterzeugung, in der verkehrsgeographischen Güterverschiebung, nicht zuletzt im Ringen um die Macht auf der Oberfläche der Erde, wie etwa in den Bemerkungen über die „Reis“kriege, die dem politischen Schicksal Koreas, Birmas zugrunde liegen (S. 2 oben!) oder in den vereinzelt ausgezeichneten Wahrnehmungen über die Rohrzuckerpolitik z. B. S. 403 und 404. Dort finden sich Unterlagen zur Wirtschaftsprognose für den auf dem Weltmarkt eine größere Rolle als Reis und Mais spielenden Zucker, der schon einmal (Westindien) eine ungeheure Umwertung politischer Räume herbeigeführt hat und sicher noch einmal, wahrscheinlich unter U. S. amerikanischer Führung, herbeiführen wird. Welche ungeheure Sammelarbeit steckt weiterhin allein in den Angaben über die Feinde der Weltwirtschaftspflanzen und ihre Bekämpfungsmöglichkeiten! So bildet Sprecher von Berneggs kostbarer Beitrag zu Enkes Sammlung weit über deren normales Geltungsgebiet hinaus die Grundlage zu weitgehenden wirtschaftsgeographischen und geopolitischen Arbeitsmöglichkeiten, eine Fundgrube und Quellensammlung auch für Tagespresse und Zeitschriftenarbeit, die oft so plötzlich vor die Lage gestellt ist, bei Wirtschaftskatastrophen über Einzelheiten der wichtigsten Weltwirtschaftspflanzen Bescheid wissen zu sollen, den sie in dem nötigen Umfang vergeblich in allgemeinen Kompendien sucht. Die „Tropischen und subtropischen Weltwirtschaftspflanzen“ müßten deshalb, gerade wegen ihres großen exakten wissenschaftlichen Wertes, auch in jeder besseren Zeitungs- und Zeitschriften-Handbücherei stehen!

Im Anschluß an dieses größere pflanzengeographische Werk mit geopolitischer Bedeutung sei für ein zukunfts wichtiges Sondergebiet in Borneo sehr empfohlen:

Eric Mjöberg: „Durch die Insel der Kopfgänger.“ Leipzig 1929. F. A. Brockhaus; in einer

sehr flüssigen, angenehmen Übersetzung von Dr. Th. Geiger: 100 Abbildungen und eine Karte.

Hier werden in anspruchsloser, fast anmutiger Form die ersten Ergebnisse reicher wissenschaftlicher Arbeit in der größten Sundainsel mit bemerkenswerten Streiflichtern auf das ganze indonesische Gebiet gegeben. Was der ruhige und objektive schwedische Naturforscher über die Zustände in Sarawak berichtet, das legt allerdings den Gedanken nahe, daß hier sehr unzulängliche Kräfte zur Entwicklung der untermölkerten und — abgesehen von einzelnen Ölgebieten — aus Mangel an geeigneten Kulturträgern ganz unentwickelten wertvollen Tropeninsel am Werke sind.

Aus den an sich wertvollen Rassen, die das Völkergemisch der Großinsel bilden (bei dessen Beurteilung eine gewisse Gleichläufigkeit mit den Vorstellungen von Griffith Taylor in „Environment and Race“ durchführbar ist), ließe sich wohl eine Verjüngung der überkultivierten Teile von Java denken, wie ja auch von Sumatra her, wenn man — gegen das wirtschaftsaubeuterische Interesse — in höherem menschlichen Sinne eine Zusammenarbeit des Inselreichs herbeiführen könnte. Aber dazu braucht es größere und lebendigere Kräfte, als der zu kleine Rückhalt der Niederlande und das verstädterte England sie aufbringen. Diese ernste Frage lugt auch aus allen Blättern von Eric Mjöberg's Reiseberichten hervor; und vielleicht beantworten sie doch am besten die Malaio-Mongolen, die Hauptbeteiligten, selbst!

Eine eigenartige und sonst wohl nirgends das Licht erreichende Darstellung findet sich in den „Agrarproblemen“, herausgegeben vom Internationalen Agrar-Institut in Moskau, Bd. 1, Heft 1. Berlin 1928, Paul Parey, einer auch sonst agrarpolitisch sehr bedeutsamen Veröffentlichung, für den indopazifischen Raum von G. Wermensschew: „Die Agrarreform in Mittelasien“ und von B. Freier: „Die neuesten

Etappen der Bauernbewegung in China“. Es ist natürlich im höchsten Grade interessant, an diesen beiden Darstellungen zu vergleichen, wie sich die Sowjetlösungen des Agrarproblems dort zum Segen oder Fluch der betreffenden Landschaften entwickeln, wo sie ungehemmtes Kräftespiel auf eigenem Boden haben, wie in Mittelasien, oder wo sie ein uraltes Verwaltungs- und Wirtschaftsgefüge zerstören müssen und die betreffende Bevölkerung kaltblütig für ihre politischen Machtzwecke gegen die großen kapitalistischen Wirtschaftsmächte der Erde und als Experiment verwenden, wie in China.

Gehört und gelesen haben wir nun genug von der weiteren nichtkapitalistischen progressiven Entwicklung der Bauernschaft; aber „Wohltat beginnt zu Hause“: es wäre Zeit, ehe man das Unterste zu oberst kehrt und dadurch in China augenblicklich doch etwas ganz anderes herbeiführt, als noch Freier im Auge gehabt hatte, das System an der russischen Bauernschaft zu landwirtschaftlichen Erfolgen zu führen. „Niederbrennen und Vernichten“ (S. 62) ist doch nur eine sehr negative Form der Bodennutzung, die der nun einmal immer mehr sich überfüllenden Erde die Nahrungsmenge nicht bringt, die selbst ein ausbeutendes Proletariat in kleiner Zahl über 144 notleidenden Bauernmillionen in einem gewissen Umfang braucht, wenn es nicht selber einmal durch ganz gewöhnliche Agrarunruhen gestürzt werden soll, wie andere Tyrannen der Menschheit auch. Aber auch für Handelspflanzen, wie die Baumwolle, imponieren die Ergebnisse der Zwergwirtschaft, auf die doch das Wegnehmen größeren Besitzes praktisch hinausläuft, nicht. Für Mittelasien aber wie für China ist die Darstellungsweise, der Aufbau, auch wenn man die letzten Ziele der Verfasser gar nicht teilt, in höchstem Maß anzuerkennen! „Zuletzt regiert der Bestinformierte!“ Das gilt allgemein und überall, für die Sowjets wie für ihre Gegner!

HAMBURG-AMERIKA-POST

A MESSENGER OF GOOD WILL BETWEEN
THE UNITED STATES AND GERMANY

Für die
Gesellschaft der Freunde der Vereinigten Staaten in Hamburg
(Hamburg Friends of the United States of America)

und in Verbindung mit

A. Mendelssohn Bartholdy, Gustav Pauli
Eduard Rosenbaum und Fritz Terhalle

herausgegeben von

MAGDALENE SCHOCH

*

Jährlich 10 Hefte. Preis des Jahrgangs RM 15.—

Einzelhefte RM 1.75

Die Hamburg-Amerika-Post will in englischen und deutschen Aufsätzen und Beiträgen die Menschen und Dinge in Deutschland und seinen deutschsprechenden Nachbarländern einerseits und in den Vereinigten Staaten andererseits zeigen, die oft auch auf Reisen unbekannt bleiben, und in ihren Zeitchroniken das zum Bleiben Erdachte und Geschaffene verzeichnen. Sie setzt sich als höchstes Ziel, die Nachbarschaft zu pflegen, für die kein Ozean zu weit, kein Kontinent zu breit ist, um von ihr überspannt zu werden.

*Wir liefern unter Bezugnahme auf diese Anzeige
einen Prospekt kostenlos*

FRIEDERICHSEN, DE GRUYTER & CO. M. B. H., HAMBURG 36

WAGNER

Kinonglas *splittert nicht*



RÖDER, MEYER & CO
BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN-FERNR: E5 LICHTENBERG 5221
N·KINON-AACHEN-FERNR: 32451